



Bundesministerium
des Innern, für Bau
und Heimat



Bundesministerium
für Ernährung
und Landwirtschaft



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Deutschlandatlas

Karten zu gleichwertigen Lebensverhältnissen



Bundesinstitut
für Bau-, Stadt- und
Raumforschung

im Bundesamt für Bauwesen
und Raumordnung



THÜNEN

Inhalt

Vorwort	4
Einleitung	7
Wo wir leben	8
Flächennutzung	8
Bevölkerungsdichte	12
Bevölkerungsentwicklung	14
Binnenwanderung	16
Zu- und Abwanderung	18
Steuereinnahmekraft	20
Kommunale Kassenkredite	22
Wer wir sind	24
Anteil der unter 18-Jährigen an der Gesamtbevölkerung	24
Anteil der 18- bis 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung	26
Anteil der über 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung	28
Anteil ausländischer Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung	30
Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2017	32
Wie wir wohnen	34
Mieten	34
Baulandpreise	36
Wohnungsleerstand	38
Wie wir arbeiten	40
Berufsqualifikation der Beschäftigten	40
Erwerbstätige	44
Veränderung des Arbeitsvolumens	46
Geringfügige Beschäftigung („Mini-Jobber“)	48
Geringfügige Beschäftigung – Minijob als Nebenerwerb	50
Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen	52
Arbeitslosenquote	54
Verfügbares Einkommen privater Haushalte	56
Überschuldung von Privatpersonen	58
Grundsicherung im Alter	60
Soziale Mindestsicherung	62
Wie wir uns vernetzen	64
Breitbandversorgung	64
Mobile Breitbandverfügbarkeit mit LTE ab 2 Mbit/s	66

Wie wir uns bewegen	68
Pendlerdistanzen und Pendlerverflechtungen	68
Erreichbarkeit des Öffentlichen Nahverkehrs (Zugang zu Haltestellen).....	70
Erreichbarkeit Zentraler Orte	72
Erreichbarkeit von Lebensmittelläden	74
Unsere Gesundheitsversorgung	76
Erreichbarkeit von Hausärzten.....	76
Versorgungsgrad bei Hausärzten	78
Erreichbarkeit von Krankenhäusern der Grundversorgung.....	80
Erreichbarkeit von Krankenhäusern mit Schwerpunkt und/oder Maximalversorgung.....	82
Erreichbarkeit von Apotheken.....	84
Luftrettung bei Tag.....	86
Ambulante Pflege	88
Stationäre Pflege	90
Anteil von Pflegegeldempfängern an den Pflegebedürftigen.....	92
Wie wir lernen	94
Erreichbarkeit von Grundschulen	94
Erreichbarkeit von Schulen bis zur 10. Klasse (Sekundarstufe I).....	96
Erreichbarkeit von Schulen mit Sekundarstufe II.....	98
Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss.....	100
Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren	102
Angebote für die Betreuung von Kindern über drei Jahren	104
Pädagogisches Personal in Kindertageseinrichtungen.....	106
Kinder in Bedarfsgemeinschaften	108
Unsere Sicherheit	110
Straftaten.....	110
Wohnungseinbrüche	112
Erreichbarkeit durch die Polizei.....	114
Regionalstatistik: Methodische Hinweise des BBSR	116
Das Thünen-Erreichbarkeitsmodell – ein Überblick	117

Vorwort

Die Lebensverhältnisse sind in den vergangenen 30 Jahren in Deutschland vielfältiger geworden: Diese Vielfalt macht unser Land stark. Die meisten Bürgerinnen und Bürger sind ihrer Heimat eng verbunden. Sie wollen dort, wo sie ihren Lebensmittelpunkt haben, ein gutes und erfülltes Leben führen. Vor Ort entsteht sozialer Zusammenhalt und das Vertrauen und Zutrauen in Demokratie, soziale Marktwirtschaft und Staat.

Regionen, Gemeinden und Städte unterliegen einem ständigen Wandel. Nahezu überall in Deutschland findet neben dem demografischen auch ein wirtschaftlicher und technologischer Wandel statt. Gleichzeitig treten teils regionale und strukturelle Disparitäten in einigen Bereichen stärker in Erscheinung als früher. Der Wandel betrifft nahezu alle Lebensbereiche: von der Familie über die Arbeitswelt bis hin zum Wohnen. Gerade heute stellen sich die Menschen die Frage, wie ihr Leben in den nächsten 20 Jahren aussehen wird, ob ihre Heimat ihnen weiter ein gutes Leben bieten kann.

Denn wo Strukturen verloren gehen und Entwicklungschancen geringer werden, schwinden oft auch Zuversicht und Hoffnung. Deshalb ist insbesondere dort politisches Handeln notwendig. In einer Zeit großer Umbrüche ist es die Aufgabe des Staates, dafür zu sorgen, dass aus Umbrüchen keine Brüche, sondern neue Perspektiven werden. Bund, Länder und Kommunen haben gemeinsam die Aufgabe, für gleichwertige Lebensbedingungen zu sorgen. Gleichwertig heißt dabei nicht gleich. Die Regionen in Deutschland werden und sollen stets unterschiedlich bleiben. Das macht die Vielfalt und Stärke unseres Landes aus. Entscheidend ist aber, dass für alle Bürgerinnen und Bürger wesentliche Infrastrukturen und Möglichkeiten der Grundversorgung mit akzeptablem Aufwand verfügbar oder erreichbar sind und alle zuversichtlich in die Zukunft blicken können.

Die Bundesregierung hat im Rahmen ihres Koalitionsvertrages mit der Schaffung des neuen Politikfeldes „Heimatpolitik“ das klare Ziel formuliert, die Lebensqualität der Menschen in ganz Deutschland zu verbessern und gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen.

Gleichwertigkeit setzt fundierte Kenntnisse der realen Verhältnisse voraus. Eine erste faktenbasierte Wissensgrundlage legen die drei Ressorts, die auch die Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ leiten, mit dem Deutschlandatlas vor: Mit 54 wissenschaftlich ausgewählten Indikatoren haben wir Deutschland neu vermessen. Hier gilt unser Dank dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) und dem Thünen-Institut für Ländliche Räume.

Das Spektrum der ausgewählten Karten-Themen ist weit: Es reicht von der Flächennutzung und Bevölkerungsstruktur über die Kommunalfinanzen bis hin zu Arbeit, Bildung und Einkommensverteilung. Für die Akteure in den Regionen lassen sich die jeweils besonderen Handlungsbedarfe vor Ort ablesen. Die Muster der Ungleichverteilungen variieren.

Wie sich aus vielen Karten erkennen lässt, müssen wir mit unserer Politik auch einen besonderen Schwerpunkt auf ländliche Räume legen. Dabei können wir auf der erfolgreichen Politik für ländliche Räume, bei der gleichwertige Lebensverhältnisse ebenfalls von besonderer Bedeutung sind, aufbauen. Viele ländliche Regionen sind von Wegzug und Alterung betroffen, Arbeitsplätze verschwinden, Arztpraxen schließen. Deshalb hat die Politik für die ländliche Entwicklung in der Bundesregierung einen zunehmenden Stellenwert erhalten. Aber auch altindustrielle Regionen im Strukturwandel und Städte mit ihrem Umland müssen große Herausforderungen bewältigen: Gute Bildung, bezahlbarer Wohnraum und lebenswerte Quartiere müssen allen zur Verfügung stehen.

Wenn wir verhindern wollen, dass Regionen abgehängt werden, müssen wir daher heute die Kehrtwende zu einer aktiven Strukturpolitik vollziehen. Soziale und technische Infrastrukturen und Daseinsvorsorge müssen den Menschen überall in Deutschland gute Lebensperspektiven und Chancen auf echte Teilhabe eröffnen. Dafür brauchen wir eine weitsichtige Regionalpolitik, die auf der einen Seite Traditionen, Zusammenhalt und Gemeinschaft wahrt und auf der anderen Seite moderne, oft digital basierte Lebensbedingungen schafft.

Unser künftiges Handeln soll durch den vorliegenden Deutschlandatlas unterstützt werden. Die Ergebnisse der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ betreffen deswegen vor allem die Handlungsbereiche der klassischen Wirtschaftsförderung, der Forschung und Innovation, der Fachkräfteversorgung, des Breitbandausbaus und der Digitalisierung sowie die soziale und technische Infrastruktur wie etwa die frühkindliche Bildung oder Gesundheitsversorgung. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass neue Behörden oder neue Abteilungen einer Behörde in strukturschwachen Regionen angesiedelt werden. Damit überall gut gelebt werden kann, braucht es aber auch Menschen, die sich kümmern - in sozialen Berufen, im Ehrenamt, in der Familie. Das ehrenamtliche Engagement muss stärker unterstützt und gefördert werden, damit Menschen teilhaben und teilgeben können. Wir brauchen starke Familien für ein spürbar stärkeres Deutschland.

Der Deutschlandatlas soll jedoch nicht nur für die politische Arbeit im Bund, in den Ländern und in den Kommunen als Leit- und Orientierungsfaden dienen. Wir wollen auch interessierte Bürgerinnen und Bürger, die Medienöffentlichkeit, die Schulen und Hochschulen sowie die Zivilgesellschaft informieren. Jeder soll nachvollziehen können: Wie steht es in Deutschland in den einzelnen Regionen und wie sieht es ganz konkret in meinem Lebensumfeld aus? Das ist die Erkenntnisgrundlage, auf der gute Politik und passgenaue Lösungen aufbauen.

Wir wünschen Ihnen eine interessante und erkenntnisreiche Lektüre!

Bundesminister des Innern,
für Bau und Heimat
Horst Seehofer

Bundesministerin für Ernährung
und Landwirtschaft
Julia Klöckner

Bundesministerin für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend
Dr. Franziska Giffey

Einleitung

Es gibt zahlreiche Berichte zur Situation in Deutschland. Neben dem Landatlas des Thünen-Instituts, dem Raumordnungsbericht des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), dem Jahresbericht zur Deutschen Einheit und dem Regierungsbericht Gut Leben in Deutschland gibt es weitere Berichte aus Forschungseinrichtungen und Stiftungen.

Was unterscheidet uns? Der Deutschlandatlas versteht sich nicht als Bericht, der selbst wertet und Empfehlungen ableitet, sondern als Sammlung von Karten, die je ein bestimmtes Thema regional differenziert darstellt. Nüchtern und sachlich hilft er, die Entscheidungsgrundlagen für Fachpolitiken zur Erreichung gleichwertiger Lebensverhältnisse zu verbessern.

Wir haben uns im Sinne größtmöglicher Klarheit und Transparenz dafür entschieden, jeweils einen Indikator einzeln in einer Karte darzustellen, anstatt verschiedene Indikatoren gewichtet übereinander zu legen. Jede Gewichtung hat eine subjektiv-wertende Komponente und wird von unterschiedlichen Menschen auch anders gesehen. Die vorliegende Kartensammlung ist nicht abschließend. Sie kann und wird erweitert werden. Die Texte dazu sind als Lesehilfe zu verstehen, als Erläuterung, was aus unserer Sicht zum Verständnis erforderlich oder an den Karten besonders bemerkenswert ist.

Bei vielen Indikatoren bestehen teils sehr deutliche regionale Unterschiede. Nicht alle sind so problematisch, dass es staatlicher Eingriffe bedarf. Stark wachsende Bevölkerungszahlen verzeichnen vor allem viele größere Städte und Ballungsräume, aber auch einige ländliche Regionen. Diesem steht das Schrumpfen anderer Regionen gegenüber – vor allem ohnehin schon dünn besiedelte ländliche Räume verlieren weiter Einwohner.

In stark und schnell wachsenden Regionen werden erhebliche Investitionen in neuen Wohnraum und die technische und soziale Infrastruktur notwendig. In Regionen mit zurückgehender und überdurchschnittlich alter Bevölkerung erhöhen sich die Kosten pro Kopf für Investitionen in die Erhaltung und Anpassung der Infrastruktur und die Gewährleistung der Daseinsvorsorge. Wenn gute Arbeitsplätze fehlen, Investitionen unrentabel werden, Ortskerne verfallen und Bildungsangebote, Ärzteversorgung, Mobilitätsangebote zurückgehen, kann dies zu weiterer Abwanderung führen.

Im großräumlichen, bundesweiten Maßstab sind Unterschiede insbesondere zwischen strukturstarken Regionen um die großen Ballungszentren einerseits und die ländlichen Regionen weitab der großen Zentren (unter anderem in den Grenzregionen) sowie altindustriellen Regionen andererseits zu erkennen.

Die Karten basieren auf Daten des Statistischen Bundesamts, eigenen Analysen (insbesondere zur Erreichbarkeit) sowie Daten der zuständigen Bundes- und Landesbehörden. Diese Daten sind regionalisiert in der Regel auf das Gebiet von Landkreisen und kreisfreien Städten, teils auch kleinräumiger auf Gemeindeebene. Nicht alle Daten liegen regional zum gleichen Zeitpunkt vor, so dass sich die Jahreszahlen der vorliegenden aktuellen Daten unterscheiden. Für ganz Deutschland und die Länder gibt es häufig aktuellere Zahlen als für die kleinräumige Betrachtungsebene. Da sich aber viele Strukturen im Raum nur langsam ändern, beschreiben diese Zahlen immer noch recht gut die gegenwärtige Situation.

Weitere Daten, Karten und Informationen erhalten Sie bei uns, den Ressortforschungseinrichtungen des Bundes zu Fragen der räumlichen Entwicklung: dem BBSR (im Zuständigkeitsbereich des BMI) und dem Thünen-Institut (im Zuständigkeitsbereich des BMEL).

Dr. Markus Eltges

Leiter des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)

Prof. Dr. Folkhard Isermeyer

Präsident des Thünen-Instituts
Bundesforschungsinstitut für Ländliche Räume,
Wald und Fischerei

Wo wir leben

Flächennutzung

Deutschland hat eine Größe von rund 357.400 Quadratkilometern. Die Landfläche wird in unterschiedlicher Weise genutzt. Drei für die Lebensqualität vor Ort wichtige Flächennutzungen sind hier dargestellt: Siedlungs- und Verkehrsflächen entsprechend der Definition der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie sowie Wald- und Landwirtschaftsflächen.

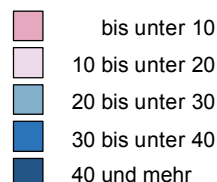
Siedlungen und Verkehrsflächen machen rund 14 Prozent der Landfläche Deutschlands aus, 30 Prozent sind Wald und 51 Prozent der Fläche werden landwirtschaftlich genutzt (Stand 2016).

Die Anteile von Siedlung, Wald und Landwirtschaft sind regional unterschiedlich verteilt: Den höchsten Anteil an landwirtschaftlich genutzten Flächen haben der Norden – Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern –, Mitteldeutschland und Bayern. Die Kreise mit dem höchsten Anteil an landwirtschaftlicher Fläche, nämlich über drei Viertel ihrer Fläche, sind der Salzlandkreis, der Landkreis Wesermarsch, Dithmarschen, Nordfriesland und Sömmerda. Auch die großen Städte haben landwirtschaftlich genutzte Flächen. Die Städte mit den niedrigsten Anteilen landwirtschaftlich genutzter Flächen sind mit zwischen 4 und 9 Prozent ihrer Fläche Berlin, Herne, Kaiserslautern und Oberhausen.

Den höchsten Anteil an Waldflächen haben die Mittelgebirge, aber auch das südliche Brandenburg. Den höchsten Waldanteil an ihrer Gesamtfläche haben die Landkreise Sonneberg, Siegen-Wittgenstein, Freudenstadt, Südwestpfalz und Regen. Deutlich weniger Waldflächen haben der Nordwesten und Mitteldeutschland. Den mit unter 1 Prozent der Fläche niedrigsten Anteil an Waldflächen haben Emden, Frankenthal (Pfalz), Bremen und der Landkreis Straubing.

Der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche hängt vor allem mit der Einwohnerdichte zusammen. In den großen Städten und ihrem nahen Umland ist der Anteil an Siedlungs- und Verkehrsfläche am Gesamtgebiet entsprechend hoch. In der Osthälfte Deutschlands ist der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche mit 5 bis 10 Prozent an der Gesamtfläche gering im Vergleich zum Ruhrgebiet, wo der Anteil bis über 70 Prozent steigt, so in Gelsenkirchen, Oberhausen und Herne.

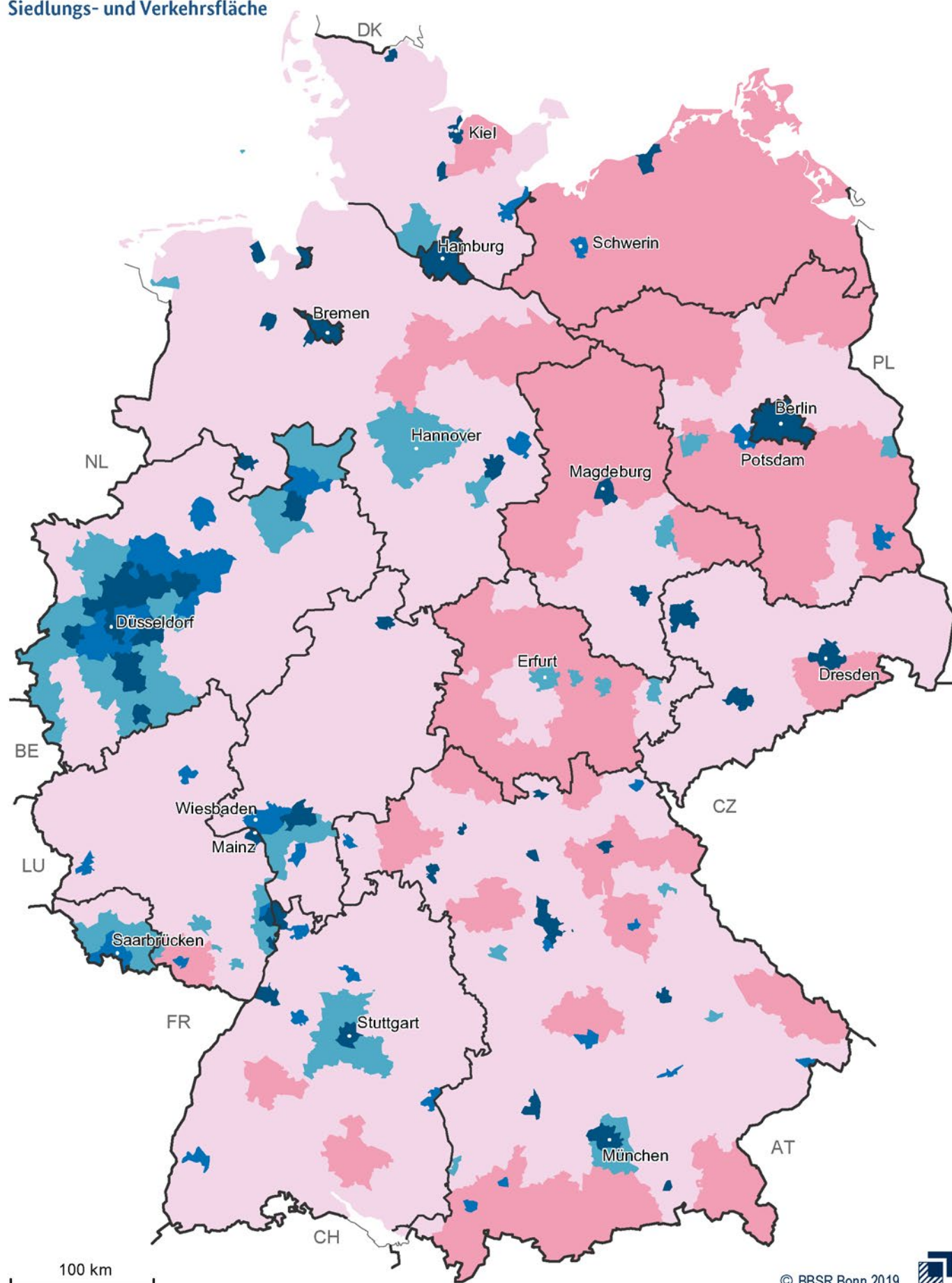
Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche* an der Gesamtfläche im Jahr 2016 in %



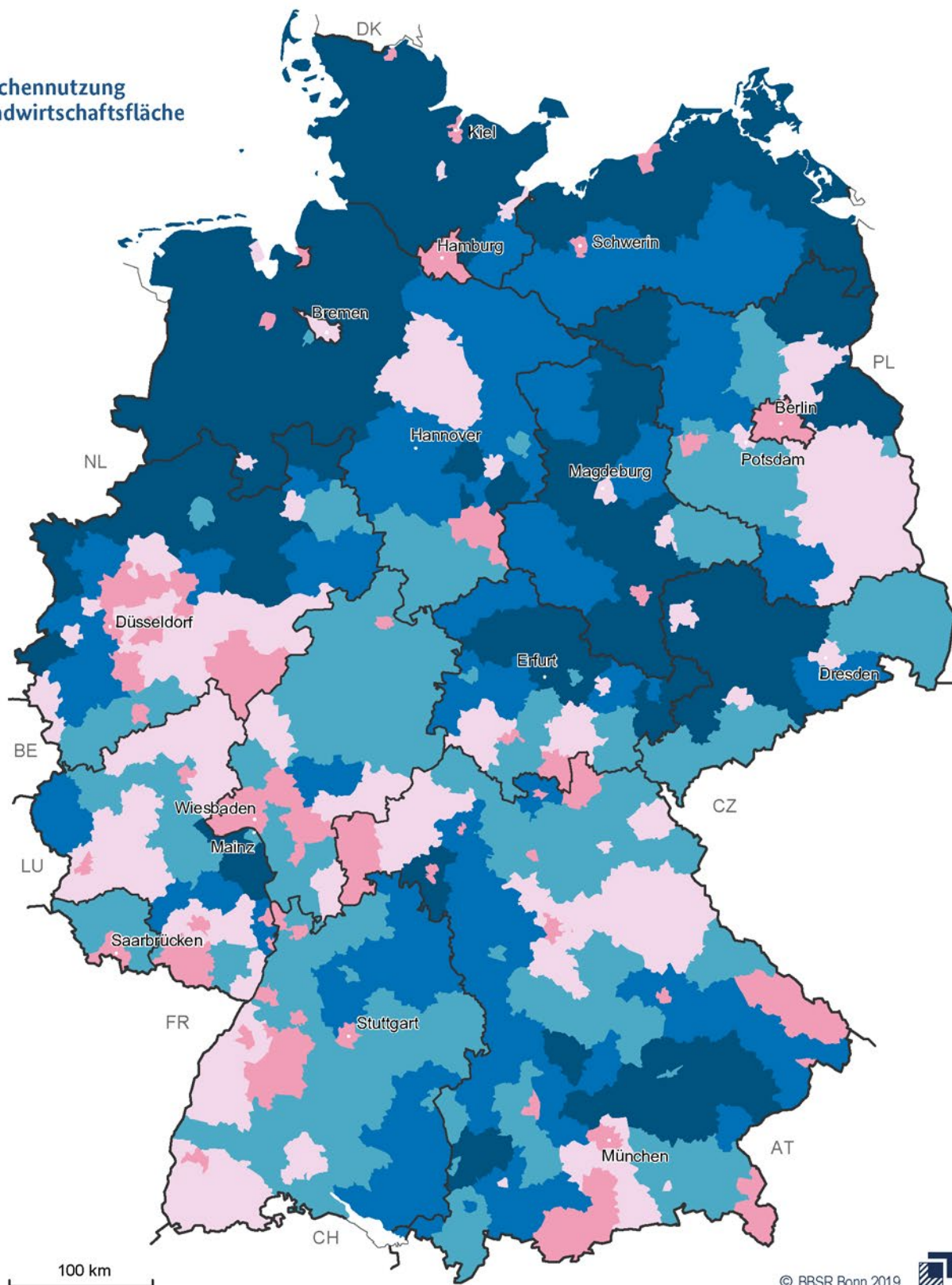
Datenbasis: Regionaldatenbank Deutschland
Geometrische Grundlage: Kreise (generalisiert),
31.12.2016 © GeoBasis-DE/BKG
Räumliche Auflösung: Kreisfreie Städte und Landkreise
Bearbeitung: L. Kiel

*Anmerkung: Definition der Siedlungs- und
Verkehrsfläche gemäß Nachhaltigkeitsstrategie
ohne Bergbau, Tagebau, Grube und Steinbruch

Flächennutzung Siedlungs- und Verkehrsfläche



Flächennutzung Landwirtschaftsfläche



© BBSR Bonn 2019

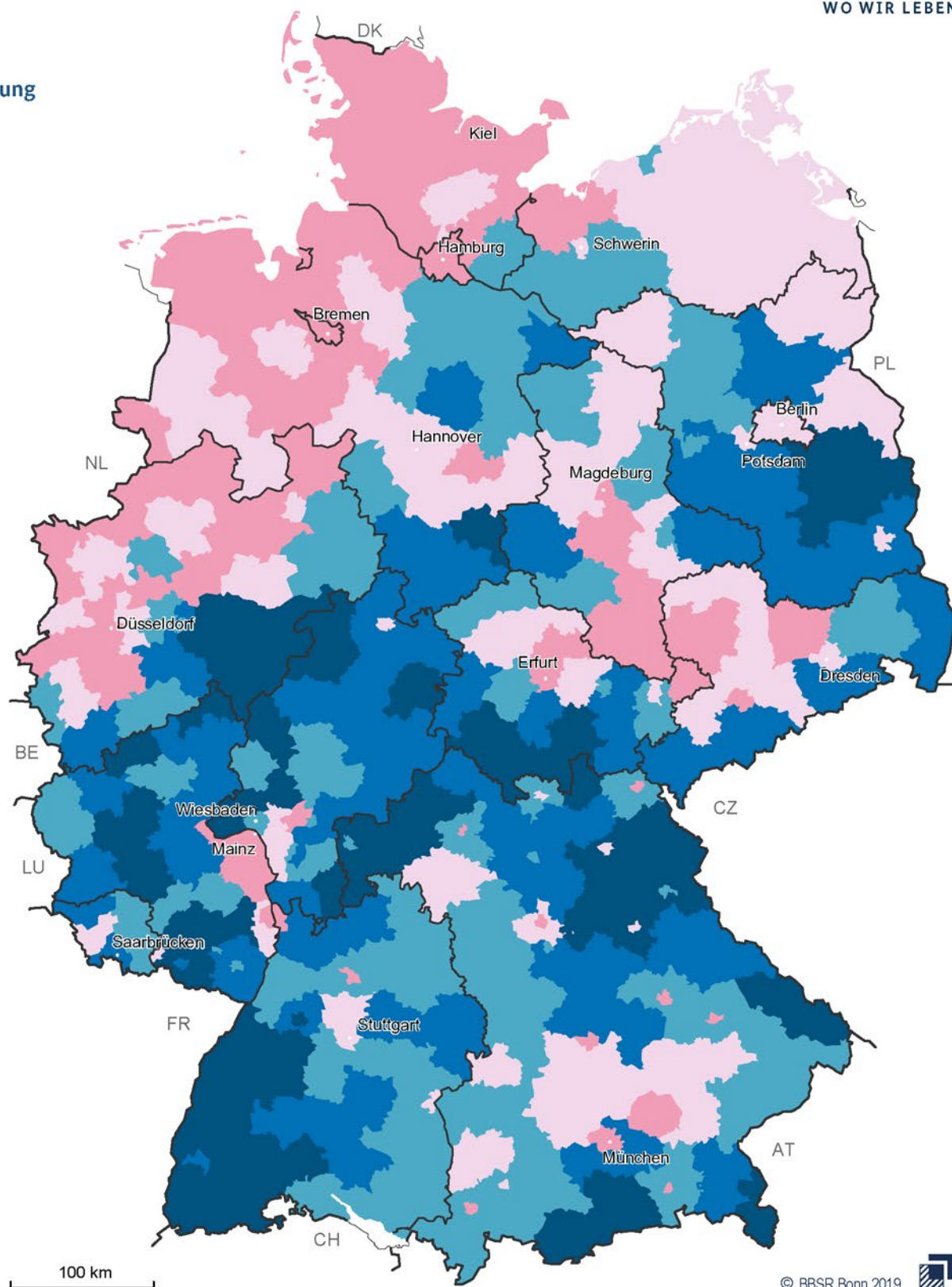


Anteil der Landwirtschaftsfläche an der Gesamtfläche im Jahr 2016 in %



Datenbasis: Regionaldatenbank Deutschland,
eigene Berechnung
Geometrische Grundlage: Kreise (generalisiert),
31.12.2016 © GeoBasis-DE/BKG
Räumliche Auflösung: Kreisfreie Städte und Landkreise
Bearbeitung: L. Kiel

Flächennutzung Waldfläche



© BBSR Bonn 2019



Anteil der Waldfläche an der Gesamtfläche im Jahr 2016 in %

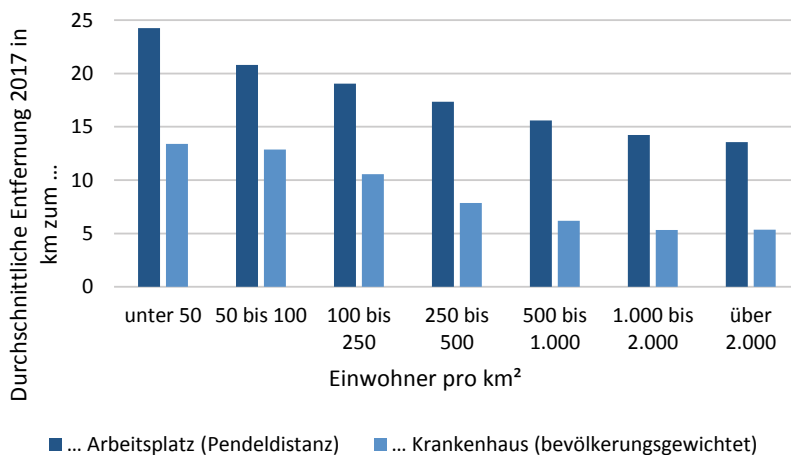


Datenbasis: Regionaldatenbank Deutschland,
eigene Berechnung
Geometrische Grundlage: Kreise (generalisiert),
31.12.2016 © GeoBasis-DE/BKG
Räumliche Auflösung: Kreisfreie Städte und Landkreise
Bearbeitung: L. Kiel

Bevölkerungsdichte

Die Bevölkerungsdichte beschreibt die Anzahl der Einwohner pro Quadratkilometer. Sie ist nicht nur ein statistischer Wert. Sie prägt das Siedlungsbild und beeinflusst die Wirtschaftlichkeit von Versorgungseinrichtungen und Angeboten, von der Apotheke über den Supermarkt bis zum Kino. Die Bevölkerungsdichte ist für die Menschen alltäglich erfahrbar, etwa bei der Fahrzeit zum Arbeitsplatz oder zum nächsten Krankenhaus.

Steigende Entfernungen bei geringerer Bevölkerungsdichte



Quelle: Regionaldatenbank Deutschland, BBSR

Deutschland hat nach Malta, den Niederlanden, Belgien und dem Vereinigten Königreich die fünfhöchste Bevölkerungsdichte in der Europäischen Union. 82,8 Millionen Menschen lebten 2017 auf einer Fläche von rund 357.400 Quadratkilometern (Statistikportal Deutschland). Die durchschnittliche Bevölkerungsdichte beträgt somit 231,5 Einwohner pro Quadratkilometer.

Die Bevölkerung ist natürlich nicht gleichmäßig über das Land verteilt. Spitzenreiter bei der Bevölkerungsdichte in Deutschland sind Berlin mit 4.055 und München mit 4.686 Einwohnern

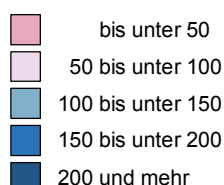
pro Quadratkilometer. Ohne Berlin mit seinem Umland ist der Nordosten Deutschlands eher dünn besiedelt. Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg haben mit 69 beziehungsweise 84 Einwohnern pro Quadratkilometer die geringste Bevölkerungsdichte von allen Ländern. Auch in Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz gibt es Regionen mit für deutsche Verhältnisse geringen Bevölkerungsdichten von zum Teil unter 10 Einwohnern pro Quadratkilometer. Beide Länder haben zudem eine überdurchschnittliche hohe Zahl sehr kleiner Gemeinden.

Währenddessen reihen sich im Westen und Südwesten vom Ruhrgebiet über die Region Rhein-Main und die Rheinebene sowie den Großraum Stuttgart mehrere hochverdichtete Räume aneinander. Diese sind ein Teil der sogenannten „blauen Banane“, einem dicht bevölkerten Band von Agglomerationsräumen, das sich mit Bevölkerungsdichten von bis zu 3.000 Einwohnern pro Quadratkilometer über mehrere EU-Länder erstreckt.

Die Karte verdeutlicht die kleinräumigen Unterschiede in der Bevölkerungsdichte. Grundsätzlich ist die Bevölkerungsdichte in den Großstädten am höchsten und nimmt über die Umlandgemeinden bis zu den entfernteren Gemeinden in ländlich geprägten Regionen immer weiter ab. Darüber hinaus gibt es aber in vielen Ländern auch außerhalb der großen Städte einzelne Gemeinden mit hohen Bevölkerungsdichten. Diese kleineren Städte sind wichtige Versorgungspunkte für die umliegenden Regionen.

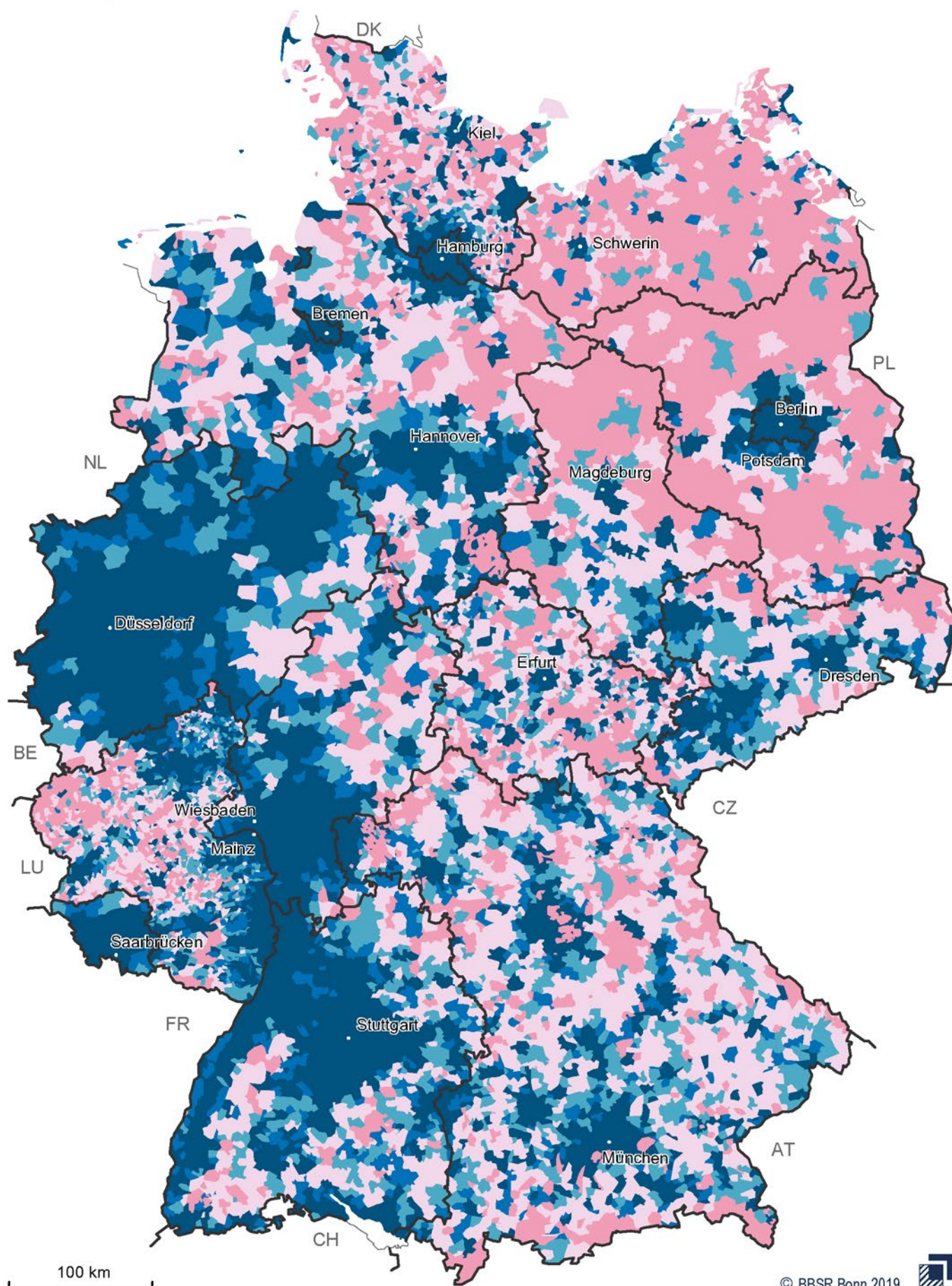
Insgesamt wird damit deutlich, dass Deutschland nicht auf ein großes Zentrum ausgerichtet ist, sondern über viele Zentren verfügt.

Einwohner je km² im Jahr 2017



Datenbasis: Laufende Raumbewertung des BBSR
Geometrische Grundlage: Gemeinden (generalisiert),
31.12.2017 © GeoBasis-DE/BKG
Räumliche Auflösung: Gemeinden
Bearbeitung: L. Kiel

Bevölkerungsdichte



Bevölkerungsentwicklung

Die Bevölkerungsentwicklung bildet die Zahl sowohl der Zu- und Abwanderungen als auch die natürliche Bevölkerungsveränderung durch Geburten und Sterbefälle einer Gemeinde ab.

Bei der Messung der Bevölkerungsentwicklung eines kleinen Gebiets wie einer Gemeinde sind statistische Besonderheiten zu beachten: Wachstumsraten können schnell sehr hohe oder auch niedrige Werte annehmen. Zum einen können Gebietsreformen die Statistik durcheinanderbringen, zum Beispiel durch Trennen oder Zusammenlegen von Gemeindegebieten, zum anderen kann bei sehr kleinen Gemeinden bereits ein geringer absoluter Wert zu hohen Veränderungswerten führen. Ein Beispiel ist die Gemeinde Büttel in Schleswig-Holstein, deren Einwohnerzahl zwischen 2012 und 2017 von 38 auf 48 Personen stieg. Das entspricht einer jährlichen Wachstumsrate von 4,8 Prozent. Zum Vergleich: Kiels Einwohnerzahl ist in dieser Zeit um über 8.000 gestiegen, aber die Wachstumsrate liegt bei nur 0,7 Prozent.

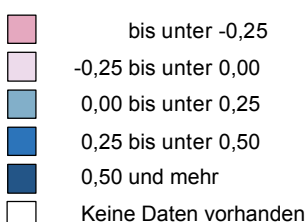
Es fällt auf, dass viele Gemeinden in den westdeutschen Ländern in den vergangenen sechs Jahren einen Bevölkerungszuwachs erfahren haben. Dies betrifft viele Kommunen in Bayern und Baden-Württemberg, aber auch in Nordrhein-Westfalen und im westlichen Niedersachsen.

Auch die großen Städte und ihre Umlandgemeinden verzeichneten einen Bevölkerungszuwachs, der auf das Umland ausstrahlt. Das wird am Beispiel von Berlin sehr deutlich. Die Einwohnerzahl der Stadt ist gestiegen, auch die der Gemeinden im nahen Umland, während weiter entfernt liegende Kommunen in Brandenburg Bevölkerungsverluste verzeichneten.

Zudem ist in vielen Gemeinden Ostdeutschlands die Bevölkerungszahl zurückgegangen. Ausnahmen dabei sind größere Städte und ihr Umland sowie die Ostseeküste. Aber auch in anderen Regionen, etwa an der ehemaligen innerdeutschen und der bayerisch-tschechischen Grenze, in Teilen von Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein liegen viele Gemeinden mit einer stark abnehmenden Einwohnerzahl.

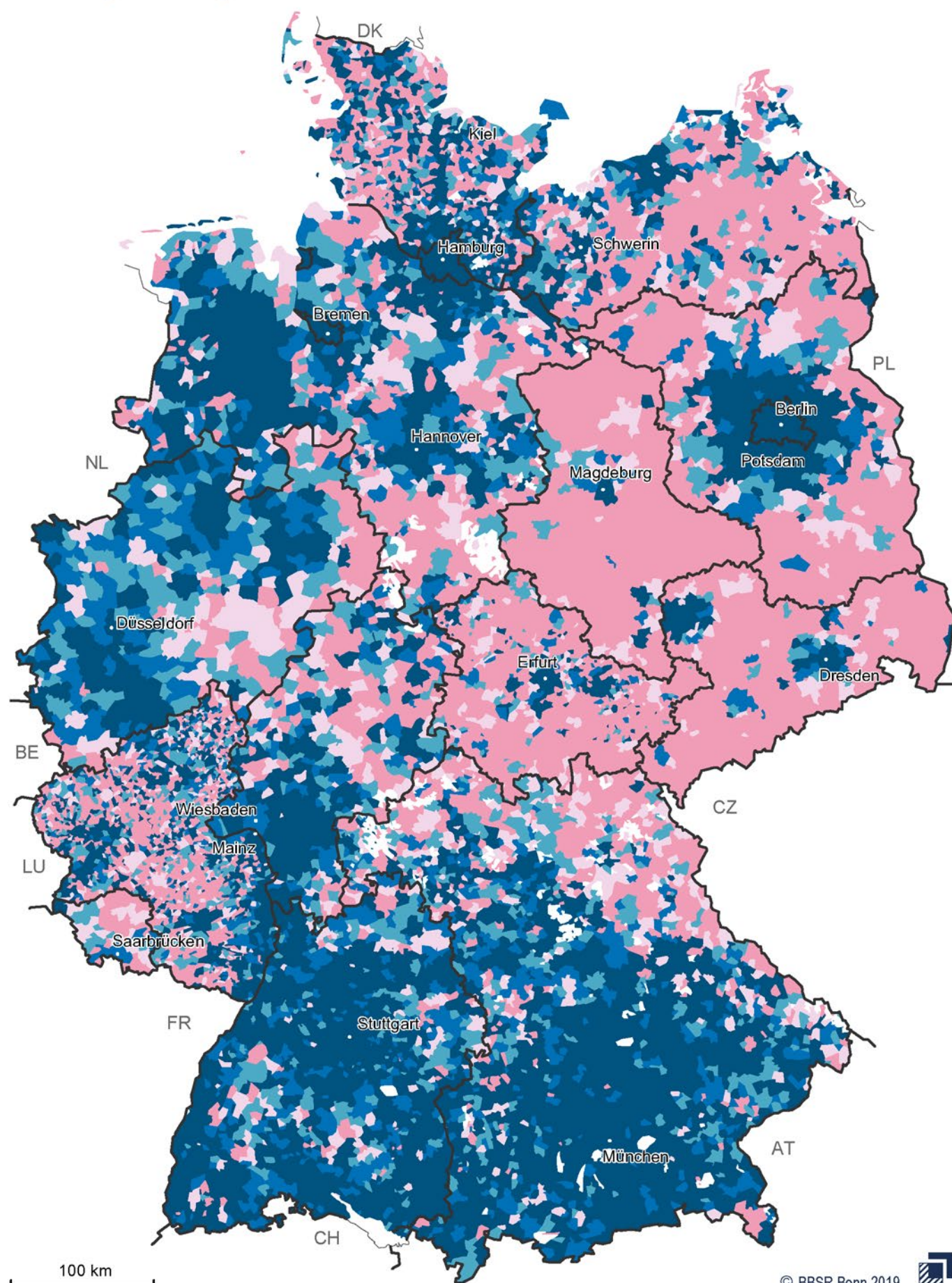
Von den etwa 11.000 Gemeinden in Deutschland sind in den Jahren von 2012 bis 2017 ungefähr 5.700 gewachsen, bei 400 stagnierte die Einwohnerzahl und in 4.900 Gemeinden hat sie abgenommen. Zu beachten ist hierbei aber die sehr unterschiedliche Gemeindestruktur zwischen den Ländern. Während zum Beispiel Nordrhein-Westfalen mit rund 18 Millionen Einwohnern in 396 Gemeinden gegliedert ist, verfügt Rheinland-Pfalz bei rund 4,1 Millionen Einwohnern über mehr als 2.000 Ortsgemeinden.

Jahresdurchschnittliche Wachstumsrate der Bevölkerungszahl zwischen 2012 und 2017 in %



Datenbasis: Laufende Raumbewachung des BBSR
Geometrische Grundlage: Gemeinden (generalisiert),
31.12.2017 © GeoBasis-DE/BKG
Räumliche Auflösung: Gemeinden
Bearbeitung: L. Kiel

Bevölkerungsentwicklung



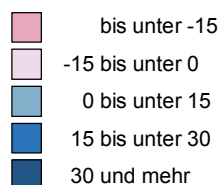
Binnenwanderung

Der Binnenwanderungssaldo misst die Differenz zwischen dem Zu- und Wegzug von beziehungsweise in andere deutsche Städte und Landkreise innerhalb Deutschlands.

2017 wurden knapp 4 Millionen Umzüge über Kreisgrenzen hinweg innerhalb von Deutschland verzeichnet.

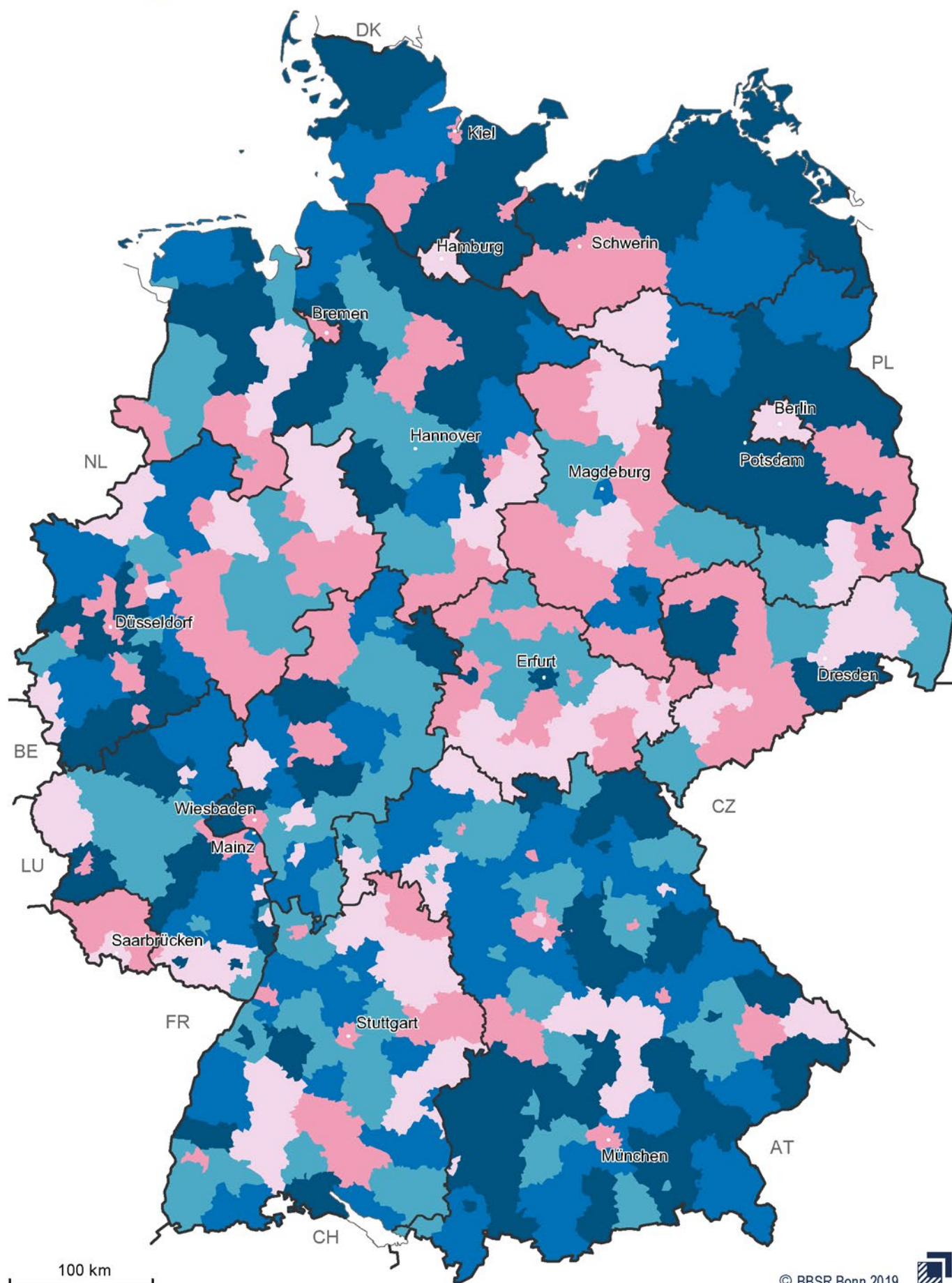
Auffallend ist, dass die Binnenwanderungssalden der großen Städte häufig negativ sind, hingegen die jeweiligen Umlandkreise Binnenwanderungsgewinne verzeichnen.

Saldo der Binnenwanderungen pro 10.000 Einwohner im Jahr 2017



Datenbasis: Regionaldatenbank Deutschland
Geometrische Grundlage: Kreise (generalisiert),
31.12.2017 © GeoBasis-DE/BKG
Räumliche Auflösung: Kreisfreie Städte und Landkreise
Bearbeitung: L. Kiel

Binnenwanderung



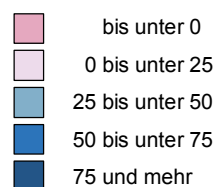
Zu- und Abwanderung

Der Außenwanderungssaldo ist die Differenz aus Zu- und Abwanderung.

2017 gab es deutschlandweit 1,55 Millionen Zuzüge aus dem Ausland und 1,13 Millionen Fortzüge in das Ausland. Beim Zuzug handelte es sich überwiegend um Erwerbsmigration innerhalb der Europäischen Union.

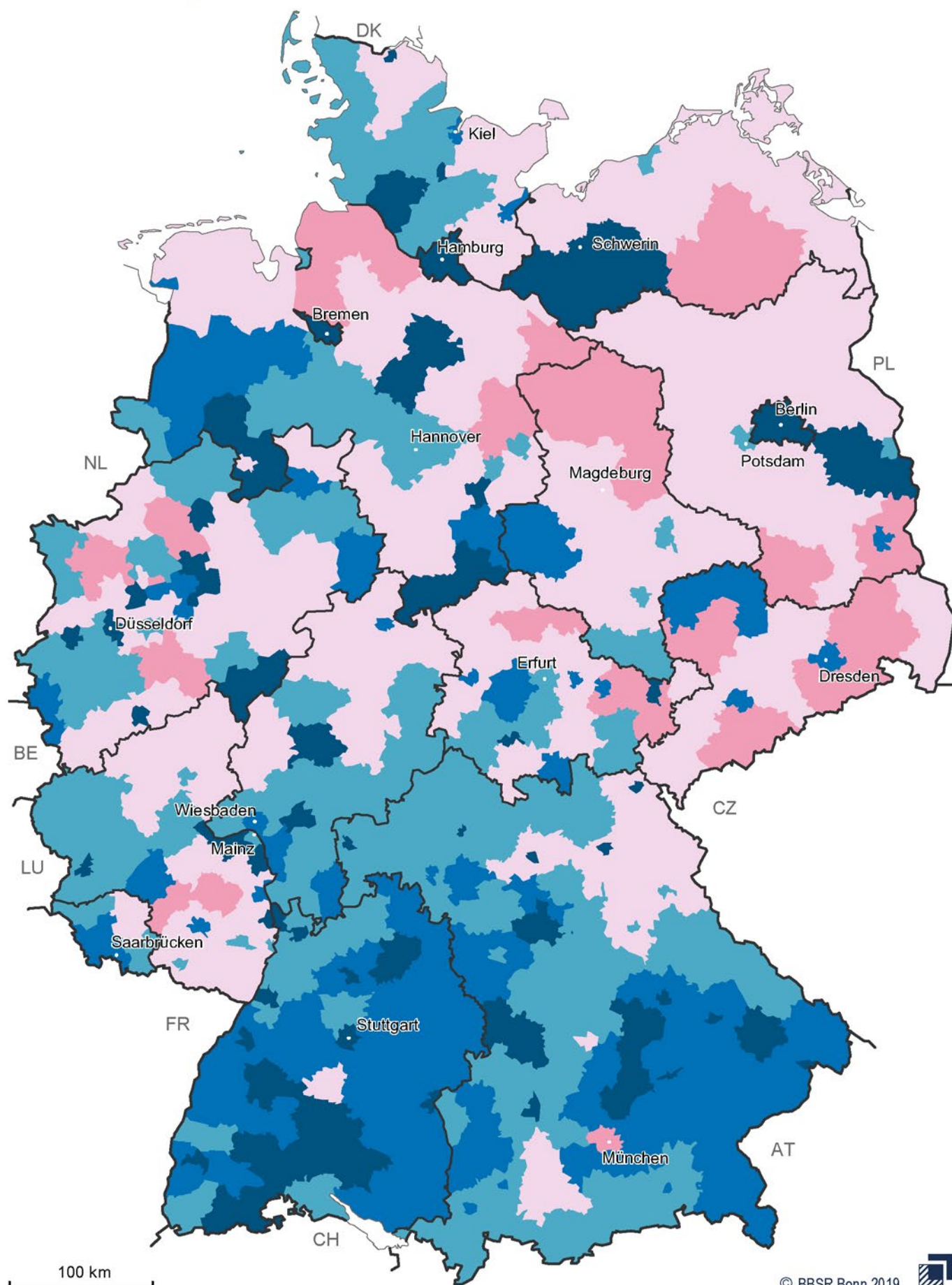
In der Statistik auf regionaler Ebene fallen vor allem die Wanderungsbewegungen durch Schutzsuchende ins Gewicht; zunächst verzeichnen Gemeinden mit Erstaufnahmeeinrichtungen viele Zuzüge aus dem Ausland und damit einen positiven Außenwanderungssaldo. Zeitversetzt kann dies mit einem negativen Binnenwanderungssaldo einhergehen, wenn Schutzsuchende aus den Erstaufnahmeeinrichtungen auf andere Gemeinden verteilt werden.

Saldo der Außenwanderungen pro 10.000 Einwohner im Jahr 2017



Datenbasis: Regionaldatenbank Deutschland
Geometrische Grundlage: Kreise (generalisiert),
31.12.2017 © GeoBasis-DE/BKG
Räumliche Auflösung: Kreisfreie Städte und Landkreise
Bearbeitung: L. Kiel

Zu- und Abwanderung



Steuereinnahmekraft

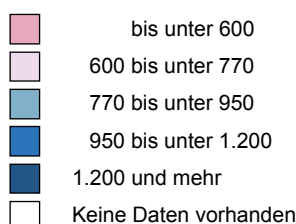
Wichtige Steuereinnahmen der Gemeinden sind die Gewerbesteuer (abzüglich der Gewerbesteuerumlage), die Grundsteuer sowie die Gemeindeanteile der Einkommens- und Umsatzsteuer. Bei der Grund- und Gewerbesteuer werden dabei zur Vergleichbarkeit der Steuerkraft nicht die tatsächlichen, von den Gemeinden festgelegten Hebesätze sondern ein bundeseinheitlicher Durchschnittshebesatz angelegt.

Die Steuereinnahmekraft ist in den besonders wirtschaftsstarken Regionen Nordrhein-Westfalens und Bayerns oder in Baden-Württemberg und Hamburg mit über 1.200 Euro je Einwohner am höchsten. In vielen ländlichen Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Brandenburg (außerhalb des Umlandes von Berlin), Thüringen, Sachsen und Rheinland Pfalz liegt sie unter 600 Euro je Einwohner, ebenso in einigen Gemeinden in Bayern und im Norden Niedersachsens.

Zwischen 2011 und 2015 haben sich die Steuereinnahmen vor allem in Berlin und in vielen Regionen Bayerns, Nordniedersachsens, Brandenburgs oder Mecklenburg-Vorpommerns und Baden-Württembergs um über ein Viertel erhöht.

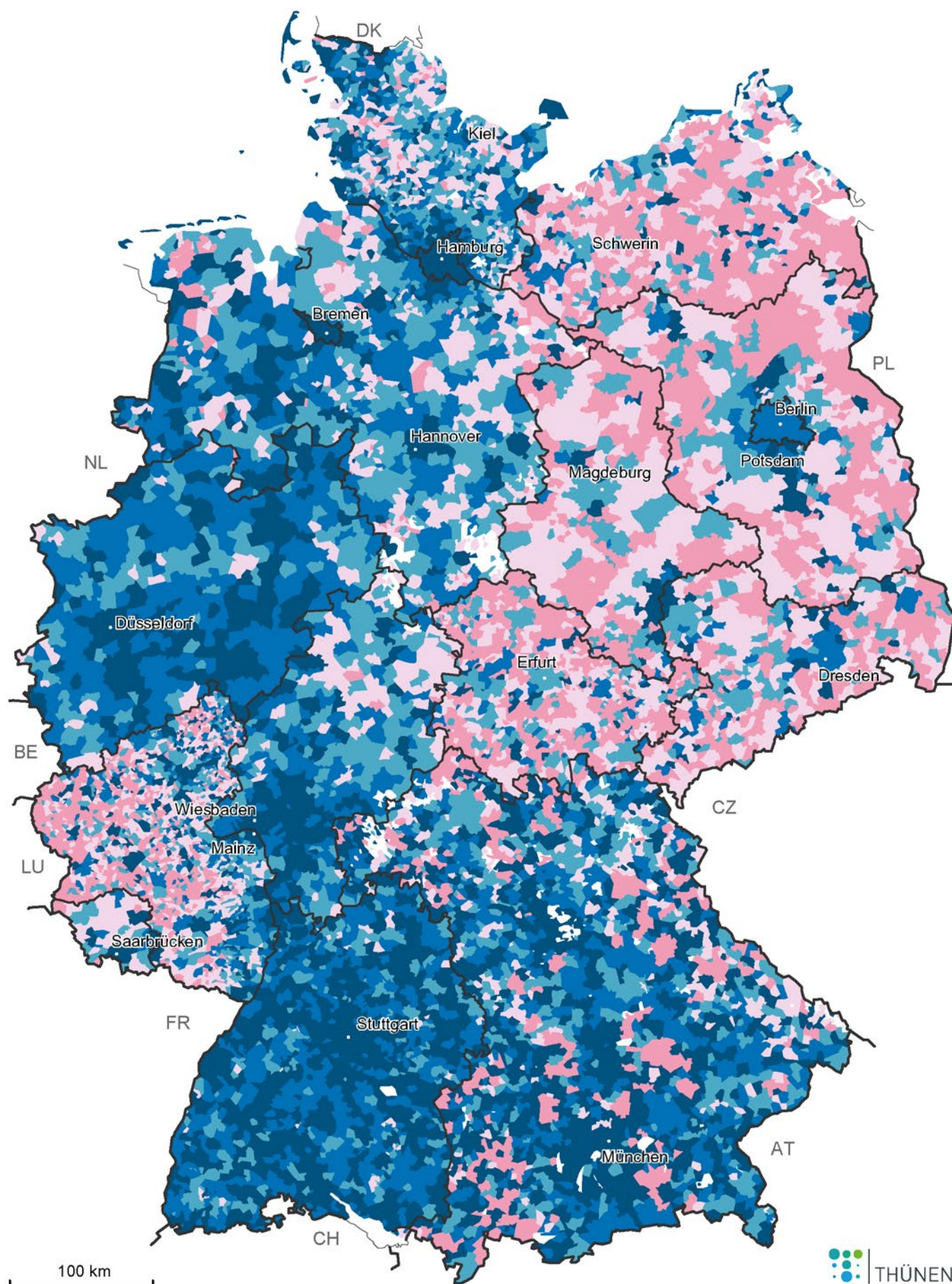
Die Steuereinnahmen machen rund die Hälfte der kommunalen Einnahmen aus und bestimmen somit entscheidend deren Möglichkeiten mit, neben Pflichtleistungen (insbesondere im Sozial- und Bildungsbereich) auch Investitionen, Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger sowie sogenannte freiwillige Leistungen für Sportvereine, kulturelle Angebote und die Wirtschaftsförderung finanzieren zu können.

Steuereinnahmekraft 2017 in € je Einwohner



Datenbasis: Realsteuervergleich des Bundes und der Länder, Destatis 2019
Geometrische Grundlage: Kreise (generalisiert), 31.12.2015 © GeoBasis-DE/BKG
Räumliche Auflösung: Gemeinden
Bearbeitung: T. Osigus

Steuereinnahmekraft



Kommunale Kassenkredite

Um die Differenz zwischen laufenden Einnahmen und laufenden Ausgaben zu schließen, greifen Kommunen auf sogenannte Kassenkredite zurück. Im Unterschied zu den klassischen Kommunalkrediten mit langen Laufzeiten sind sie nicht an Investitionen gekoppelt. Somit steht den Kassenkrediten keine Vermögensbildung gegenüber. Der Kassenkredit ist zu einem Indikator geworden, der die prekäre Finanzsituation der kommunalen Gebietskörperschaften anzeigt. Hohe Kassenkredite engen den Handlungsspielraum der betroffenen Kommunen vor Ort stark ein.

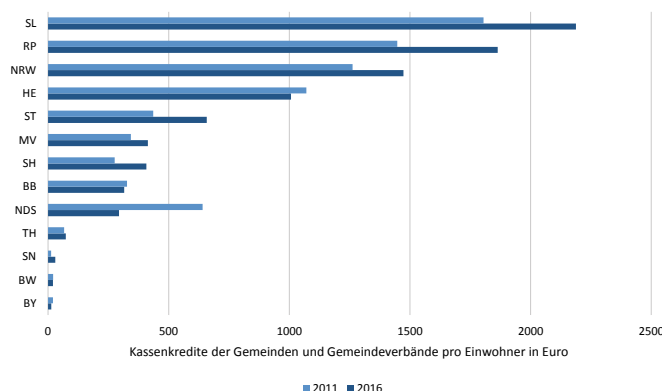
Die Kassenkredite der deutschen Kommunen beliefen sich im Jahr 2016 auf über 49 Milliarden Euro. Fünf Jahre zuvor lag der Betrag bei etwas über 45 Milliarden Euro. Damit hat sich die Kreditsumme innerhalb dieser fünf Jahre um 10 Prozent gesteigert.

In Deutschland haben – abgesehen von den Stadtstaaten – 81 Landkreise und kreisfreie Städte (etwa 20 Prozent) überhaupt keine Kassenkredite aufgenommen. Diese liegen vor allem in Bayern und Baden-Württemberg, aber auch einige ostdeutsche Städte wie Eisenach, Leipzig, Dresden und Potsdam gehören dazu. Zum Vergleich: Im Jahr 2011 waren 62 Landkreise und kreisfreie Städte ohne Kassenkredite. Hingegen stehen nur acht Städte für etwa ein Viertel des gesamten Volumens an Kassenkrediten in Deutschland. Dabei handelt es sich um viele Städte des Ruhrgebiets, beispielsweise Essen, Recklinghausen und Oberhausen. Außerhalb dieser Region sind es Wuppertal und Saarbrücken.

Werden die Kassenkredite auf die Zahl der Einwohner bezogen, dann weisen sieben Landkreise und Städte Werte zwischen 5.000 und 8.400 Euro pro Einwohner auf – neben einigen Städten des Ruhrgebiets – der Landkreis Kusel, Zweibrücken, Kaiserslautern und Pirmasens.

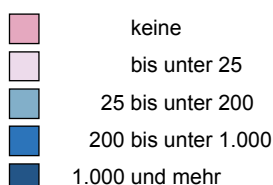
Bei einem Vergleich der Länder (siehe Grafik) wird deutlich, dass das Saarland, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen sehr hohe und im Zeitverlauf gestiegene Pro-Kopf-Werte bei den Kassenkrediten aufweisen. Niedersachsen konnte zwischen 2011 und 2016 die Höhe der Kassenkredite pro Einwohner deutlich senken. Hessen hat seine Kommunen Ende 2018 deutlich entschuldet, was sich in den Daten von 2016 noch nicht widerspiegelt. In Thüringen, Baden-Württemberg und Bayern ist das durchschnittliche Niveau der Kassenkredite gering.

Entwicklung kommunaler Kassenkredite zwischen 2011 und 2016 (ohne Stadtstaaten)



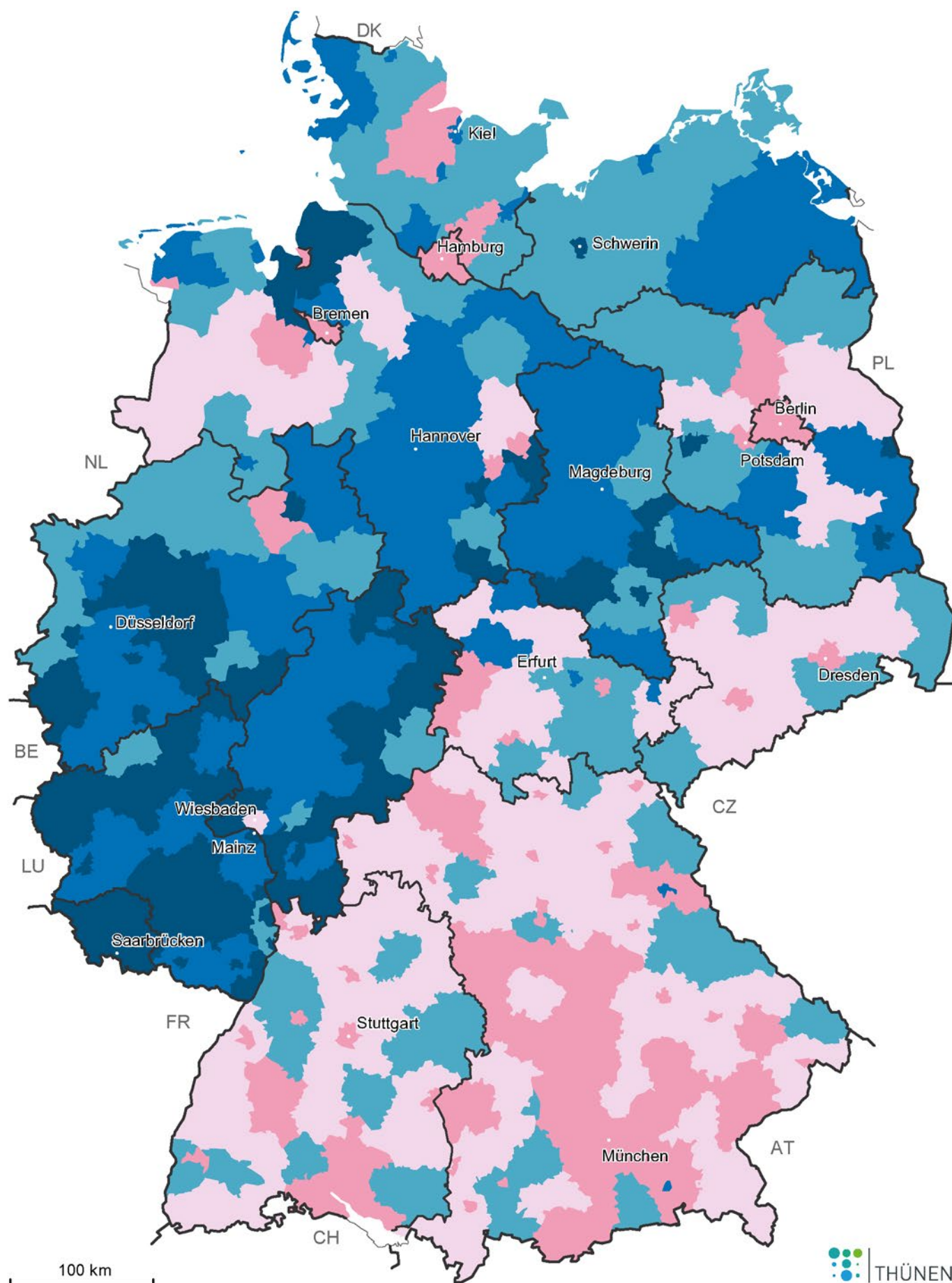
Quelle:
Regionaldatenbank Deutschland

Kommunale Kassenkredite 2015 in € je Einwohner



Datenbasis: Statistik über Schulden des Bundes und der Länder, INKAR 2018
Geometrische Grundlage: Kreise (generalisiert), 31.12.2015 © GeoBasis-DE/BKG
Räumliche Auflösung: Kreisfreie Städte und Landkreise
Bearbeitung: T. Osigus

Kommunale Kassenkredite



Wer wir sind

Anteil der unter 18-Jährigen an der Gesamtbevölkerung

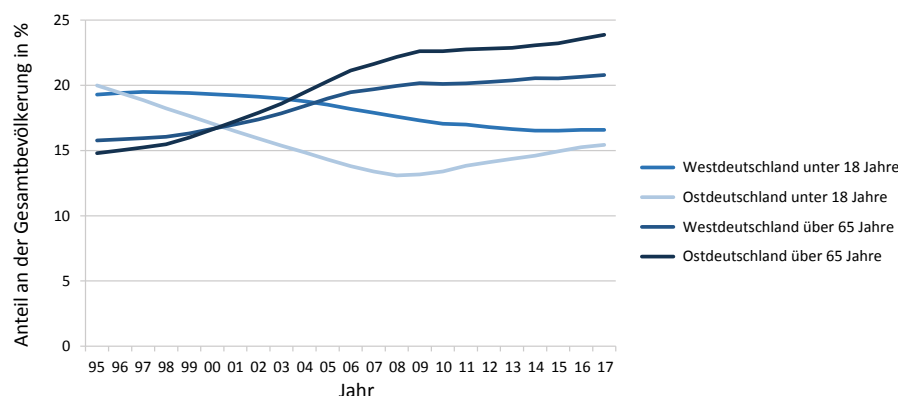
Im Jahr 2017 lebten rund 13,5 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren in Deutschland, das entspricht einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von 16,4 Prozent. Die aktiv im Berufsleben stehenden Erwachsenen zwischen 18 und 65 zählten 51,5 Millionen Menschen, das heißt 62,3 Prozent. Insgesamt 17,7 Millionen Menschen waren über 65, ein Anteil an der Gesamtbevölkerung von 21,4 Prozent.

Auch in der Altersstruktur gibt es regionale Unterschiede: Bayern und Baden-Württemberg sowie der Nordwesten Deutschlands haben einen verhältnismäßig hohen Anteil an Kindern und Jugendlichen. In den Landkreisen Vechta und Cloppenburg sind mit 19,9 beziehungsweise 20,5 Prozent die höchsten Anteile zu verzeichnen, in Borken, in Eichstätt und Ebersberg liegen sie jeweils knapp unter 19 Prozent.

In Regionen Ostdeutschlands mit relativ großer Entfernung von größeren Städten ist der Anteil von Kindern und Jugendlichen relativ gering. Beispiele hierfür sind die Landkreise Sonneberg, Mansfeld-Südharz, Altenburger Land und Prignitz mit Werten um 13,5 Prozent. Vielfach ist auch in westdeutschen Städten der Anteil der Kinder und Jugendlichen geringer als im Bundesdurchschnitt, allerdings gibt es dafür in den umliegenden Landkreisen höhere Werte, da viele Familien im suburbanen Raum leben. Beispielsweise hat die Stadt Würzburg mit lediglich 12,4 Prozent nach Suhl den niedrigsten Anteil von Kindern und Jugendlichen. Allerdings liegt der Landkreis Würzburg mit einem Wert von 16,6 Prozent leicht über dem Bundesdurchschnitt. Solche räumlichen Konstellationen werden in der Karte für viele Städte und ihr Umland sichtbar.

Im Zeitverlauf (siehe Grafik) wird deutlich, dass der Anteil der älteren Bevölkerung sowohl in den west- als auch in den ostdeutschen Ländern steigt und mittlerweile höher ist als der Anteil der Kinder und Jugendlichen. Allerdings wird auch deutlich, dass es seit 2008 relativ und auch absolut einen Anstieg der Zahl unter 18-Jähriger in Ostdeutschland gibt.

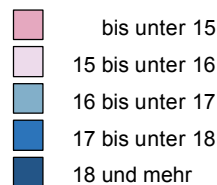
Veränderung der Anteile in den Altersgruppen unter 18 und über 65 Jahre



Quelle:

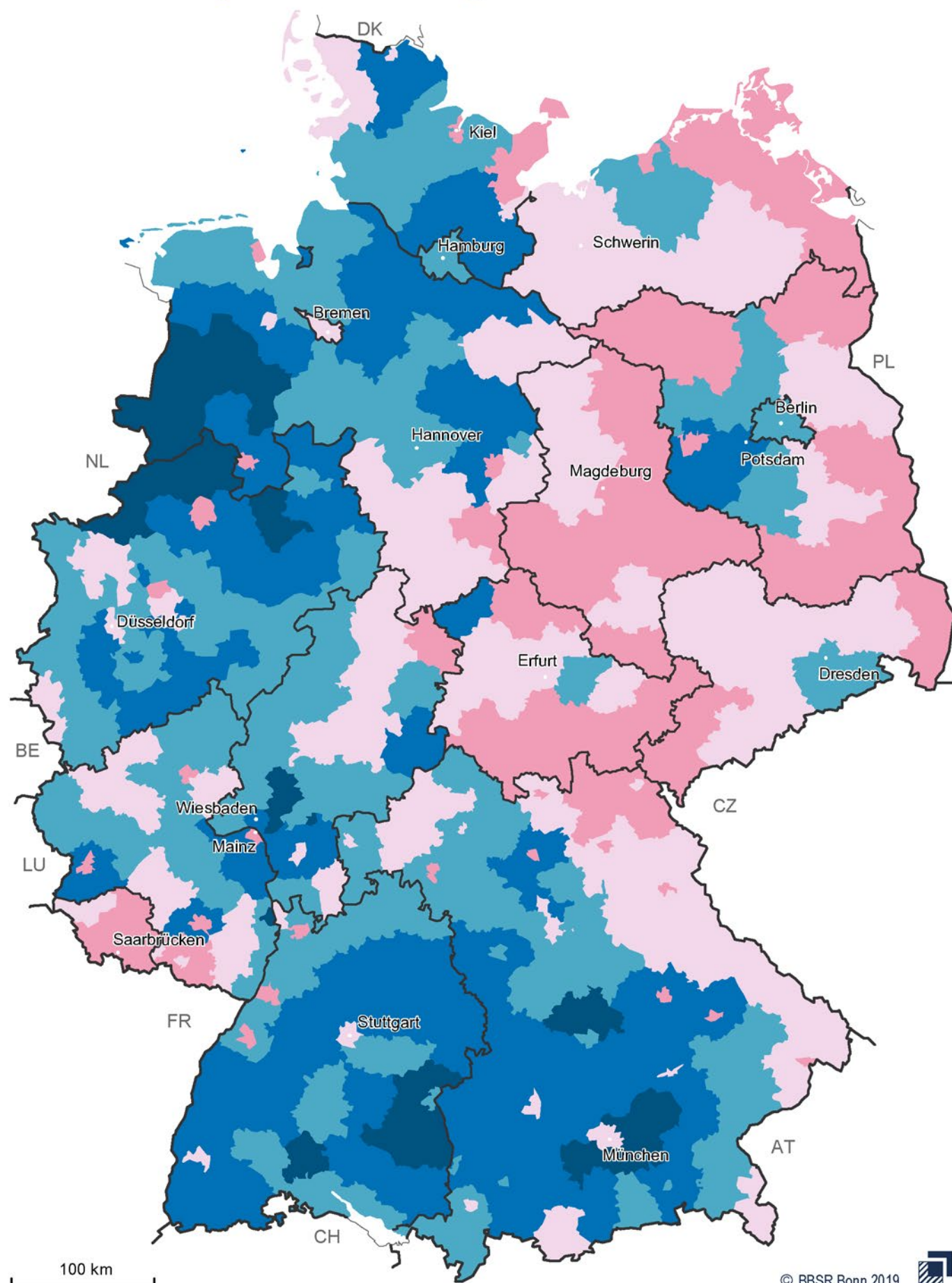
Regionaldatenbank Deutschland

Anteil der unter 18-Jährigen an der Gesamtbevölkerung im Jahr 2017 in %



Datenbasis: Regionaldatenbank Deutschland, eigene Berechnung
Geometrische Grundlage: Kreise (generalisiert), 31.12.2017 © GeoBasis-DE/BKG
Räumliche Auflösung: Kreisfreie Städte und Landkreise
Bearbeitung: L. Kiel

Anteil der unter 18-Jährigen an der Gesamtbevölkerung

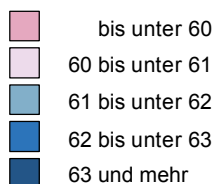


Anteil der 18- bis 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung

Die Altersgruppe zwischen 18 und 65 umfasst Erwachsene, die im Berufsleben stehen, Kinder erziehen und sich vor Ort engagieren können. Sie wird deshalb auch als „erwerbsaktive Bevölkerung“ bezeichnet.

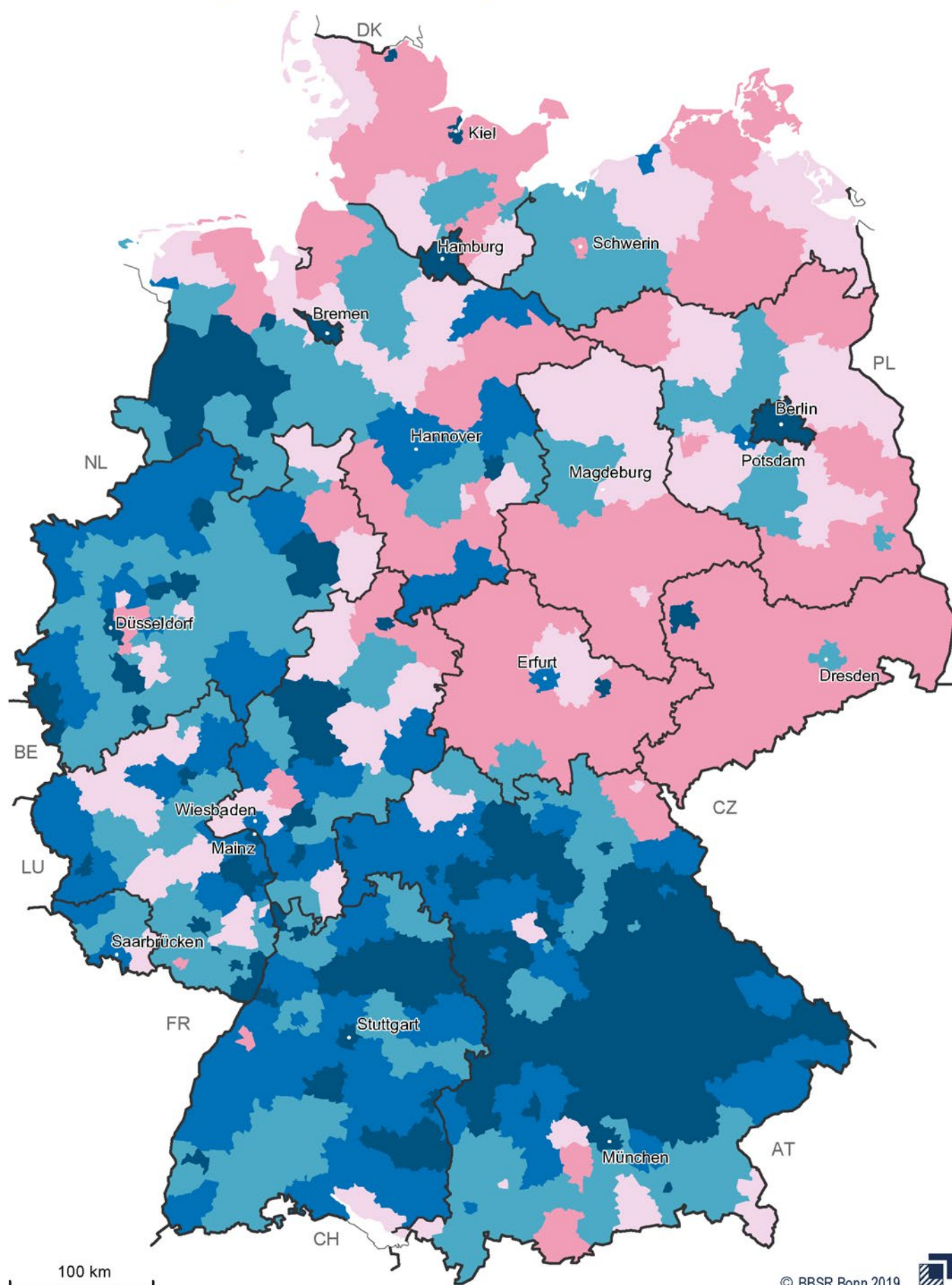
2017 war die erwerbsaktive Bevölkerung mit 51,5 Millionen Einwohnern mit 62,3 Prozent der Gesamtbevölkerung in der Mehrheit. Diese Gruppe ist relativ einheitlich verteilt. Die großen Städte sowie einige Kreise in Bayern und im Nordwesten Deutschlands haben mit über 63 Prozent einen etwas höheren Anteil von Menschen dieser Altersgruppe als eher ländliche Kreise in der Mitte, im Norden und im Osten Deutschlands (55 bis 60 Prozent).

Anteil der zwischen 18- und 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung im Jahr 2017 in %



Datenbasis: Regionaldatenbank Deutschland,
eigene Berechnung
Geometrische Grundlage: Kreise (generalisiert),
31.12.2017 © GeoBasis-DE/BKG
Räumliche Auflösung: Kreisfreie Städte und Landkreise
Bearbeitung: L. Kiel

Anteil der 18- bis 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung



Anteil der über 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung

2017 lebten in Deutschland 17,7 Millionen Menschen, die über 65 Jahre alt sind, ein Anteil an der Gesamtbevölkerung von 21,4 Prozent.

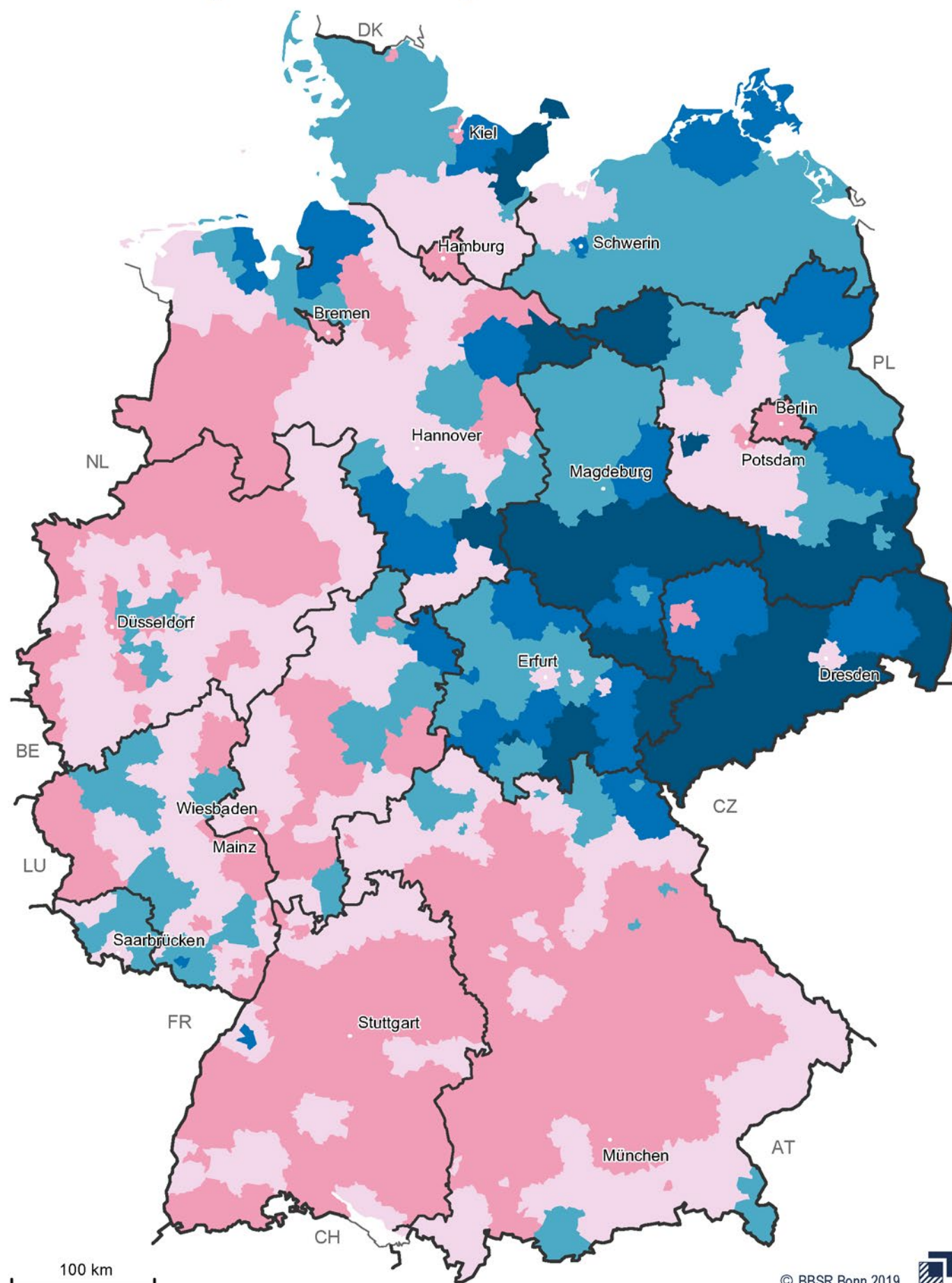
Einen höheren Anteil älterer Menschen als der Bundesdurchschnitt haben insbesondere die südlichen, ländlicheren Regionen Brandenburgs, Sachsens und Sachsen-Anhalts sowie die Holsteinische Schweiz in Schleswig-Holstein. Hier liegt der Anteil der über 65-Jährigen an der Bevölkerung bei circa 30 Prozent. Die Städte haben generell einen etwas niedrigeren Anteil von über 65-Jährigen; ihr Anteil liegt in den „jüngsten“ Städten und Kreisen bei 15 bis 17 Prozent.

Anteil der über 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung im Jahr 2017 in %

	bis unter 21
	21 bis unter 23
	23 bis unter 25
	25 bis unter 27
	27 und mehr

Datenbasis: Regionaldatenbank Deutschland,
eigene Berechnung
Geometrische Grundlage: Kreise (generalisiert),
31.12.2017 © GeotBasis-DE/BKG
Räumliche Auflösung: Kreisfreie Städte und Landkreise
Bearbeitung: L. Kiel

Anteil der über 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung



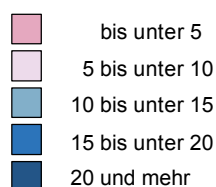
Anteil ausländischer Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung

In Deutschland lebten im Jahr 2017 etwa 9,7 Millionen Ausländer, das heißt Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Damit liegt der Ausländeranteil bei 11,7 Prozent.

In Ostdeutschland (ohne Berlin) ist der Anteil mit 4,5 Prozent wesentlich geringer als in den westlichen Ländern mit 12,7 Prozent. In kreisfreien Städten leben proportional zur Gesamtbevölkerung mit 14,8 Prozent mehr Ausländer als in den Landkreisen, in welchen der Anteil 8,3 Prozent beträgt. Sehr niedrige Anteile werden im Erzgebirgskreis und im Landkreis Bautzen mit 2 Prozent und weniger verzeichnet.

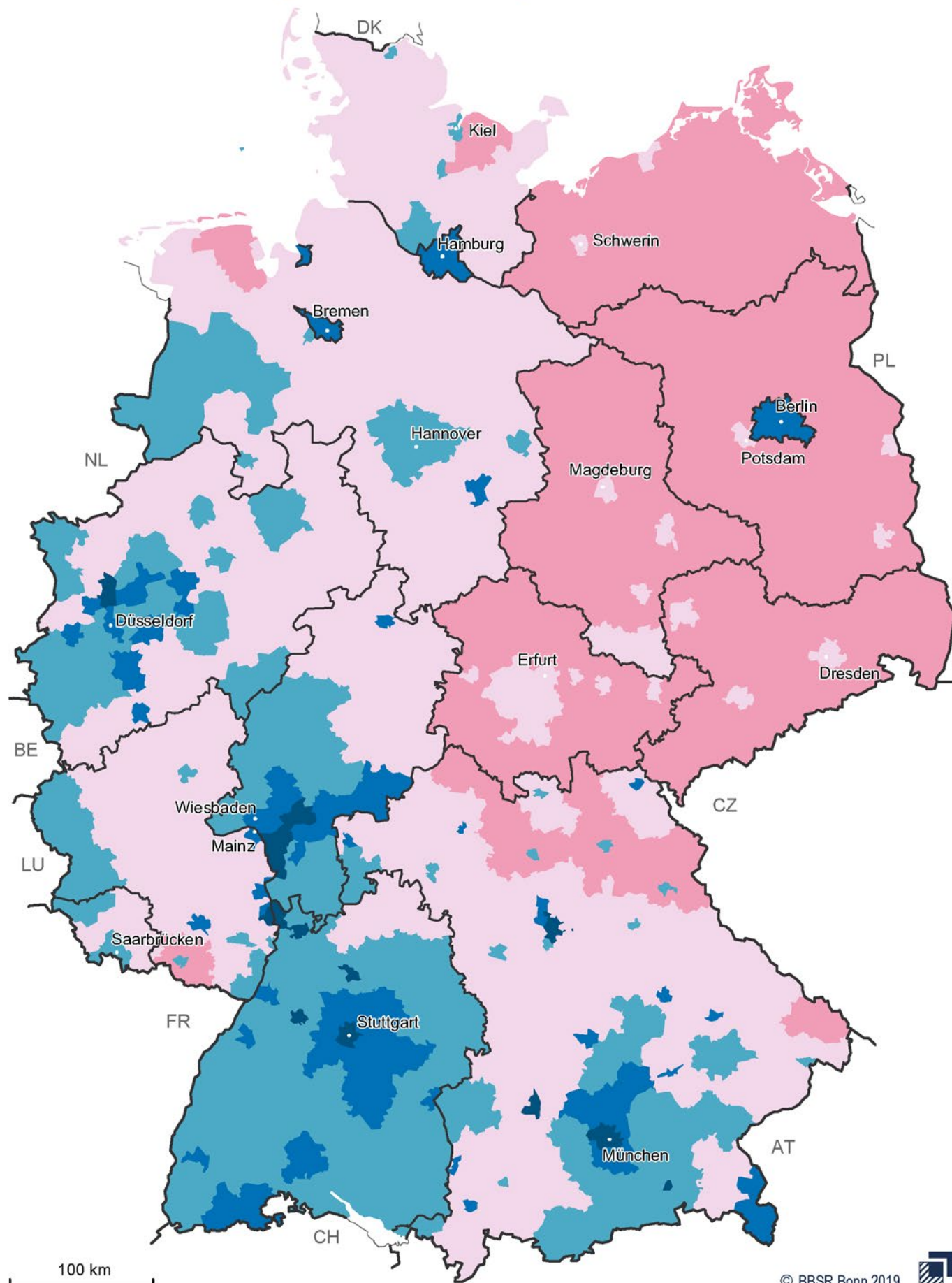
Die höchsten Ausländeranteile finden sich in den Großstädten und Agglomerationsräumen in Nordrhein-Westfalen, Hessen, Baden-Württemberg und Bayern. Beispielsweise in Ludwigshafen am Rhein, Pforzheim, München, Frankfurt am Main und Offenbach am Main liegen die Anteile zwischen 25 und 35 Prozent. Dort hat jeder dritte bis vierte Einwohner keine deutsche Staatsangehörigkeit.

Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung im Jahr 2017 in %



Datenbasis: Regionaldatenbank Deutschland
Geometrische Grundlage: Kreise (generalisiert),
31.12.2017 © GeoBasis-DE/BKG
Räumliche Auflösung: Kreisfreie Städte und Landkreise
Bearbeitung: L. Kiel

Anteil ausländischer Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung



Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2017

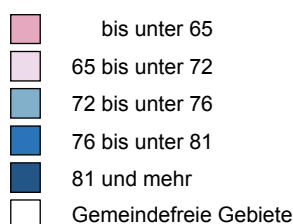
Die Wahlbeteiligung ist der Anteil der Wahlberechtigten, die bei einer Wahl ihre Stimme abgeben. Die Beteiligung an einer Wahl steht für die Bereitschaft der einzelnen, im Rahmen des Wahlrechts an politischen und gesellschaftlichen Prozessen mitzuwirken.

Bei der Bundestagswahl 2017 waren knapp 61,7 Millionen Menschen aufgerufen, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Davon sind etwas mehr als 47 Millionen Menschen zur Wahl gegangen. Das entspricht einer Wahlbeteiligung von 76,2 Prozent.

Bereits auf der Länderebene gibt es größere Unterschiede bei der Wahlbeteiligung: In Sachsen-Anhalt, Bremen und Mecklenburg-Vorpommern lag sie 2017 zwischen 68 und knapp 71 Prozent, hingegen in Bayern und Baden-Württemberg bei etwas über 78 Prozent.

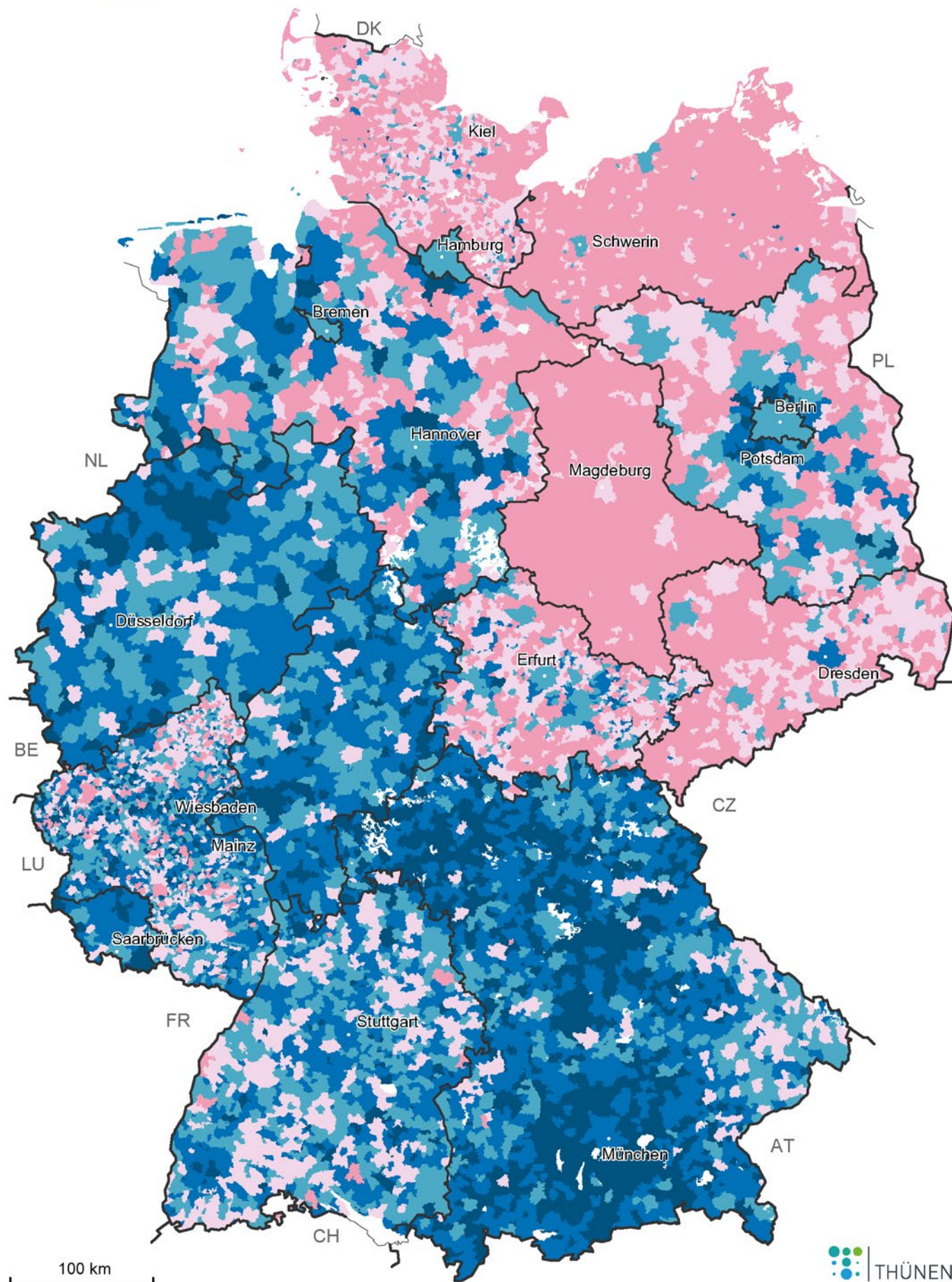
Auf der Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte sind die Unterschiede noch höher: eine tendenziell geringe Wahlbeteiligung hatten die Städte zu verzeichnen, zum Beispiel Bremerhaven, Neumünster und Offenbach mit Werten zwischen 64,1 und 67,6 Prozent. Die Kreise mit der niedrigsten Wahlbeteiligung waren dünn besiedelte Regionen wie der Salzlandkreis, Mansfeld-Südharz und Stendal mit Wahlbeteiligungen zwischen 64,4 und 66,7 Prozent. Die Regionen mit den höchsten Wahlbeteiligungen waren Erlangen-Höchststadt, die Landkreise Würzburg und München, Ebersberg und Starnberg mit einer Wahlbeteiligung zwischen 83 und 84,4 Prozent.

Bundestagswahlbeteiligung 2017 in Gemeinden in %



Datenbasis: Bundeswahlleiter, Destatis 2019
Geometrische Grundlage: GeoBasis-DE / BKG 2019
Räumliche Auflösung: Gemeinden
Bearbeitung: T. Osigus

Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2017



Wie wir wohnen

Mieten

In Deutschland leben rund 54 Prozent der Haushalte zur Miete – ein im europäischen Vergleich hoher Wert: Im EU-Durchschnitt sind es weniger als 30 Prozent.

Mieten stellen laut Statistischem Bundesamt den größten Ausgabeposten der Haushalte dar. Die Höhe und die Entwicklung der Mietpreise sind deshalb für viele Menschen besonders wichtig. Sie sind regional sehr unterschiedlich.

Die in der Karte dargestellten Angebotsmieten sind die durchschnittlichen Mietpreise, die in einem Kreis oder in einer kreisfreien Stadt bei aktuellen Neu- und Wiedervermietungen verlangt werden. Sie können sich von den durchschnittlichen Mieten bei bestehenden Mietverträgen (Bestandsmieten) erheblich unterscheiden.

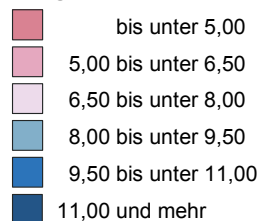
Deutlich treten die Ballungszentren um die Großstädte Berlin, München, Stuttgart, Frankfurt am Main, Wiesbaden, Köln, Bonn, Düsseldorf und Hamburg hervor. Auch im Umland der großen Städte sind die Angebotsmieten hoch. Sie sinken mit steigender Entfernung zu den Kernstädten ab. Sehr hohe Mieten mit Werten zwischen 12 und 14 Euro pro Quadratmeter nettokalt sind im Jahr 2018 im Umland von München, das heißt in den Landkreisen Ebersberg, Fürstenfeldbruck, Dachau und Starnberg zu verzeichnen. Ebenso gehören die Städte Freiburg im Breisgau, Stuttgart und Frankfurt am Main zu dieser Gruppe. Die Stadt München hat mit durchschnittlich 17,73 Euro pro Quadratmeter den mit Abstand höchsten Durchschnittswert.

In den 13 deutschen Städten mit mehr als 500.000 Einwohnern liegen die Angebotsmieten bei durchschnittlich 11,20 Euro pro Quadratmeter nettokalt. Sie sind damit etwa 30 Prozent höher als im bundesweiten Durchschnitt. Je nach Segment und Lage können die Mieten auch innerhalb der Städte und Landkreise stark variieren.

Demgegenüber stehen neben der Stadt Pirmasens 18 Landkreise, beispielsweise der Vogtlandkreis, Wunsiedel im Fichtelgebirge, Lüchow-Dannenberg, Altmarkkreis Salzwedel, Prignitz und Freyung-Grafenau, mit Angebotsmieten zwischen 4,50 und 5 Euro pro Quadratmeter. Deutlich wird, dass niedrige Angebotsmieten in vielen ländlichen Regionen zu finden sind.

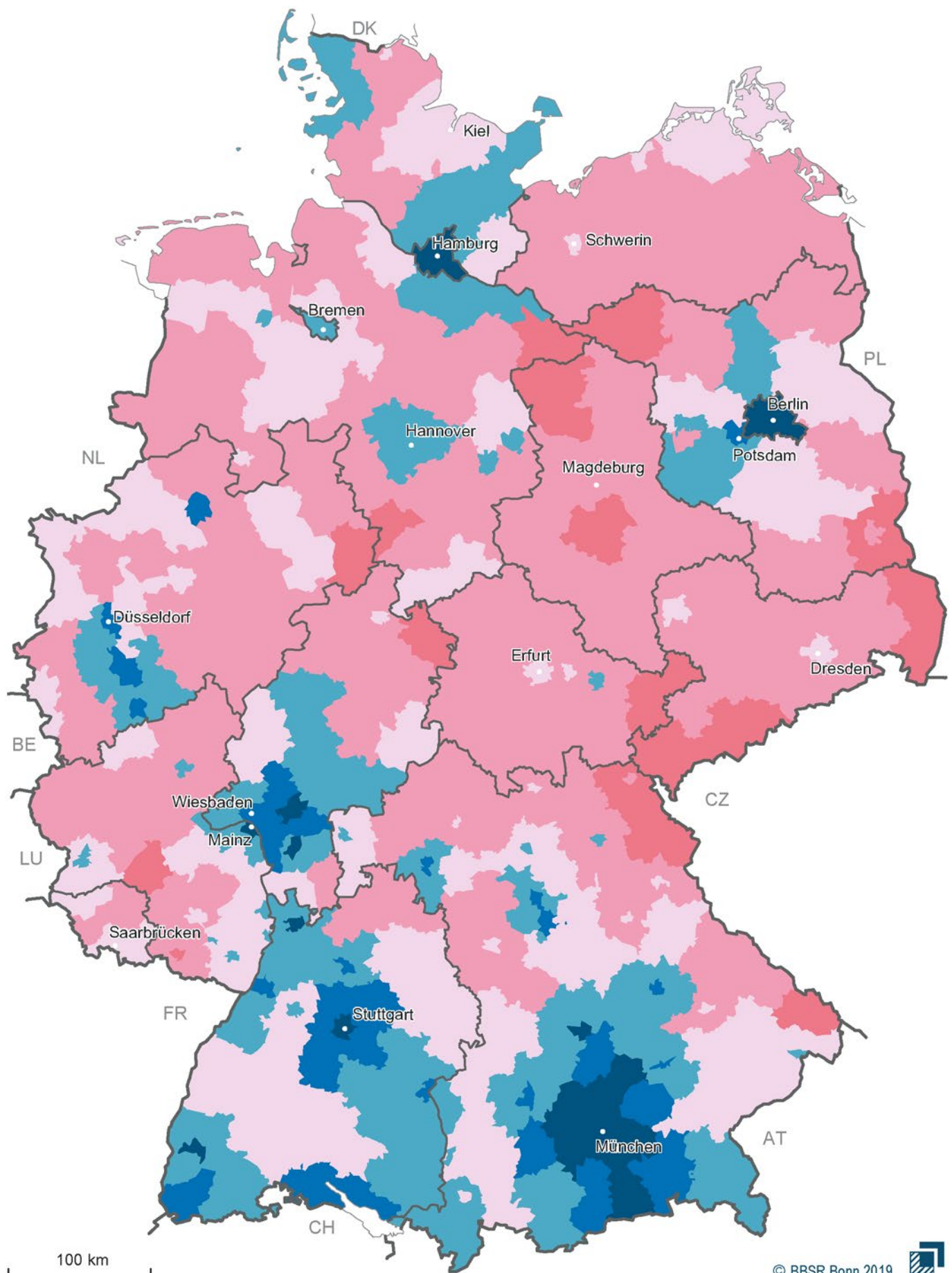
Im Vergleich zum Vorjahr sind die Angebotsmieten 2018 um 5,2 Prozent gestiegen. Besonders kräftig legten sie in Berlin und München zu – mit einem Plus von 9,2 beziehungsweise 6,5 Prozent. Dies führt auch zu einer überdurchschnittlichen Steigerung der Angebotsmieten in vielen Umlandkreisen der großen Städte. Auch wenn Wohnungen dort noch günstiger als in den Kernstädten sind, steigerte sich die durchschnittliche Quadratmetermiete in den städtischen Kreisen um 4,9 Prozent im Vergleich zu 2017.

Erst- und Wiedervermietungs-mieten (Angebotsmieten nettokalt) 2018 in € je m²



Datenbasis: BBSR-Wohnungsmarktbeobachtung,
IDN ImmoDaten GmbH
Geometrische Grundlage: Kreise (generalisiert),
31.12.2017 © GeoBasis-DE/BKG
Bearbeitung: N. Brack, J. Nielsen, A. Schürt

Mieten



Baulandpreise

Der Baulandpreis bezeichnet die Kosten für einen Quadratmeter Grund und Boden, der gemäß den öffentlich-rechtlichen Vorschriften eine Bebauung mit Wohn- oder Geschäftshäusern erlaubt. Die dargestellten Kaufpreisdaten des Arbeitskreises der Oberen Gutachterausschüsse, Zentralen Geschäftsstellen und Gutachterausschüsse (AK OGA) beziehen sich auf Grundstücke für den Bau von Eigenheimen, das heißt für Ein- oder Zweifamilienhäuser. Da die Preise auch innerhalb einer Stadt oder eines Landkreises stark durch die Lage und Qualitäten variieren, wird eine mittlere Wohnlage zugrunde gelegt.

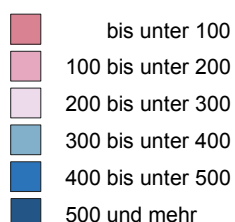
Im Jahr 2016 kostet ein Quadratmeter Bauland für ein Eigenheim in einer mittleren Wohnlage in Deutschland im Durchschnitt 156 Euro. Die Baulandpreise schwanken in den Regionen sehr deutlich. Daher sind Bauwillige stark von den regionalen Baulandmärkten abhängig.

Die Baulandpreise sind in den Ballungszentren und im äußersten Süden Deutschlands mit seinen landschaftlich attraktiven Regionen am höchsten. Die Preise betragen beispielsweise in Wiesbaden, Düsseldorf und Stuttgart zwischen 835 und 924 Euro pro Quadratmeter. Diese Werte werden von der Stadt und dem Landkreis München noch weit übertroffen, da der Preis in der bayerischen Landeshauptstadt etwa 1.600 Euro pro Quadratmeter beträgt, im gleichnamigen Landkreis 1.300 Euro pro Quadratmeter. Der Alpenrand ist ein Beispiel für landschaftlich attraktive Räume. In den dortigen Landkreisen Garmisch-Partenkirchen, Bad Tölz-Wolfratshausen, Miesbach und der Stadt Rosenheim liegen die Preise zwischen 490 und 550 Euro pro Quadratmeter.

Die Karte zeigt in weiten Teilen der ostdeutschen Länder sehr geringe Baulandpreise. Dies betrifft vor allem die Regionen, die oftmals weiter entfernt von größeren Städten liegen. Beispiele mit den geringsten Baulandpreisen sind der Saale-Orla-Kreis, Ludwigslust-Parchim, Altenburger Land und Ostprignitz-Ruppin. Die Kosten für einen Quadratmeter Bauland belaufen sich dort auf Werte zwischen 11 und 20 Euro pro Quadratmeter.

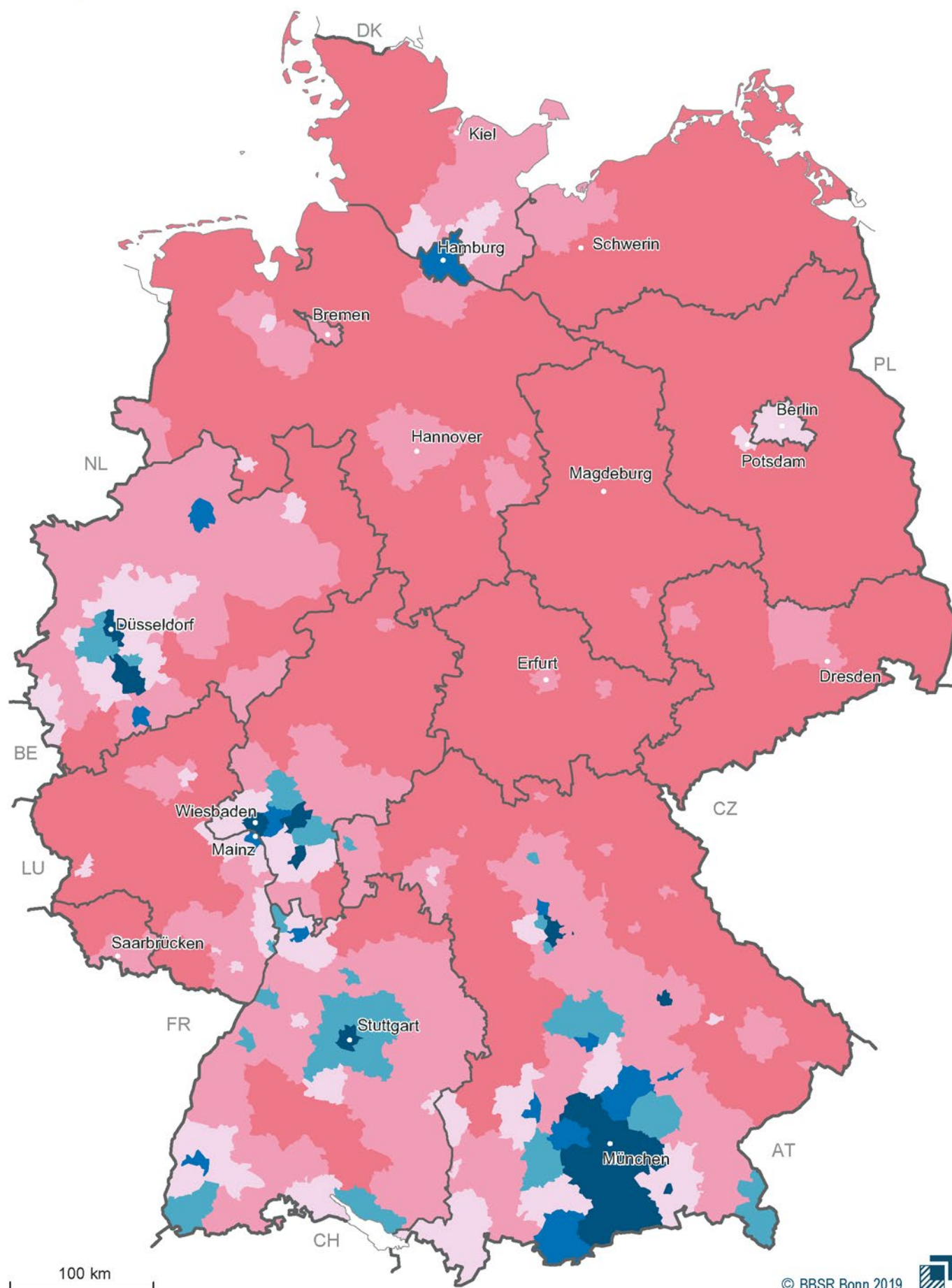
Bedingt durch die anhaltend hohe und sogar gewachsene Nachfrage nach unbebauten Grundstücken und einem gleichzeitigen Angebotsengpass in Wachstumsräumen sind die Baulandpreise in den letzten fünf Jahren um etwa 5 Prozent pro Jahr gestiegen. In den kreisfreien Großstädten sind die Steigerungen der Baulandpreise der vergangenen Jahre nochmals erheblich höher. Sie betragen im Durchschnitt knapp 8 Prozent pro Jahr.

Baulandpreise für Eigenheime 2016 in € je m²



Datenbasis: BBSR-Wohnungsmarktbeobachtung,
Gutachterbefragung des Arbeitskreises
der Oberen Gutachterausschüsse 2017
Geometrische Grundlage: Kreise (generalisiert),
31.12.2017 © GeoBasis-DE/BKG
Bearbeitung: J. Nielsen

Baulandpreise



Wohnungsleerstand

Wohnungen werden als „leerstehend“ bezeichnet, wenn sie weder vermietet sind noch von den Eigentümern selbst bewohnt werden. Ferien- und Freizeitwohnungen fallen nicht darunter.

Basierend auf den Ergebnissen des Zensus 2011 schätzt das BBSR im Rahmen seiner Wohnungsmarktbeobachtung, dass im Jahr 2017 insgesamt 2,1 Millionen Wohnungen leer standen. Das waren 5,2 Prozent des gesamten Wohnungsbestands. Insbesondere ostdeutsche Regionen mit Ausnahme des Umlands von Berlin sind besonders von Wohnungsleerstand betroffen. In Westdeutschland beträgt die Leerstandsquote 4,4 Prozent, in den ostdeutschen Ländern (ohne Berlin) ist sie mit 10,2 Prozent mehr als doppelt so hoch. In einigen Landkreisen, wie dem Salzlandkreis, dem Vogtlandkreis und im Altenburger Land, sowie in der Stadt Dessau-Roßlau liegen die Werte zwischen 15 und 18 Prozent.

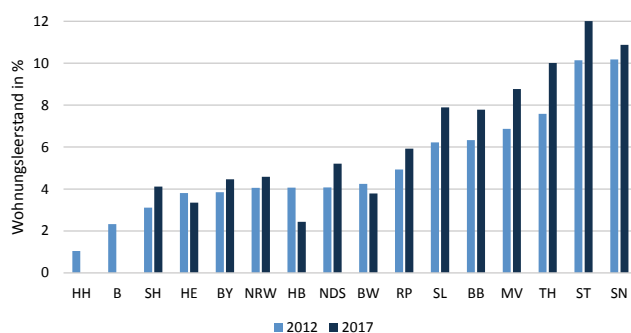
Allerdings haben auch viele Landkreise der westdeutschen Mittelgebirge, beispielsweise in der Eifel, im Fichtelgebirge, Oberpfälzer Wald und im Bayerischen Wald hohe Leerstandsquoten. Wie die Karten zu den Baulandpreisen und Angebotsmieten zeigen, sind das die Regionen, in denen die Kosten beim Kauf von Bauland beziehungsweise beim Mieten tendenziell gering sind. Der Anteil der leerstehenden Wohnungen liegt dort aber bei maximal 10,1 Prozent (Landkreis Cochem-Zell) und damit unter dem Durchschnitt der ostdeutschen Länder.

Leerstandsquoten von unter 1 Prozent haben stark wachsende Großstädte, die über fast alle westdeutschen Länder verteilt sind, etwa Flensburg, Hamburg, Köln, Frankfurt am Main, Mainz, Freiburg im Breisgau sowie der Landkreis München. Kreisfreie Großstädte, das heißt solche mit mehr als 100.000 Einwohnern, verzeichnen im Durchschnitt mit 2,1 Prozent sowohl in den westdeutschen als auch in den ostdeutschen Ländern recht geringe Leerstandsquoten.

Wird die Leerstandsquote über die Jahre 2012 bis 2017 verglichen, zeigt sich, dass sie in Deutschland von 4,5 Prozent auf 5,2 Prozent gestiegen ist. In Westdeutschland betrug der Anstieg 0,6 Prozentpunkte, in Ostdeutschland (ohne Berlin) war er mit 1,2 Prozentpunkten doppelt so hoch.

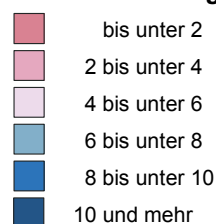
In den meist wachsenden kreisfreien Großstädten sind die Wohnungsleerstände spürbar zurückgegangen. Lag der dortige Anteil im Jahr 2012 noch bei 3,5 Prozent, betrug er 2017 rund 2,1 Prozent. Insbesondere in Leipzig hat es einen starken Rückgang gegeben – von 10,9 Prozent im Jahr 2012 auf 2,4 Prozent im Jahr 2017.

Veränderung der Wohnungsleerstandsquoten



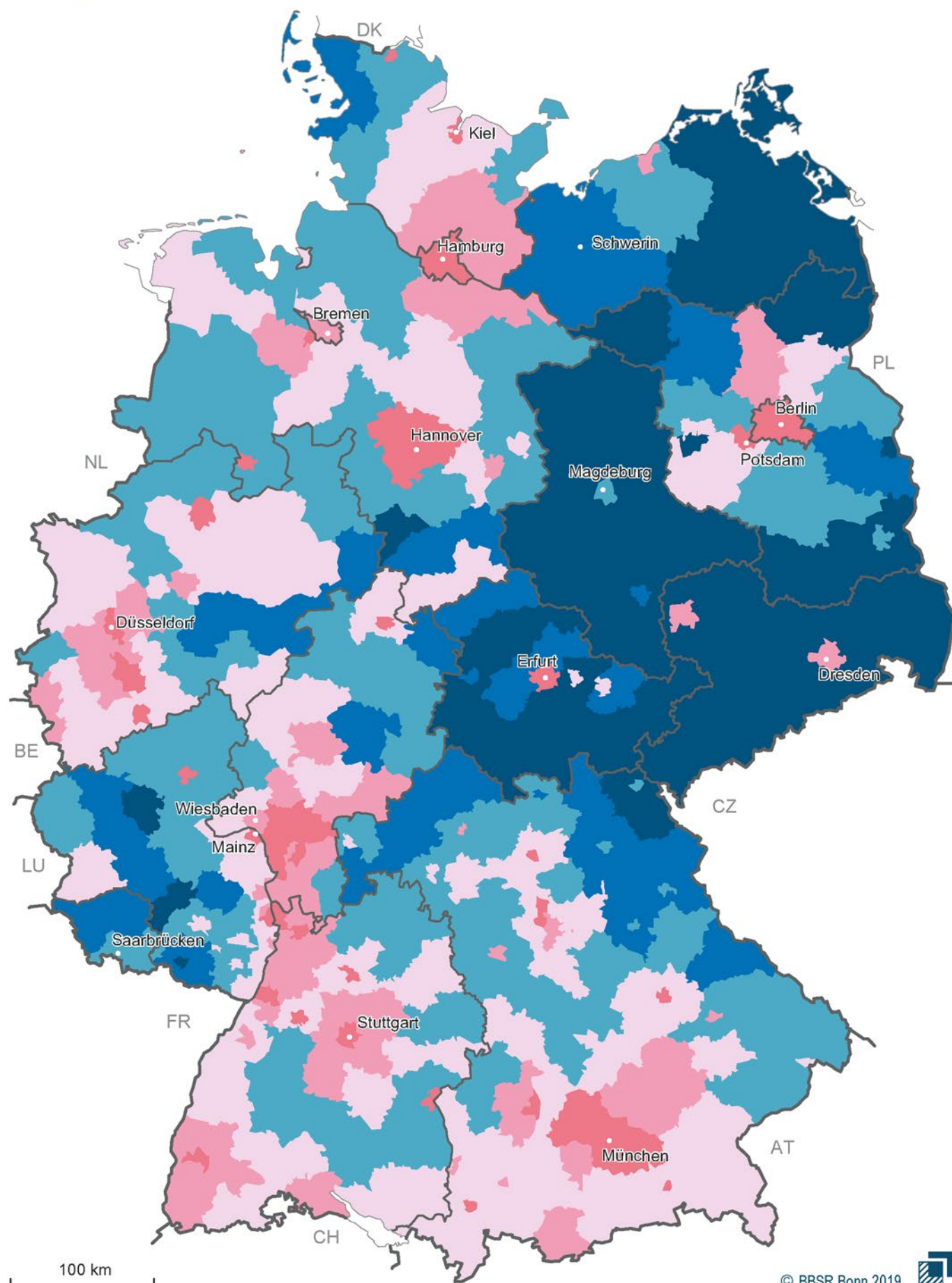
Quelle: Wohnungsmarktbeobachtung des BBSR

Anteil leerstehender Wohnungen an allen Wohnungen 2017 in %



Datenbasis: BBSR-Wohnungsmarktbeobachtung, BBSR-Abschätzung des Wohnungsleerstands basierend auf den Leerstandsdaten des Zensus 2011, Gebäude- und Wohnungszählung, Stand: 28.05.2014
Geometrische Grundlage: Kreise (generalisiert), 31.12.2017 © GeoBasis-DE/BKG
Bearbeitung: J. Nielsen, M. Waltersbacher

Wohnungsleerstand



Wie wir arbeiten

Berufsqualifikation der Beschäftigten

In Deutschland gab es im Jahr 2018 rund 32,9 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Alle kranken-, renten- und pflegeversicherungspflichtigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer fallen darunter, auch Auszubildende, Altersteilzeitbeschäftigte sowie Praktikantinnen und Praktikanten. Nicht dazu zählen 4,3 Millionen Selbstständige oder mithelfende Familienangehörige sowie 1,7 Millionen Beamte, Soldaten und Richter.

Von 32,9 Millionen Menschen haben 5,3 Millionen einen akademischen Abschluss und 20,3 Millionen verfügen über einen anerkannten Berufsabschluss. Letztgenanntes bedeutet, sie haben eine Ausbildung oder Lehre durchlaufen, gegebenenfalls in Verbindung mit einem Meister-, Techniker- oder gleichwertigen Fachschulabschluss. Etwa 4 Millionen Beschäftigte haben keinen Ausbildungsabschluss. Bei 3,2 Millionen Beschäftigten ist die Ausbildung unbekannt.

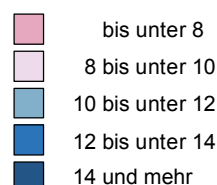
Die Karten zeigen bei allen drei Qualifikationsniveaus deutliche räumliche Muster:

Insbesondere in den kreisfreien Städten findet sich ein sehr hoher Anteil von Beschäftigten mit einem akademischen Abschluss. Oftmals gibt es auch im Umland dieser Städte einen hohen Anteil von Arbeitsplätzen für akademisch ausgebildete Personen. In Stuttgart, Darmstadt, dem Landkreis und der Stadt München, in Jena und Erlangen hat ungefähr jeder dritte Beschäftigte ein Studium absolviert (mit Anteilen zwischen 31,4 bis 34,3 Prozent). Hingegen liegen die Akademikeranteile in der Südwestpfalz, Dingolfing-Landau, Cochem-Zell, Regen, Freyung-Grafenau und dem Landkreis Passau bei 5 bis 5,8 Prozent.

Ostdeutsche Landkreise, insbesondere in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, weisen sehr hohe Anteile von Beschäftigten mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung auf. Der Landkreis Hildburghausen und der Saale-Orla-Kreis kommen auf Quoten von 80,5 beziehungsweise 81,5 Prozent. In der Stadt München und in Frankfurt am Main ist der Anteil mit 43,3 beziehungsweise 44,1 Prozent aufgrund eines hohen Anteils an Akademikern etwa halb so hoch.

Ein ganz anderes räumliches Muster ergibt sich bei den Beschäftigten ohne einen anerkannten Ausbildungsabschluss: In den ostdeutschen Ländern liegt die Quote bei niedrigen 7,8 Prozent, in westdeutschen Ländern bei bis zu 13,1 Prozent. Sehr niedrige Werte zwischen 4,9 und 5,1 Prozent finden sich im Landkreis Elbe-Elster, dem Burgenlandkreis und dem Wartburgkreis. Sehr hohe Quoten zwischen 18,1 und 20,7 Prozent weisen zum Beispiel einige Städte in Westdeutschland auf.

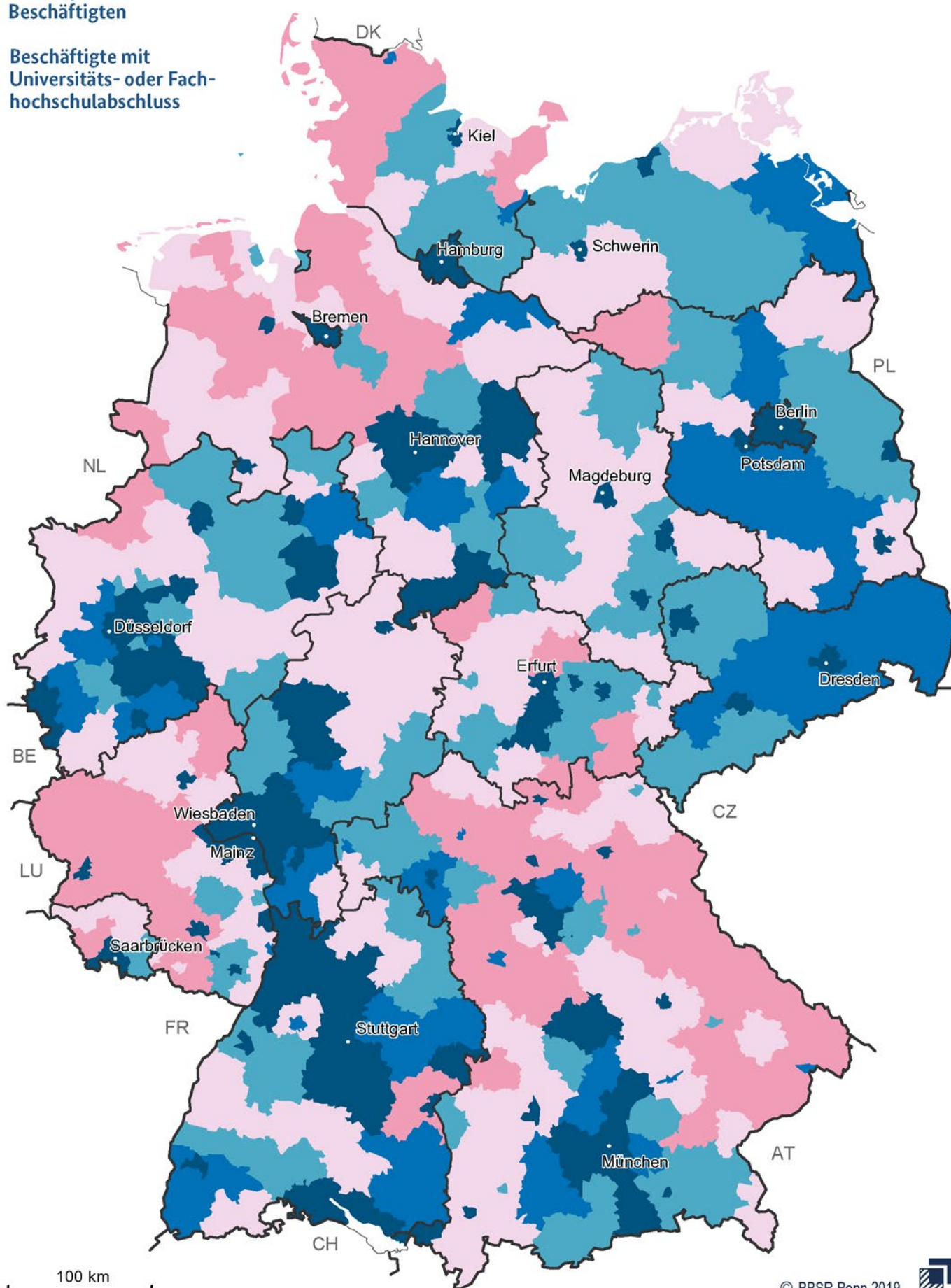
**Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter
am Arbeitsort mit einem akademischen Abschluss
an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten
im Jahr 2018 in %**



Datenbasis: Laufende Raumbeobachtung des BBSR
Geometrische Grundlage: Kreise (generalisiert),
31.12.2017 © GeoBasis-DE/BKG
Räumliche Auflösung: Kreisfreie Städte und Landkreise
Bearbeitung: L. Kiel

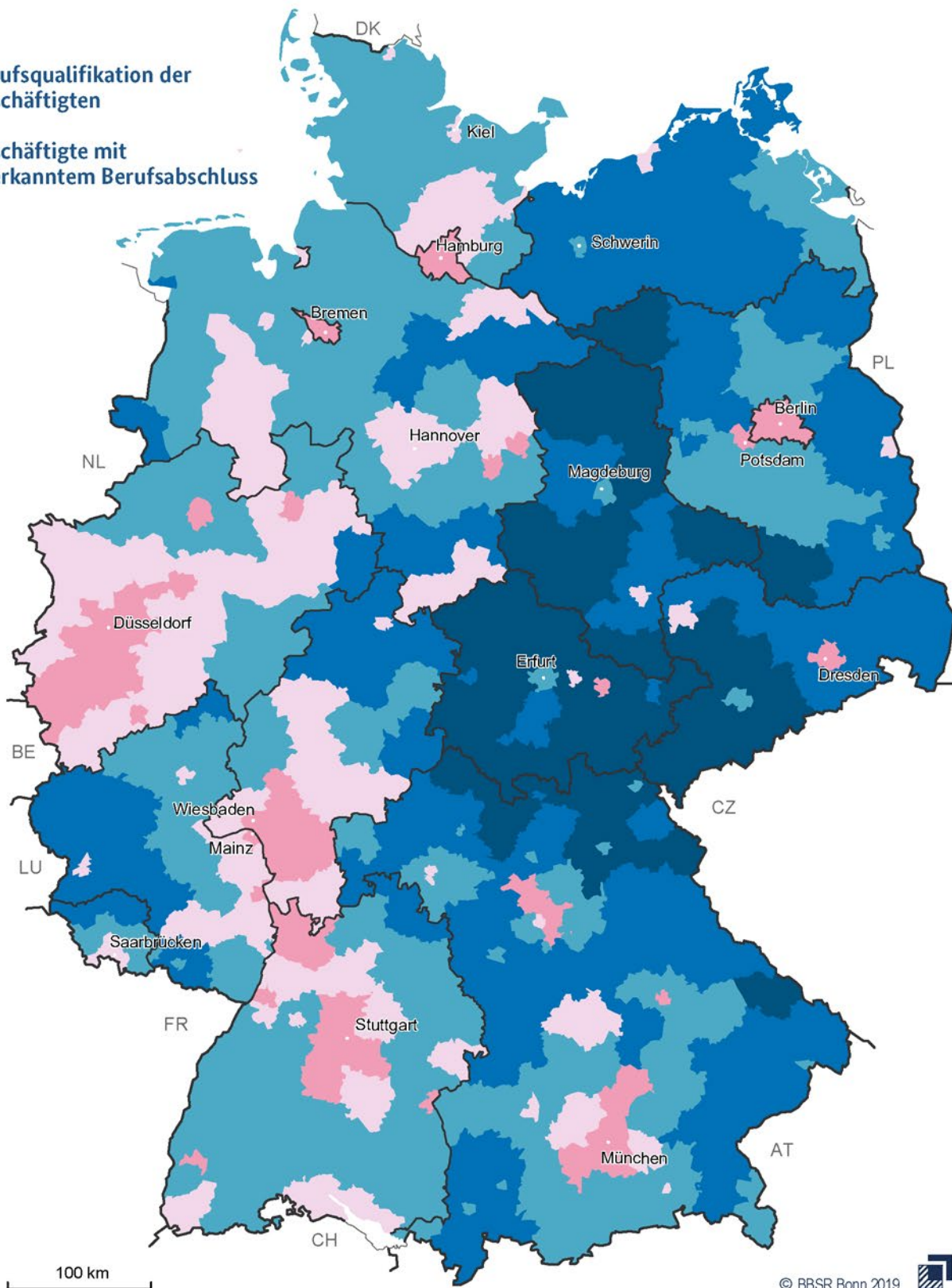
Berufsqualifikation der Beschäftigten

Beschäftigte mit
Universitäts- oder Fach-
hochschulabschluss



Berufsqualifikation der Beschäftigten

Beschäftigte mit
anerkanntem Berufsabschluss



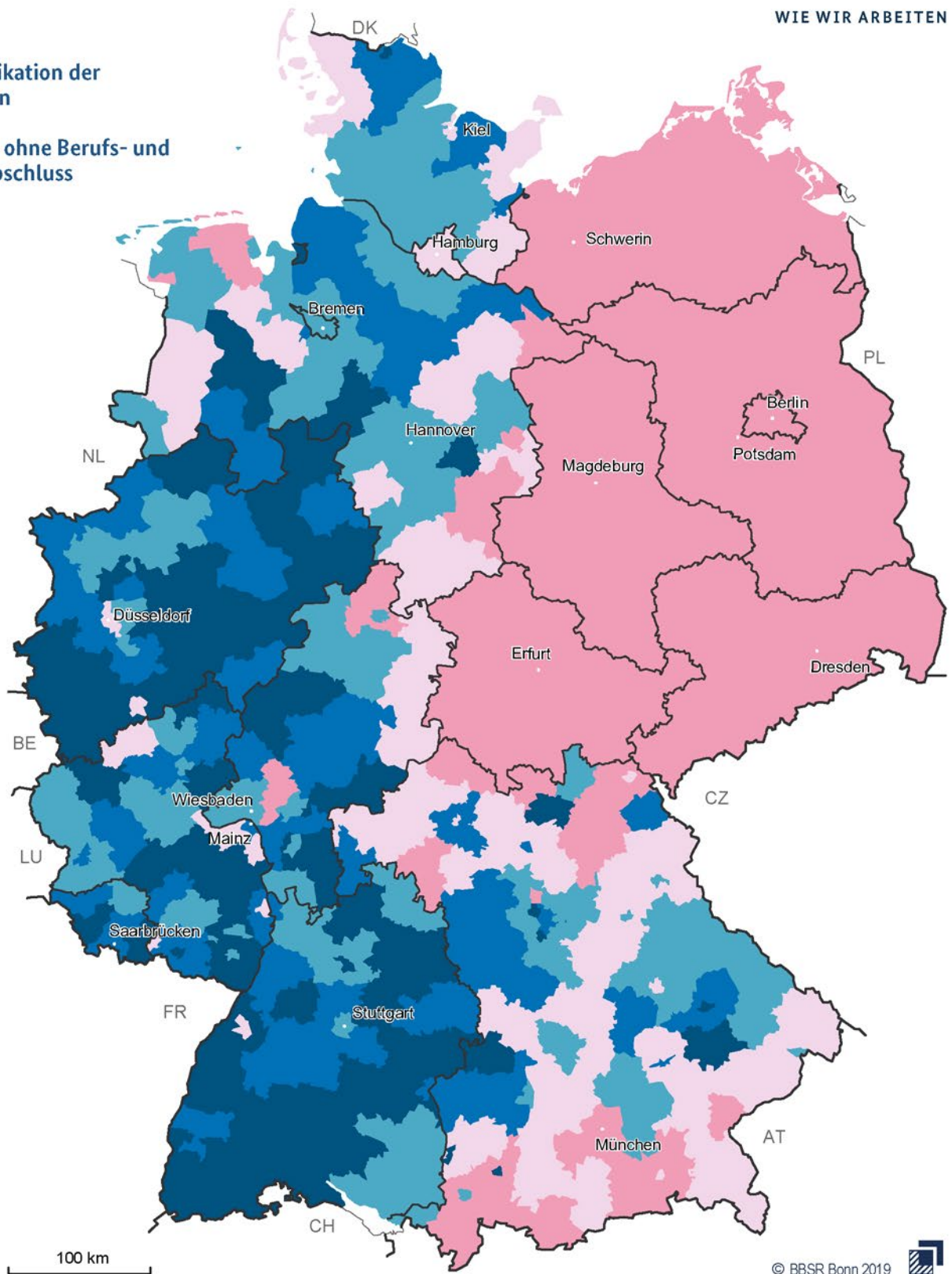
Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter am
Arbeitsort mit einem anerkannten Berufsabschluss und
ohne einen akademischen Abschluss an allen sozial-
versicherungspflichtig Beschäftigten im Jahr 2018 in %



Datenbasis: Laufende Raumbearbeitung des BBSR
Geometrische Grundlage: Kreise (generalisiert),
31.12.2017 © GeoBasis-DE/BKG
Räumliche Auflösung: Kreisfreie Städte und Landkreise
Bearbeitung: L. Kiel

Berufsqualifikation der Beschäftigten

Beschäftigte ohne Berufs- und Hochschulabschluss



© BBSR Bonn 2019



Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter am Arbeitsort ohne einen Berufs-/ akademischen Abschluss an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Jahr 2018 in %



Datenbasis: Laufende Raumbeobachtung des BBSR
 Geometrische Grundlage: Kreise (generalisiert),
 31.12.2017 © GeoBasis-DE/BKG
 Räumliche Auflösung: Kreisfreie Städte und Landkreise
 Bearbeitung: L. Kiel

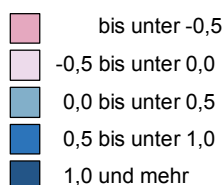
Erwerbstätige

Erwerbstätige sind gemäß dem Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder alle „Personen, die eine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben, unabhängig von der Dauer der tatsächlich geleisteten oder vertragsmäßig zu leistenden Arbeitszeit.“ Hierzu zählen sowohl Selbstständige als auch sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Beamte. Die Kreisstatistik weist die Erwerbstätigen am Arbeitsort aus.

Im Jahr 2016 gab es 43,6 Millionen Erwerbstätige in Deutschland. Seit 2006 ist die Zahl um 3,3 Millionen Erwerbstätige gestiegen. Das entspricht einer jährlichen Wachstumsrate von 1 Prozent. Der Anstieg verteilt sich auf weite Teile Deutschlands, wobei die westdeutschen Länder und der Großraum Berlin die stärksten Anstiege verzeichneten.

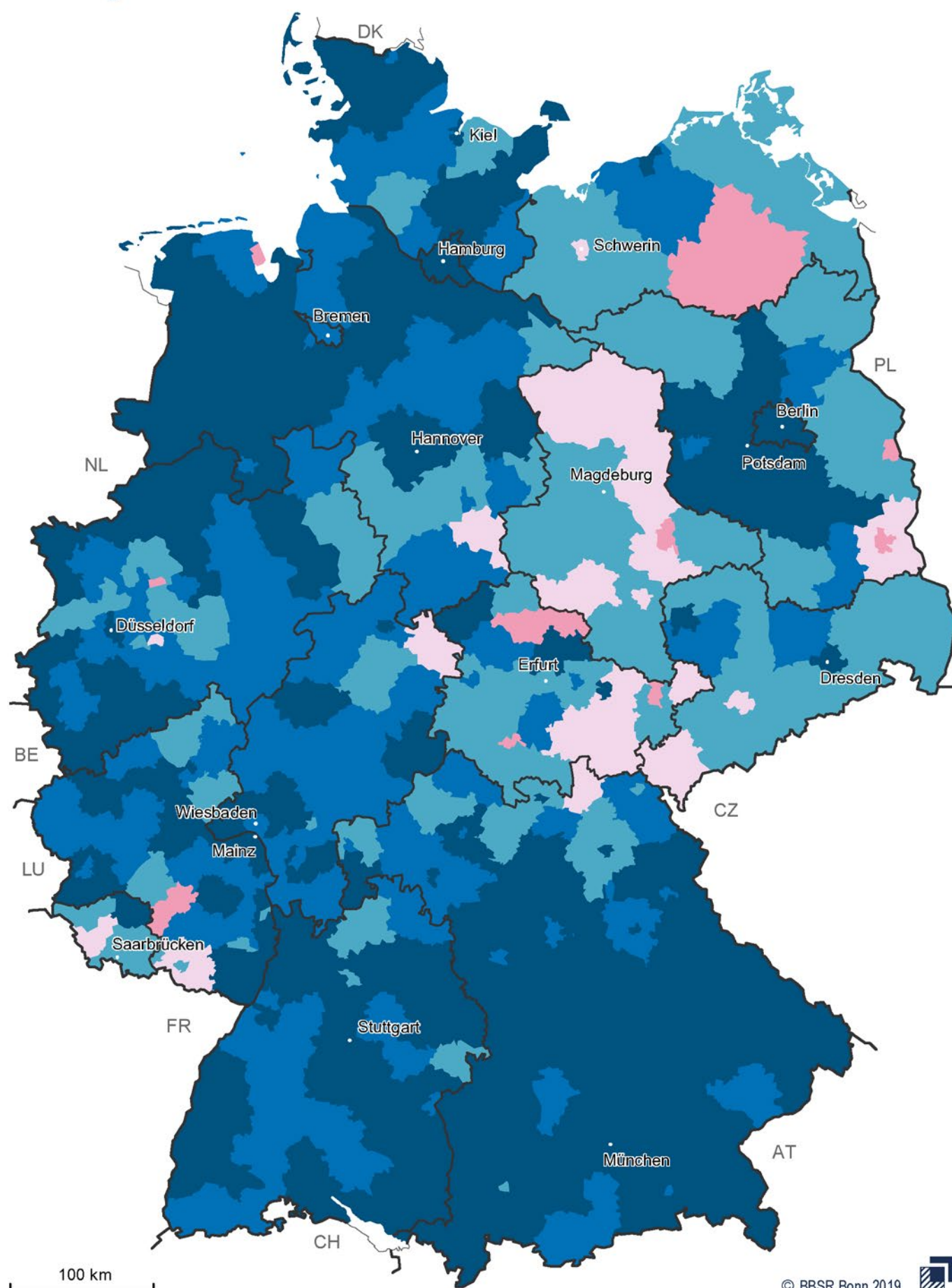
Sehr hohe jährliche Zuwächse von jährlich 2 bis 2,8 Prozent hatten die Standorte großer Industrieunternehmen wie beispielsweise Ingolstadt, die Landkreise Eichstätt, Wolfsburg und Erlangen. Aber auch im Münchner Umland, das heißt in den Landkreisen München, Dachau und Erding, sowie in den Landkreisen Vechta und Cloppenburg, Aurich und Emsland waren die jährlichen Wachstumsraten überdurchschnittlich hoch. Allein in den fünf größten Städten Deutschlands – Berlin, München, Hamburg, Köln und Frankfurt am Main – sind über 831.000 neue Erwerbsmöglichkeiten entstanden. Eine hohe Wachstumsdynamik verzeichneten auch Jena und das Umland von Berlin. Der stärkste prozentuale Rückgang der Erwerbstätigenzahl pro Jahr war in Gera und Suhl zu verzeichnen. In Gera gab es zehn Jahre zuvor noch etwa 6.700 mehr Erwerbstätige, in Suhl war deren Zahl um etwa 3.100 Personen höher. Einige ostdeutsche Landkreise wie Kyffhäuserkreis und Mecklenburgische Seenplatte haben Erwerbstätige verloren. Dasselbe trifft auf die westdeutschen Städte Herne und Wilhelmshaven zu, ebenso auf den Landkreis Kusel.

Jahresdurchschnittliche Wachstumsrate der Erwerbstätigenzahl am Arbeitsort zwischen 2006 und 2016 in %



Datenbasis: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder
Geometrische Grundlage: Kreise (generalisiert),
31.12.2016 © GeoBasis-DE/BKG
Räumliche Auflösung: Kreisfreie Städte und Landkreise
Bearbeitung: L. Kiel

Erwerbstätige



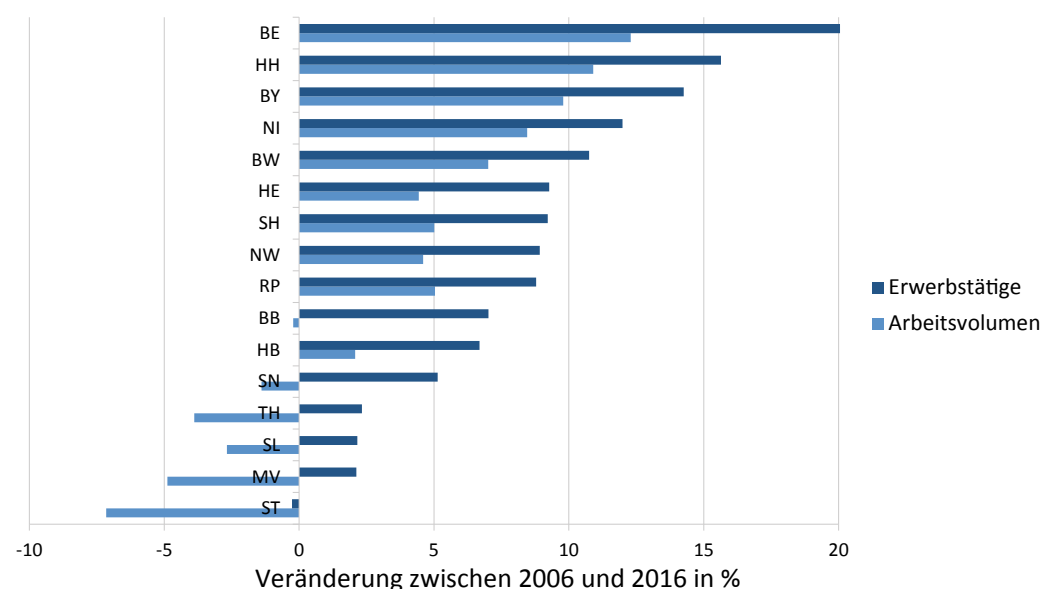
Veränderung des Arbeitsvolumens

Das regionale Arbeitsvolumen entspricht der Zahl der von allen in einer Region erwerbstätigen Personen in einem Jahr geleisteten Arbeitsstunden. Dazu zählen neben den von Arbeitnehmern geleisteten Arbeits- und Überstunden auch die Arbeitsstunden von Selbstständigen sowie die Arbeitsstunden von mithelfenden Familienangehörigen. Die Veränderung des Arbeitsvolumens in einer Region ist somit ein guter Indikator für die wirtschaftliche Aktivität, da er anders als die Arbeitslosenquote unabhängig von der oft demografisch bedingten Entwicklung der erwerbsfähigen Bevölkerung ist.

Während in Gesamtdeutschland seit 1960 das Arbeitsvolumen je Erwerbstätigen sank, kann seit 2005 ein leichter Anstieg festgestellt werden. Dieser Anstieg ist dabei insbesondere in Teilen von Bayern, im Umland von Berlin sowie in Baden-Württemberg zu beobachten. Auch im nördlichen Westfalen und im westlichen Niedersachsen ist ein flächendeckender Anstieg zu verzeichnen.

Einen leichten bis starken Rückgang verzeichnen die ostdeutschen Flächenländer außerhalb des Umlands von Berlin, Leipzig, Dresden und Jena, aber auch Regionen in der Pfalz, Südniedersachsen, Ostwestfalen, Nordhessen und Oberfranken, im Ruhrgebiet sowie im Saarland.

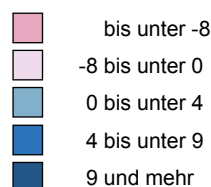
Veränderungen von Erwerbstätigen und Arbeitsvolumen zwischen 2006 und 2016



Quelle:

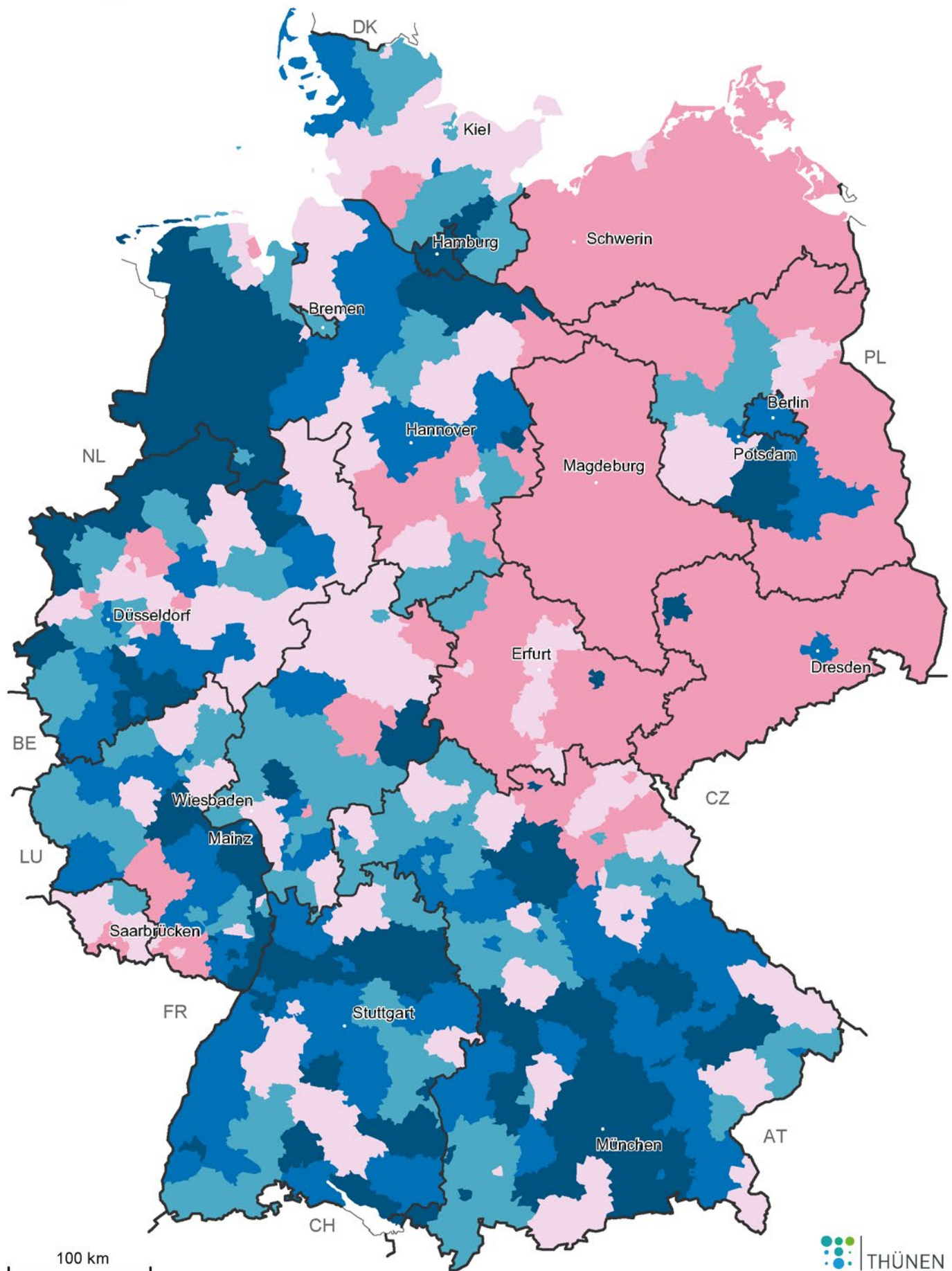
Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

Veränderung des Arbeitsvolumens am Arbeitsort 2000 zu 2016 in %



Datenbasis: Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder 2018
Geometrische Grundlage: Kreise (generalisiert), 31.12.2015 © GeoBasis-DE/BKG
Aufbereitung: Thünen-Institut 2019
Räumliche Auflösung: Kreisfreie Städte und Landkreise
Bearbeitung: T. Osigus

Veränderung des Arbeitsvolumens



Geringfügige Beschäftigung („Mini-Jobber“)

Eine geringfügige Beschäftigung ist eine Tätigkeit mit einem Arbeitsentgelt von maximal 450 Euro im Monat. Die Statistik unterscheidet dabei zwischen ausschließlich geringfügig Beschäftigten und geringfügig Beschäftigten im Nebenjob.

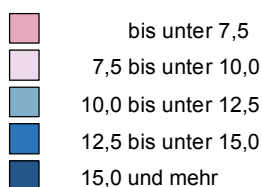
Insgesamt hatten 7,6 Millionen Menschen im Jahr 2018 einen sogenannten Mini-Job. Diese Zahl ist seit 2014 recht konstant. In diesen vier Jahren kamen über 68.000 geringfügig Beschäftigte hinzu. 4,7 Millionen dieser Mini-Jobber sind ausschließlich geringfügig beschäftigt. Entsprechend haben 2,83 Millionen Erwerbstätige zusätzlich zum Haupteinkommen einen Nebenjob mit maximal 450 Euro im Monat.

Die regionale Verteilung der Mini-Jobber zeigt einen deutlichen Schwerpunkt in den westdeutschen Ländern. In Ostdeutschland ist der Anteil ausschließlich geringfügig Beschäftigter deutlich niedriger.

Die Anteile der ausschließlichen Minijobber an allen Erwerbstätigen variieren regional stark. Beispielsweise sind es in Dessau-Roßlau, Eisenach, Anhalt-Bitterfeld und Sonneberg zwischen 6 und 7 Prozent, hingegen in Leer, Trier-Saarburg sowie Delmenhorst zwischen über 18 und fast 21 Prozent.

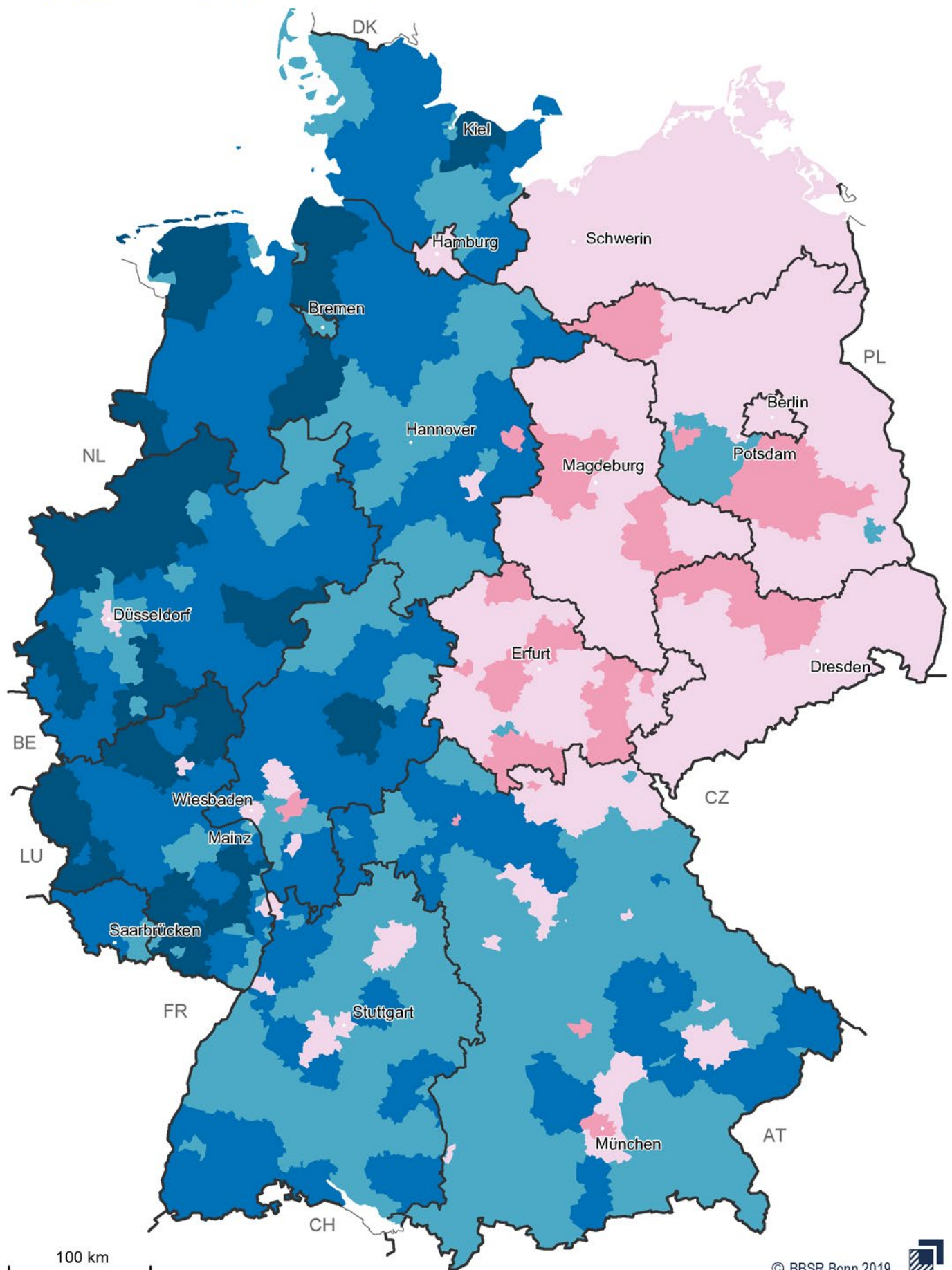
Hinweis: Für die Statistik der geringfügig Beschäftigten auf Kreisebene muss auf das Jahr 2016 zurückgegriffen werden, da regionale Zahlen über Erwerbstätige derzeit nur bis zum Jahr 2016 vorliegen.

Anteil der ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten am Arbeitsort an allen Erwerbstätigen 2016 in %



Datenbasis: Bundesagentur für Arbeit, Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder, eigene Berechnung
Geometrische Grundlage: Kreise (generalisiert), 31.12.2017 © GeoBasis-DE/BKG
Räumliche Auflösung: Kreisfreie Städte und Landkreise
Bearbeitung: P. Golzio

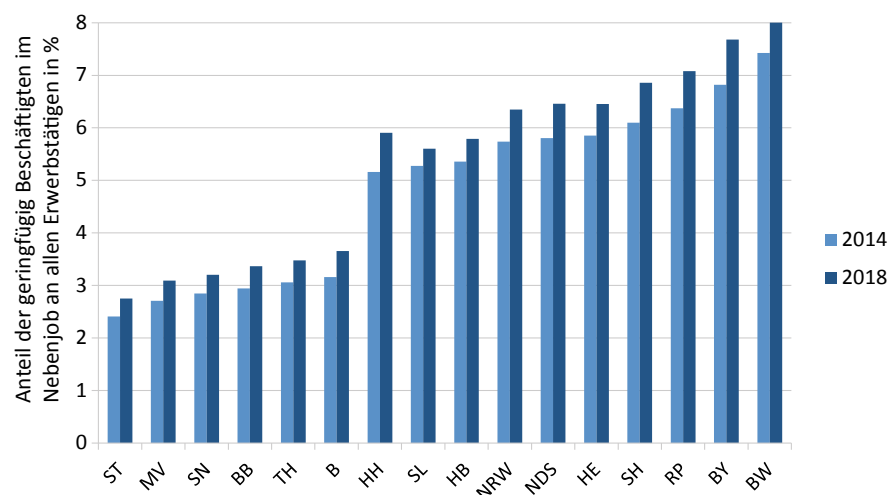
Geringfügige Beschäftigung („Mini-Jobber“)



Geringfügige Beschäftigung – Minijob als Nebenerwerb

Zwischen 2014 und 2018 hat sich die Zusammensetzung der geringfügig Beschäftigten verändert: Während sich die Zahl der ausschließlich mit einem Minijob Beschäftigten um fast 340.000 Personen verringert hat, gab es über 408.000 mehr geringfügige Beschäftigungsverhältnisse als Nebentätigkeit. Der Anstieg verteilt sich relativ gleichmäßig über die einzelnen Länder.

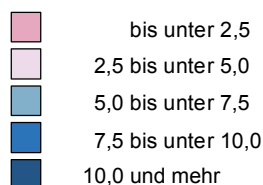
Anteil der geringfügig Beschäftigten im Nebenjob an allen Erwerbstätigen



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

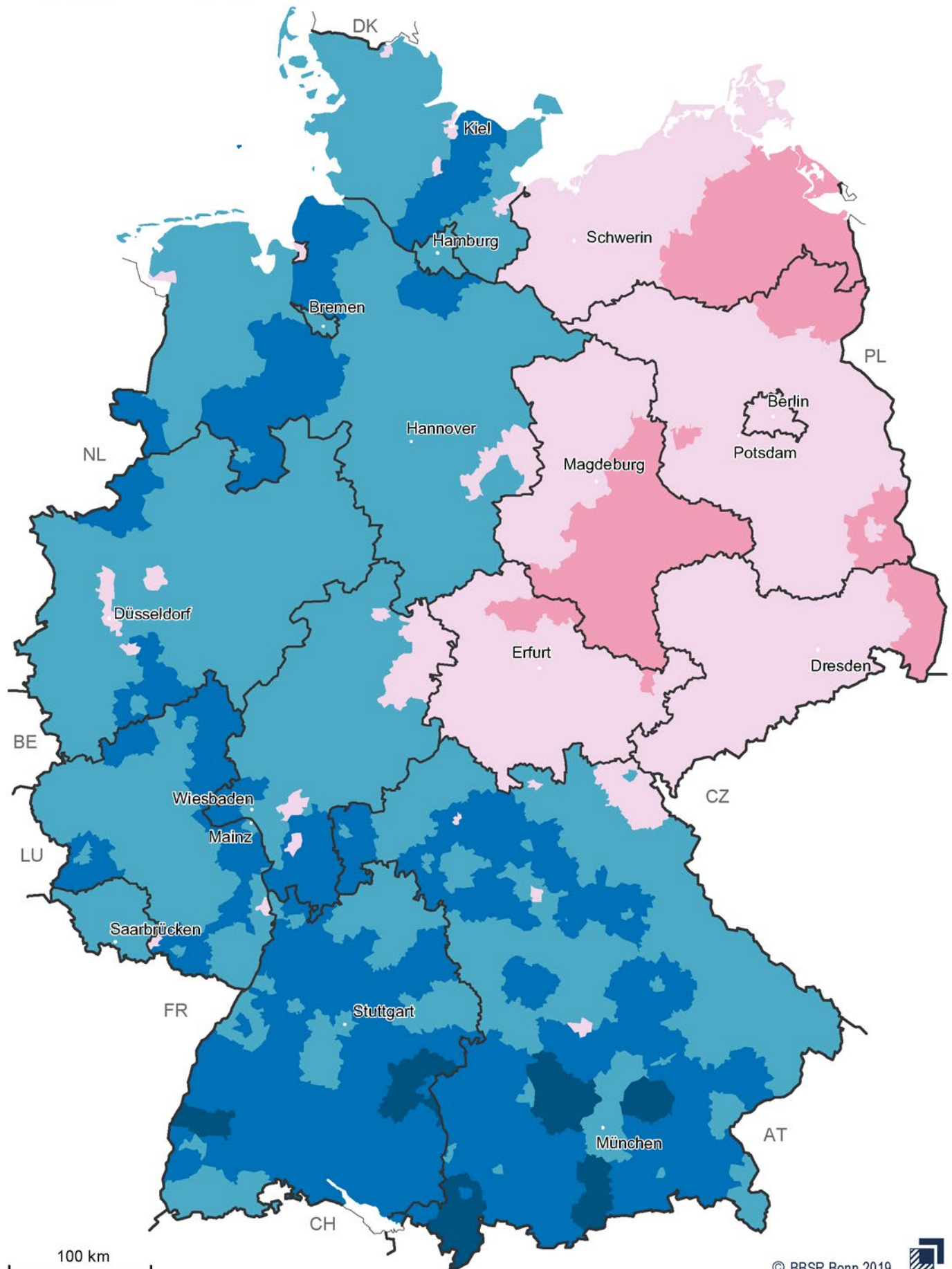
Die Anzahl geringfügig Beschäftigter im Nebenjob liegt in Baden-Württemberg und Bayern am höchsten. Dies spiegelt sich auch in den einzelnen Kreiswerten wider: In der Uckermark, dem Salzlandkreis und Mansfeld-Südharz üben nur etwas mehr als 2 Prozent, das heißt jeder fünfzigste Erwerbstätige, einen Minijob in Nebentätigkeit aus. In den Landkreisen Emmendingen, Aichach-Friedberg, Erding und Dachau sind es hingegen von 10 bis über 12 Prozent – und damit jeder achte bis zehnte Erwerbstätige.

Anteil der geringfügig entlohnnten Beschäftigten im Nebenjob am Arbeitsort an allen Erwerbstätigen 2016 in %



Datenbasis: Bundesagentur für Arbeit, Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder, eigene Berechnung
Geometrische Grundlage: Kreise (generalisiert), 31.12.2017 © GeoBasis-DE/BKG
Räumliche Auflösung: Kreisfreie Städte und Landkreise
Bearbeitung: P. Golzio

Geringfügige Beschäftigung – Minijob als Nebenerwerb



Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen

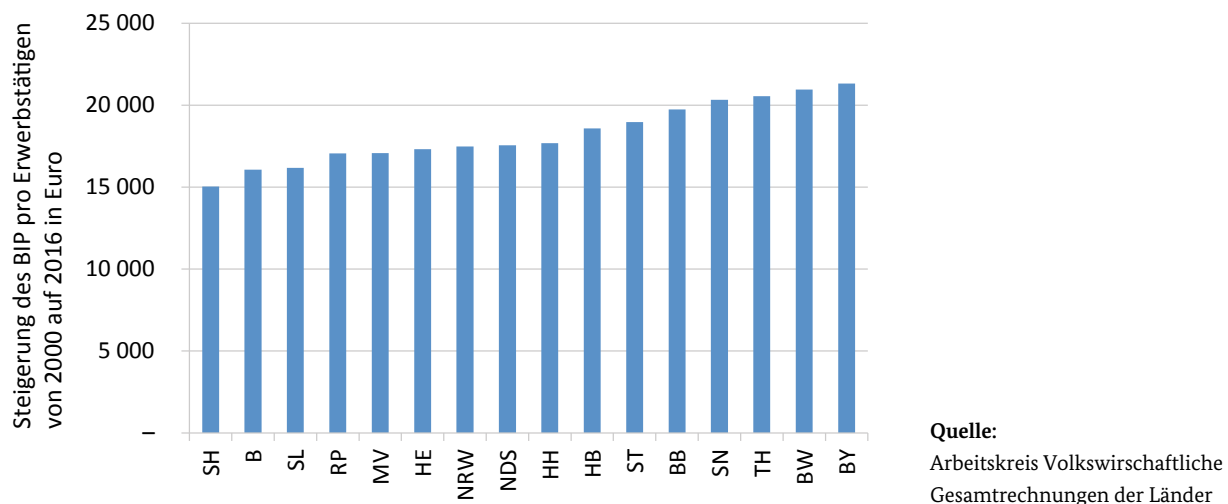
Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Erwerbstätigen (am Arbeitsplatz) ist ein Maß für die Produktivität und damit für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Das BIP bezeichnet den Wert aller Waren und Dienstleistungen abzüglich der im Produktionsprozess verbrauchten oder verarbeiteten Vorleistungen, die in einem Jahr und in einer Region hergestellt wurden.

Im Jahr 2016 lag das BIP je Erwerbstätigen in Deutschland bei durchschnittlich 72.048 Euro. Beim BIP gibt es deutliche regionale Unterschiede. In vielen auch ländlichen Kreisen ist das BIP sehr hoch. An der Spitze stehen mit einem BIP je Erwerbstätigen von über 100.000 Euro die Standorte von großen Unternehmen in Süddeutschland. Beispiele sind Ludwigshafen am Rhein, Böblingen, der Landkreis München und Ingolstadt. Hier ist das BIP mit Werten zwischen 108.000 und 136.000 Euro besonders hoch. In Wolfsburg liegt es sogar bei 170.000 Euro je Erwerbstätigen.

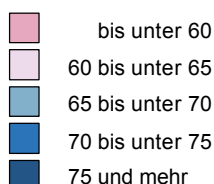
Ein BIP je Erwerbstätigen zwischen 50.000 und 55.000 Euro weisen unter anderem Bottrop, Pirmasens und Weiden in der Oberpfalz, Cottbus, Halle an der Saale und Suhl sowie viele Landkreise der ostdeutschen Länder auf. Dazu gehören Kreise weitab von größeren Städten, beispielsweise der Erzgebirgskreis, Vorpommern-Greifswald, Ostprignitz-Ruppin, der Altmarkkreis Salzwedel und der Kyffhäuserkreis, aber auch einige Landkreise im direkten Umland größerer Städte, etwa Sächsische Schweiz-Osterzgebirge oder Havelland.

Das Diagramm zeigt die Veränderung seit 2000: Baden-Württemberg und Bayern haben die Produktivität in den Jahren 2000 bis 2016 am stärksten gesteigert, gefolgt von Thüringen, Sachsen und Brandenburg. Schlusslichter beim BIP-Zuwachs sind Schleswig-Holstein, Berlin und das Saarland.

Wachstum des Bruttoinlandsprodukts je Erwerbstätigen zwischen 2000 und 2016

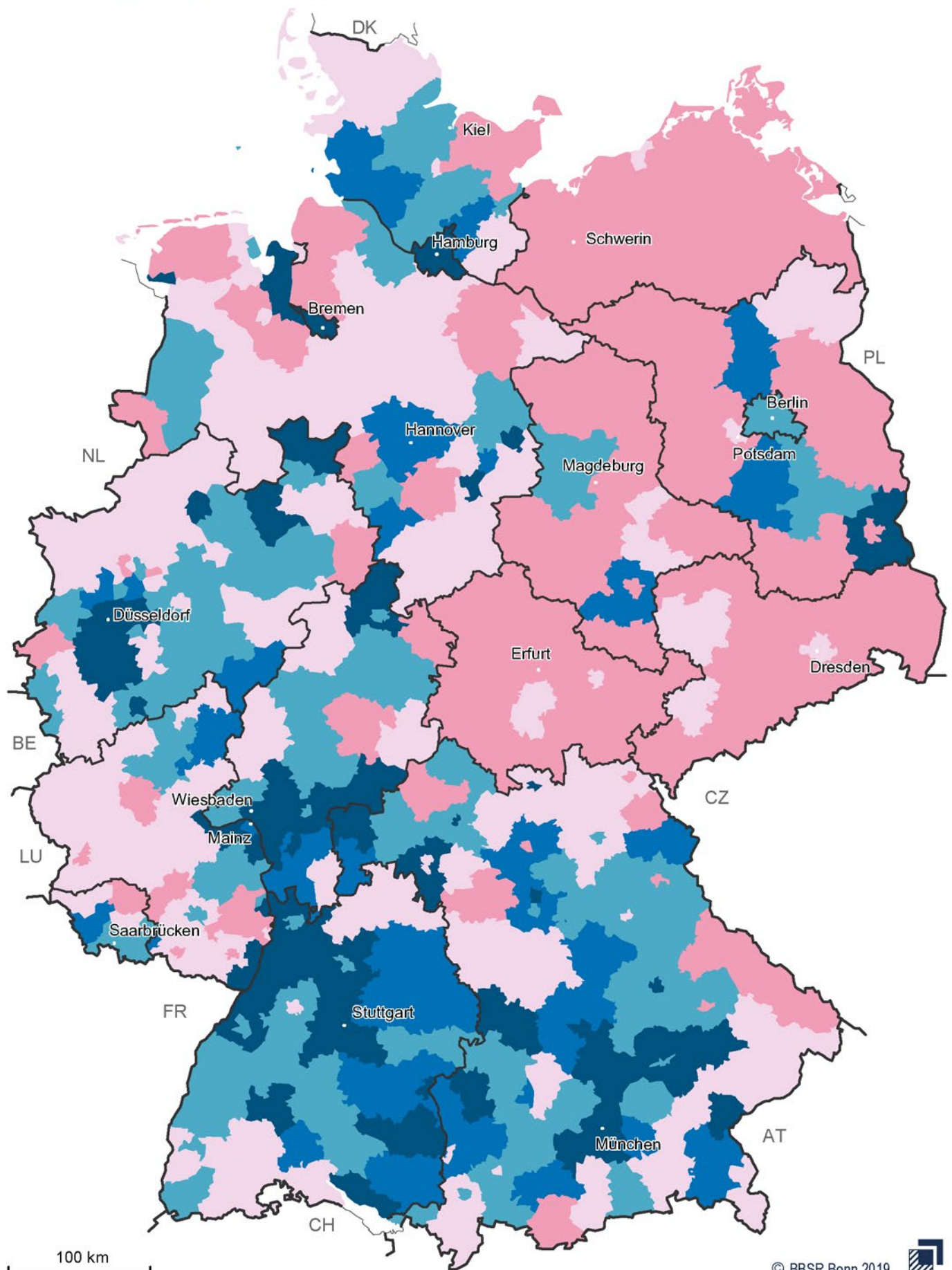


Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen im Jahr 2016 in Tausend Euro



Datenbasis: Regionaldatenbank Deutschland
Geometrische Grundlage: Kreise (generalisiert),
31.12.2017 © GeoBasis-DE/BKG
Räumliche Auflösung: Kreisfreie Städte und Landkreise
Bearbeitung: L. Kiel

Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen



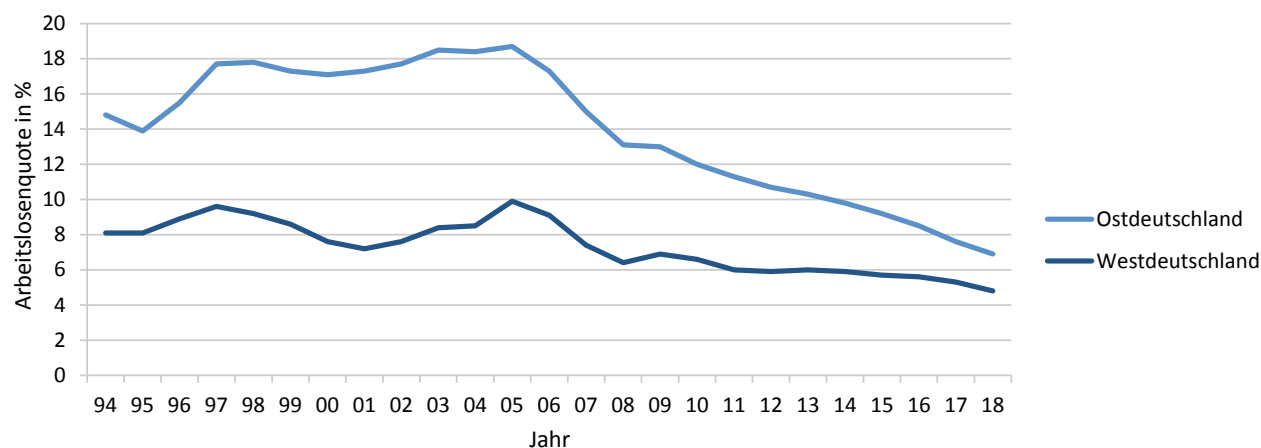
Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote stellt die Zahl der Arbeitssuchenden in Relation zu den Personen, die erwerbsfähig sind. Die Arbeitslosenquote ist ein zentrales Maß für regionale Disparitäten. Sie hat neben den Auswirkungen auf die betroffenen Menschen Auswirkungen auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Region.

Die Arbeitslosenquote ist seit dem Höchststand im Jahr 2005 deutschlandweit sehr stark gesunken. Von 4,86 Millionen arbeitslos gemeldeten Personen 2005 sank die Zahl auf 2,34 Millionen im Jahr 2018. Dies entspricht einer Arbeitslosenquote von 5,2 Prozent.

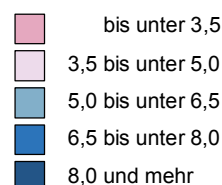
Die Länder mit der niedrigsten Arbeitslosenquote sind Bayern und Baden-Württemberg. Regionen mit Arbeitslosenquoten über 6,5 Prozent liegen verteilt in der Mitte und im Norden Deutschlands. Zu den Kreisen mit Arbeitslosenquoten von über 10 Prozent zählen die Landkreise Uckermark und Mansfeld-Südharz, Städte wie Duisburg, Pirmasens, Bremerhaven und Gelsenkirchen. Zwei Regionstypen sind von überdurchschnittlichen Arbeitslosenquoten betroffen: die ehemaligen westdeutschen Industriestädte und ländliche Regionen, die abseits der größeren Städte liegen.

Entwicklung der Arbeitslosenquoten in Ost- und Westdeutschland von 1994 bis 2018



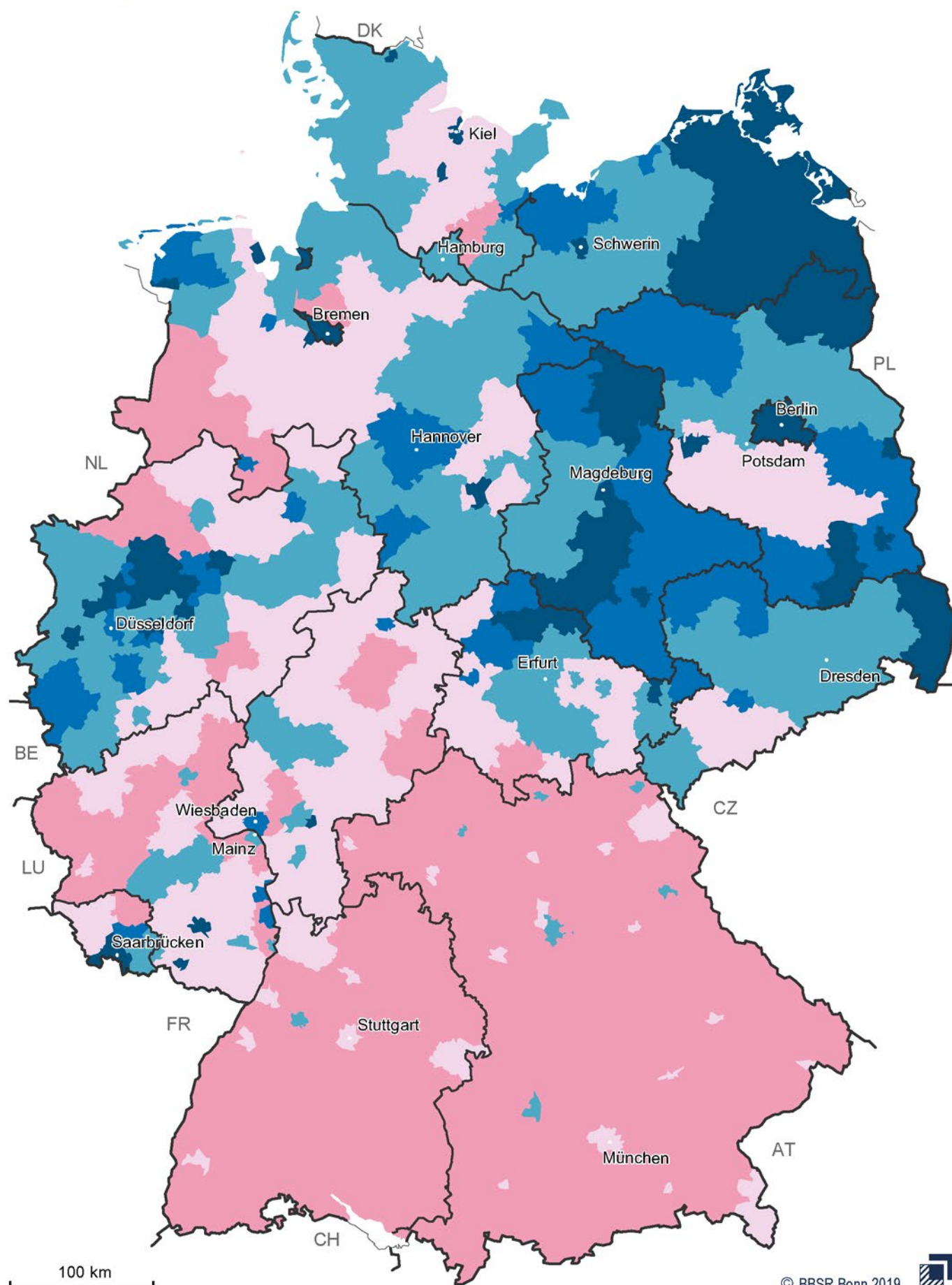
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen im Jahr 2018 in %



Datenbasis: Bundesagentur für Arbeit
Geometrische Grundlage: Kreise (generalisiert),
31.12.2017 © GeoBasis-DE/BKG
Räumliche Auflösung: Kreisfreie Städte und Landkreise
Bearbeitung: L. Kiel

Arbeitslosenquote



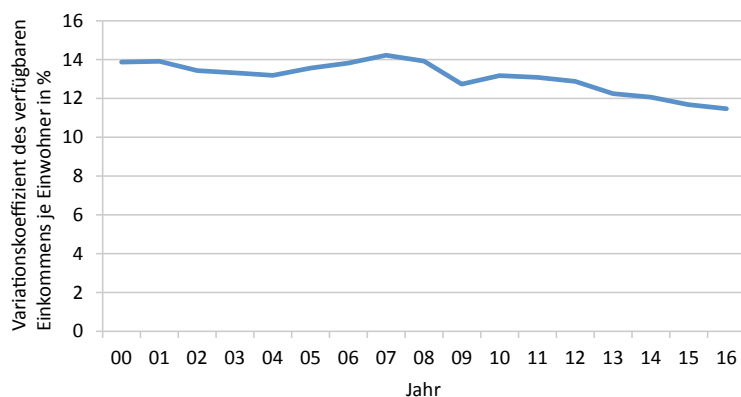
Verfügbares Einkommen privater Haushalte

Das verfügbare Einkommen privater Haushalte umfasst unter anderem die Einkünfte aus Vermögen, selbstständiger und nichtselbstständiger Arbeit sowie Sozialleistungen und sonstigen Transfers der öffentlichen Hand nach Abzug von Einkommensteuer und Sozialbeiträgen. Es beschreibt somit das Geld, das den Haushalten für Konsum, Sparen oder Investitionen zur Verfügung steht, ohne unterschiedliche Lebenshaltungskosten zu berücksichtigen.

Bundesweit liegt im Jahr 2016 das verfügbare Einkommen im Durchschnitt bei 21.919 Euro je Einwohner. In den ostdeutschen Ländern und den westlichen Grenzregionen ist das verfügbare Einkommen privater Haushalte im Durchschnitt deutlich niedriger als in Süddeutschland, dem Rhein-Main-Gebiet und Hamburg. Das durchschnittliche verfügbare Einkommen in Ostdeutschland liegt bei etwa 85 Prozent des Niveaus der westlichen Länder. In Hamburg und in vielen Regionen Bayerns und Baden-Württembergs ist das verfügbare Einkommen überdurchschnittlich hoch. Zu berücksichtigen ist dabei aber auch das jeweilige Preisniveau.

Zu den Landkreisen und kreisfreien Städten mit einem relativ geringen verfügbaren Einkommen in Höhe von unter 18.000 Euro pro Einwohner gehören in den westlichen Ländern zum Beispiel Gelsenkirchen, Duisburg, Bremerhaven und Offenbach am Main, in den ostdeutschen Ländern Halle an der Saale, Frankfurt an der Oder, Leipzig und Rostock. Sehr hohe Werte beim verfügbaren Einkommen gibt es in einigen westdeutschen Städten einschließlich Umland. Werte über 29.000 Euro werden zum Beispiel in Baden-Baden, Heilbronn und Ulm, in München mit den angrenzenden Landkreisen München und Starnberg sowie im Hochtaunuskreis erreicht. Die Grafik zeigt, dass sich die Unterschiede beim verfügbaren Einkommen in Deutschland verringern.

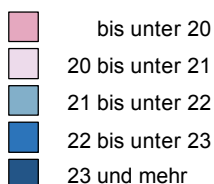
Abnehmende regionale Disparitäten beim verfügbaren Einkommen



Quelle:
Regionaldatenbank Deutschland

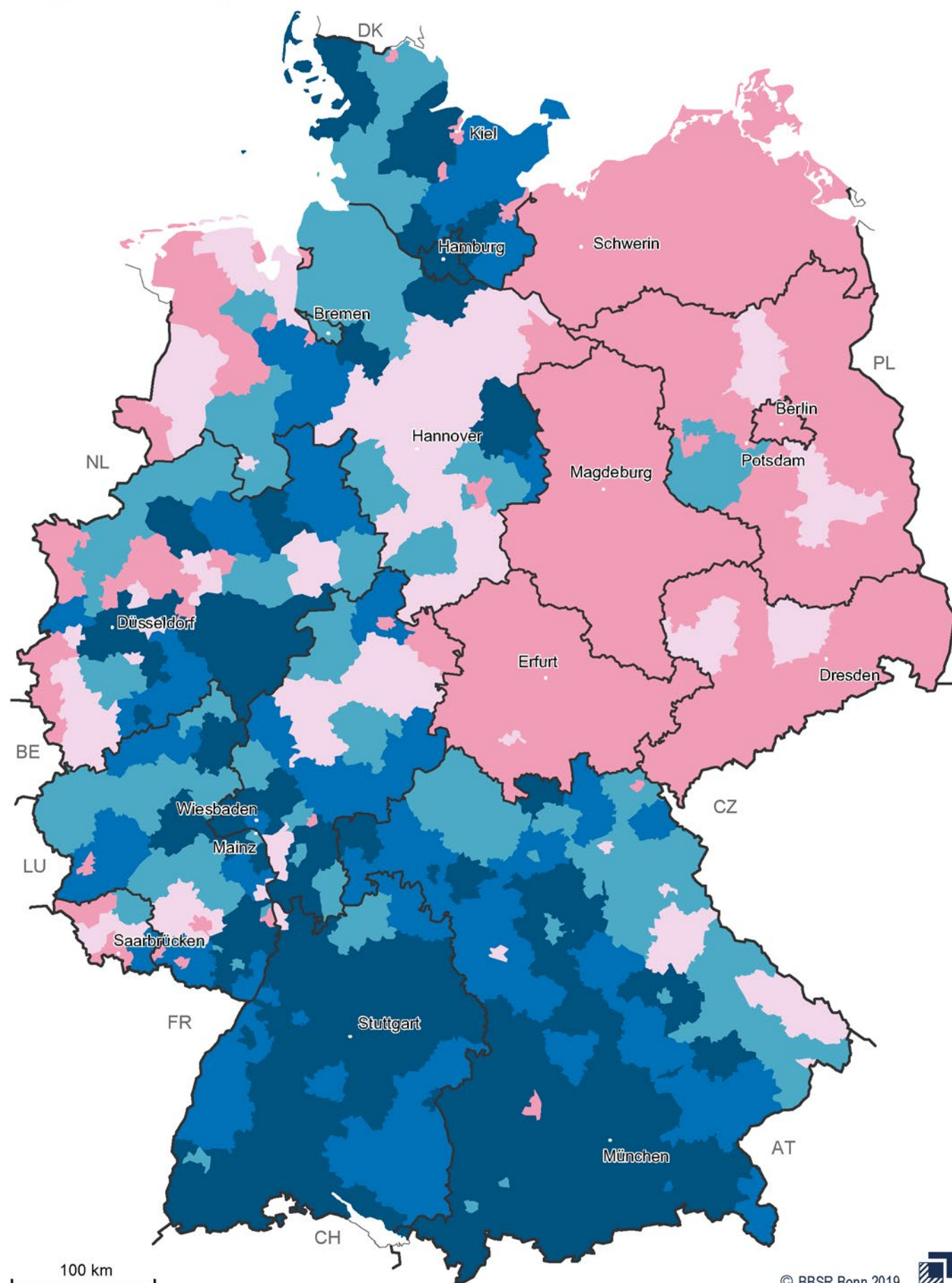
Die durchschnittliche Höhe des verfügbaren Einkommens in einer Region sagt nichts über die Verteilung innerhalb der Region aus. Hierzu fehlen statistische Daten. Ein Hinweis kann aus dem Anteil der Empfänger von sozialen Mindestsicherungsleistungen abgeleitet werden. In den sieben oben genannten Städten und Landkreisen mit besonders hohen Einkommen liegt er zwischen 3,7 und 9,1 Prozent. Auch in statistisch reichen Regionen gibt es somit eine Gruppe von Menschen, die im Jahr 2016 nicht von dem allgemeinen Wohlstand profitierte.

Verfügbares Einkommen privater Haushalte je Einwohner im Jahr 2016 in Tausend Euro



Datenbasis: Regionaldatenbank Deutschland
Geometrische Grundlage: Kreise (generalisiert),
31.12.2016 © GeoBasis-DE/BKG
Räumliche Auflösung: Kreisfreie Städte und Landkreise
Bearbeitung: L. Kiel

Verfügbares Einkommen privater Haushalte



Überschuldung von Privatpersonen

Von Überschuldung spricht man, wenn ein Schuldner seine Zahlungsverpflichtungen mit hoher Wahrscheinlichkeit über einen längeren Zeitraum nicht begleichen kann, da den Schulden keine ausreichenden Einnahmen gegenüberstehen und Vermögen oder weitere Kreditmöglichkeiten fehlen.

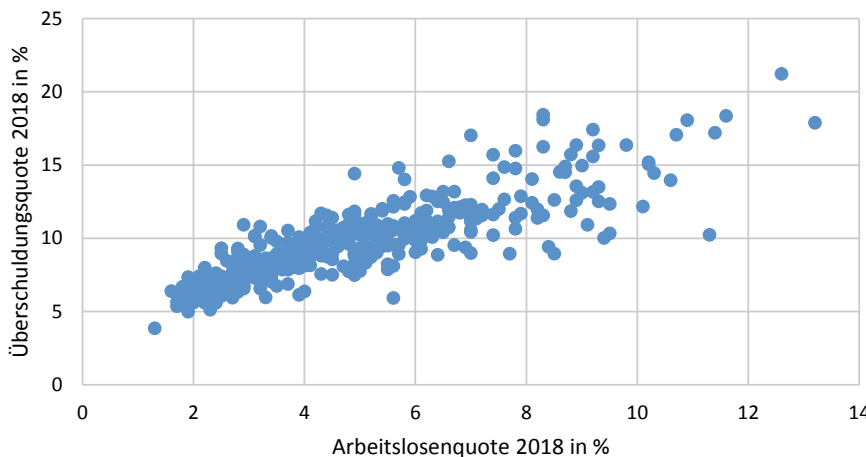
Im Jahr 2018 galten 6,93 Millionen Erwachsene in Deutschland als überschuldet. Das entspricht einem Anteil von 10 Prozent an der Gesamtbevölkerung über 18 Jahre.

Die regionale Betrachtung zeigt ein gewisses Nord-Süd-Gefälle mit relativ geringen Überschuldungsquoten in Bayern und Baden-Württemberg, was einzelne Werte bestätigen: Die Quoten liegen in den Landkreisen Eichstätt, Erlangen-Höchstädt und Schweinfurt zwischen 3,9 und 5,1 Prozent und sind damit nur halb so hoch wie im Mittel für ganz Deutschland. Hingegen liegt die Quote in den Städten Herne, Neumünster, Pirmasens und Wuppertal zwischen 18 und 19 Prozent. In Bremerhaven beträgt sie sogar 21,2 Prozent und ist damit doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt.

Deutlich wird auch, dass Überschuldung ein häufigeres Problem von Haushalten in Städten ist. Im Durchschnitt beläuft sich die Quote für die kreisfreien Städte auf 12,2 Prozent, die der Landkreise hingegen auf 8,8 Prozent.

Die Grafik zeigt, dass der Anteil der überschuldeten Personen sehr stark mit der regionalen Arbeitslosenquote einhergeht. Von dieser statistischen Übereinstimmung auf Kreisebene darf aber nicht auf die Individuen und Haushalte direkt geschlossen werden. Wie der Schuldneratlas 2018 darlegt, ist Arbeitslosigkeit nur zu einem Fünftel der Hauptgrund für eine Überschuldung. Dieser hat auch über die vergangenen Jahre an Bedeutung verloren. Laut Schuldneratlas haben andere Gründe wie Erkrankungen, Unfälle oder unwirtschaftliche Haushaltsführung in den letzten zehn Jahren als Ursache für Überschuldung deutlich zugenommen.

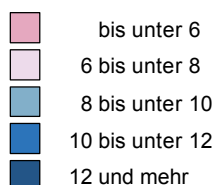
Zusammenhang zwischen Arbeitslosenquote und Anteil von überschuldeten Personen 2018



Quelle:

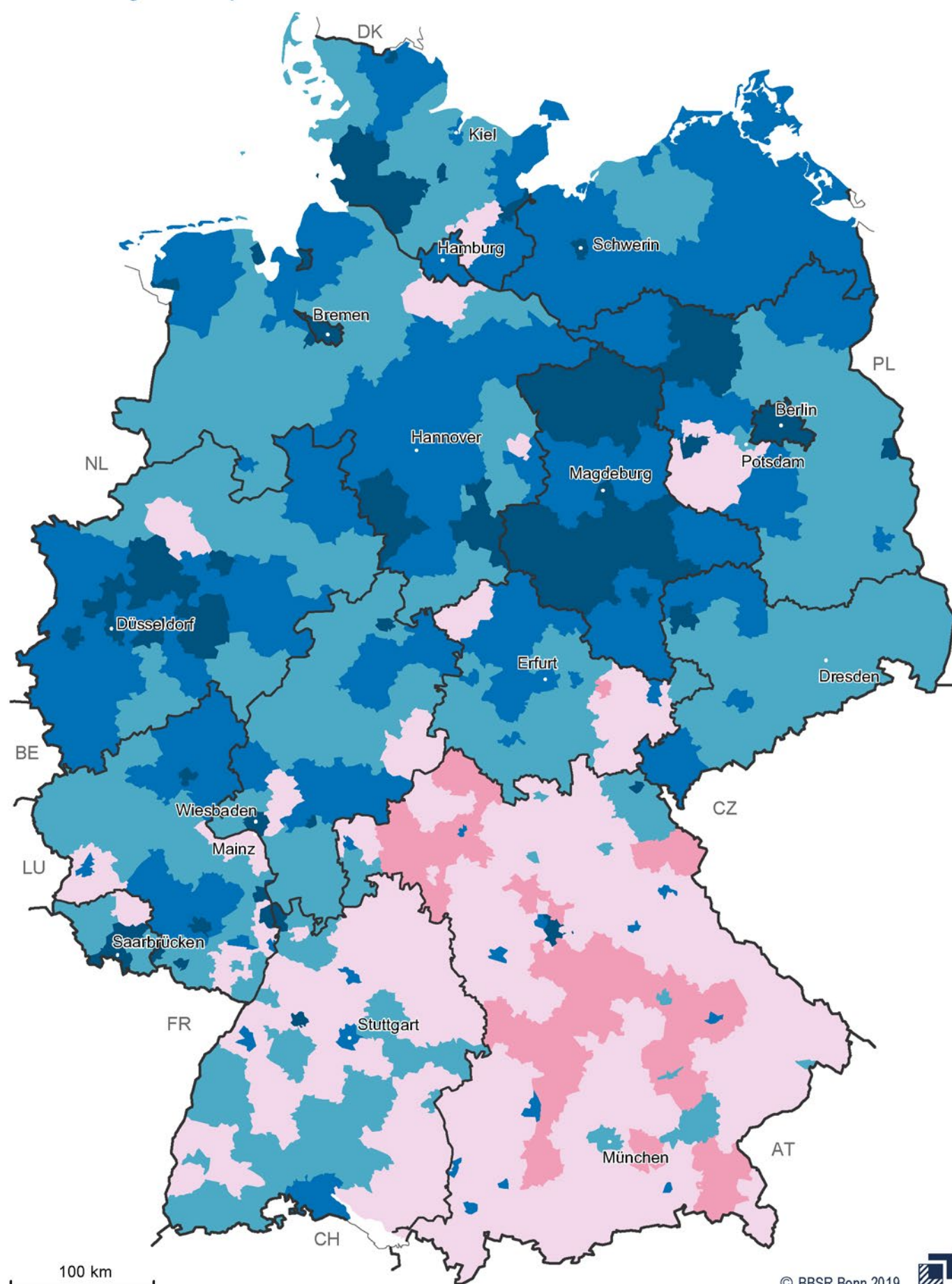
Creditreform, Regionaldatenbank Deutschland

Anteil überschuldeter Personen über 18 Jahren an der Altersgruppe im Jahr 2018 in %



Datenbasis: Schuldner Atlas Deutschland - Creditreform
Geometrische Grundlage: Kreise (generalisiert),
31.12.2017 © GeoBasis-DE/BKG
Räumliche Auflösung: Kreisfreie Städte und Landkreise
Bearbeitung: L. Kiel

Überschuldung von Privatpersonen



Grundsicherung im Alter

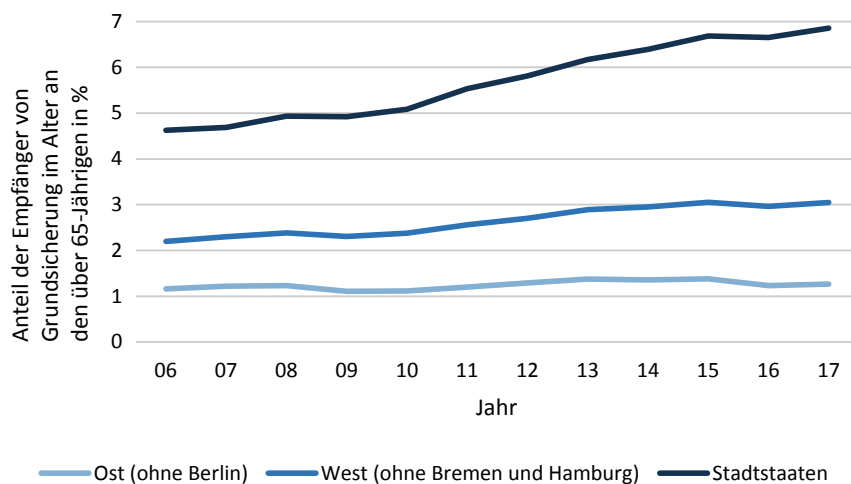
Anspruch auf Grundsicherung im Alter nach Sozialgesetzbuch (SGB XII) haben Personen, die die Altersgrenze erreicht haben und ihren Lebensunterhalt nicht ausreichend aus eigenem Einkommen und Vermögen sicherstellen können.

In Deutschland bezogen zum Stichtag Dezember 2017 rund 544.000 Personen Grundsicherung im Alter. Bezogen auf alle Einwohnerinnen und Einwohner Deutschlands über 65 Jahren entspricht dies einer Quote von 3,1 Prozent (Anmerkung: Auf Grund des Datenangebots zu den Bevölkerungszahlen auf Kreisebene liegen aktuell die Quoten nur bis 2016 vor).

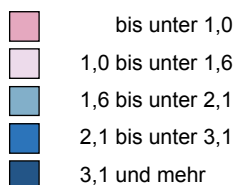
Regional betrachtet zeigen sich überdurchschnittlich hohe Anteile in Nordrhein-Westfalen, in Teilen von Niedersachsen und Hessen sowie dem Saarland. Ebenso ist in den Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen sowie den Großstädten München, Stuttgart, Frankfurt, Düsseldorf und Hannover der Anteil der Menschen mit Grundsicherung im Alter überdurchschnittlich hoch. Die höchsten Anteile mit über 8 Prozent haben Frankfurt am Main und Offenbach. Die ostdeutschen Länder haben dagegen einen geringen Anteil von älteren Menschen, die Grundsicherung beziehen. Landkreise wie zum Beispiel der Erzgebirgskreis, Schmalkalden-Meiningen oder der Saale-Holzland-Kreis weisen sehr niedrige Anteile von 0,5 Prozent auf.

In einer Zeitreihe bis 2017 auf Ebene der Länder lassen sich drei Typen differenzieren: In den Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg sind die Quoten am höchsten und sie sind über die Jahre auch am stärksten angestiegen (plus 2,3 Prozentpunkte). In den westdeutschen Flächenländern liegen sie im Mittelfeld bei einer leichten Erhöhung um etwa einen Prozentpunkt insbesondere seit 2010. In den ostdeutschen Flächenländern ist der Anteil der Älteren mit Grundsicherung am geringsten und über die Jahre ist die Quote konstant geblieben.

Veränderung der Anteile von Empfängern von Grundsicherung im Alter

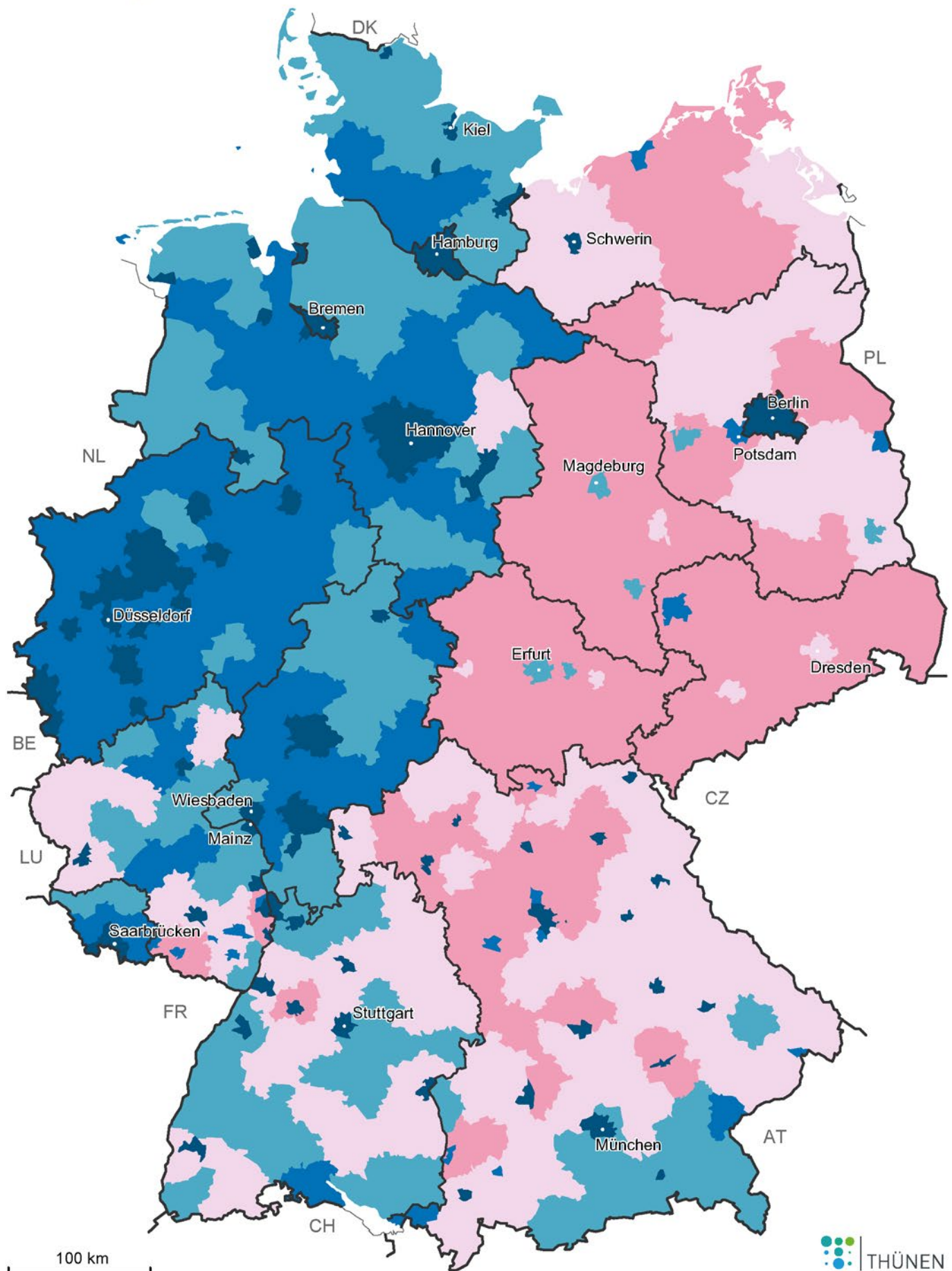


Anteil der Bevölkerung mit Grundsicherung im Alter 2015 an den Einwohnern 65 Jahre und älter in %



Datenbasis: Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, INKAR 2018
Geometrische Grundlage: Kreise (generalisiert), 31.12.2015 © GeoBasis-DE/BKG
Räumliche Auflösung: Kreisfreie Städte und Landkreise
Bearbeitung: T. Osigus

Grundsicherung im Alter



Soziale Mindestsicherung

Bei den Empfängern von sozialen Mindestsicherungsleistungen handelt es sich gemäß der amtlichen Sozialberichterstattung um verschiedene Personengruppen: Bezieher von Arbeitslosengeld II, von Sozialgeld, von Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen, von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie von Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

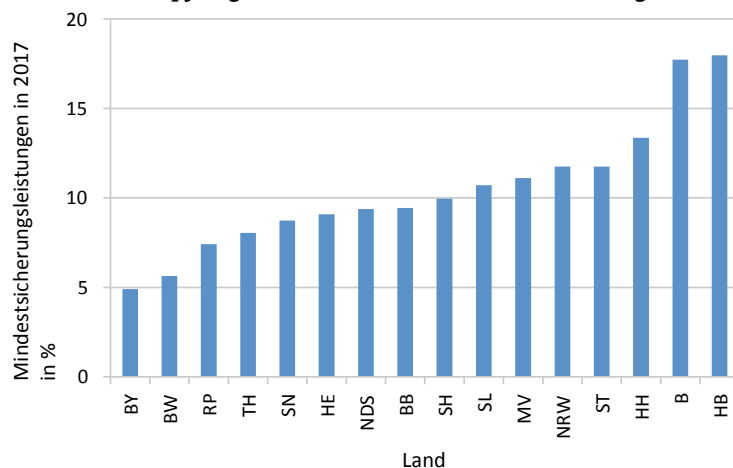
Etwa 7,59 Millionen Menschen gehören deutschlandweit zu dieser Personengruppe. Damit liegt der Anteil der Empfänger von sozialen Mindestsicherungsleistungen bei 9,2 Prozent.

Von den 7,59 Millionen Empfängern von Mindestsicherungsleistungen bezogen im Jahr 2017 4,25 Millionen Arbeitslosengeld II und 1,7 Millionen Sozialgeld. Etwa 126.900 Personen erhielten Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen, die Grundsicherung im Alter sowie bei Erwerbsminderung fließt an 1,06 Millionen Personen. Über das Asylbewerberleistungsgesetz wurden etwa 468.600 Personen unterstützt.

Bei der räumlichen Verteilung überlagern sich drei Muster: Zum einen weisen die beiden südlichen Länder die niedrigsten Anteile auf. Bis auf vier administrative Einheiten in Rheinland-Pfalz und zwei in Thüringen liegen alle Landkreise mit weniger als 5 Prozent Empfängern von sozialen Mindestsicherungsleistungen an der Gesamtbevölkerung in Bayern und Baden-Württemberg. Zum anderen haben die ostdeutschen Länder einen höheren Anteil. Während der Anteil in den westdeutschen Ländern 8,6 Prozent beträgt, liegt er in den ostdeutschen Ländern bei 11,4 Prozent. Zum Dritten weisen kreisfreie Städte mit einem durchschnittlichen Anteil von 12,1 Prozent höhere Werte als Landkreise mit einem Anteil von durchschnittlich 6,6 Prozent auf.

Am niedrigsten sind die Anteile von Menschen in sozialer Mindestsicherung mit unter 3 Prozent in einigen bayerischen Landkreisen, etwa in Unterallgäu, Pfaffenhofen an der Ilm und Eichstätt. Die höchsten Werte von über 18 Prozent finden sich in einigen Städten des Ruhrgebiets und in Bremerhaven.

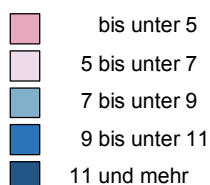
Anteil der Empfänger von sozialen Mindestsicherungsleistungen



Der Anteil von Menschen in sozialer Mindestsicherung ist in Bayern und Baden-Württemberg niedrig. Die Stadtstaaten – hierbei vor allem Berlin und Bremen – haben überdurchschnittlich hohe Anteile an Leistungsempfängern.

Quelle: Regionaldatenbank Deutschland

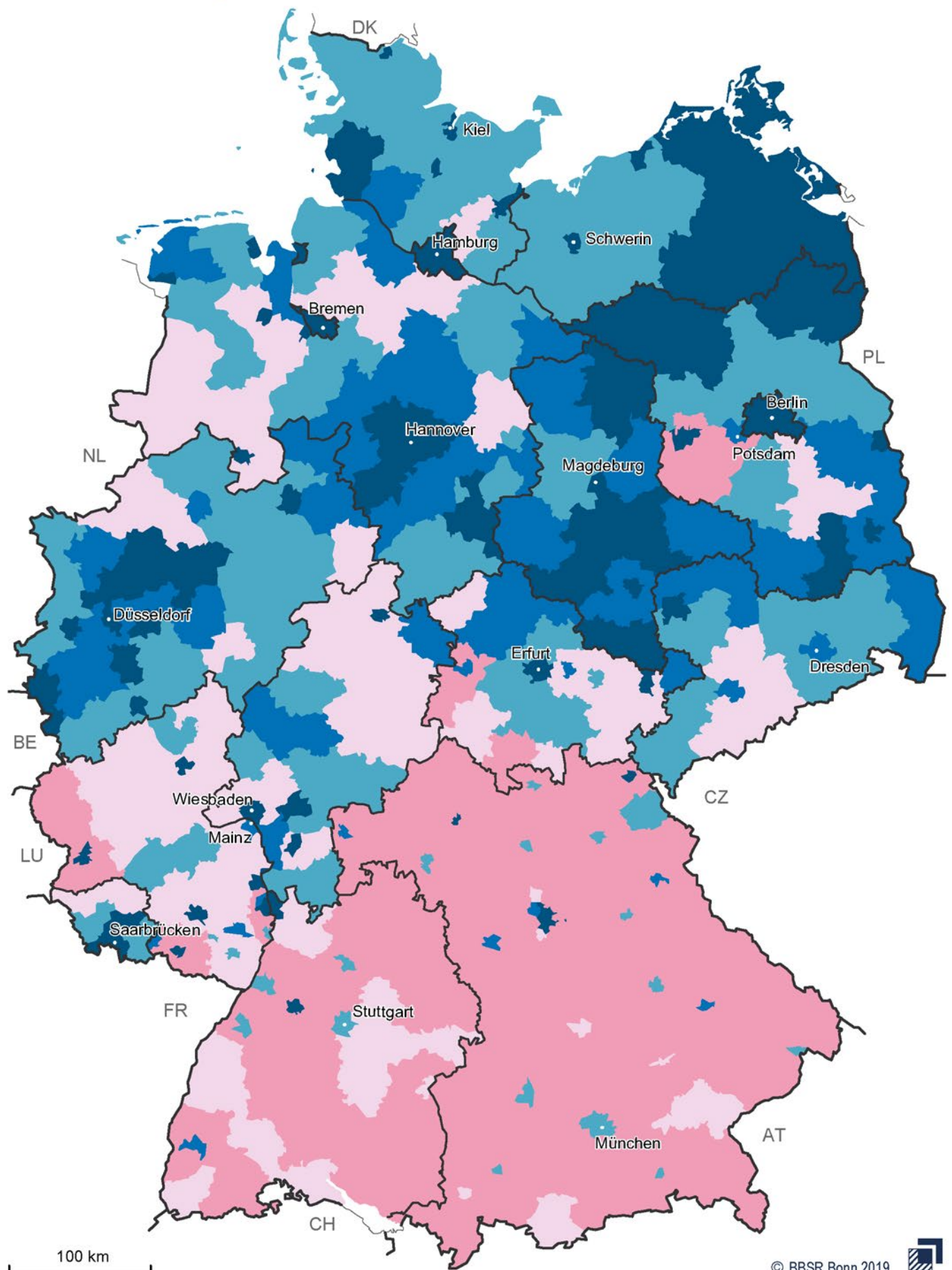
Anteil der Empfänger sozialer Mindestsicherungsleistungen an allen Einwohnern im Jahr 2017 in %



Datenbasis: Regionaldatenbank Deutschland
Geometrische Grundlage: Kreise (generalisiert),
31.12.2016 © GeoBasis-DE/BKG
Räumliche Auflösung: Kreisfreie Städte und Landkreise
Bearbeitung: L. Kiel

Anmerkung:
umfasst Empfänger von Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld nach SGB II, Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen nach SGB XII, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach SGB XII und Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

Soziale Mindestsicherung



Wie wir uns vernetzen

Breitbandversorgung

Die Digitale Agenda der Bundesregierung hat eine flächendeckende Breitbandversorgung zum Ziel. Um Daten mit hoher Geschwindigkeit über das Internet zu übertragen, braucht es eine Verfügbarkeit von mindestens 50 Mbit/s. Dies wird mit „Breitbandversorgung“ definiert.

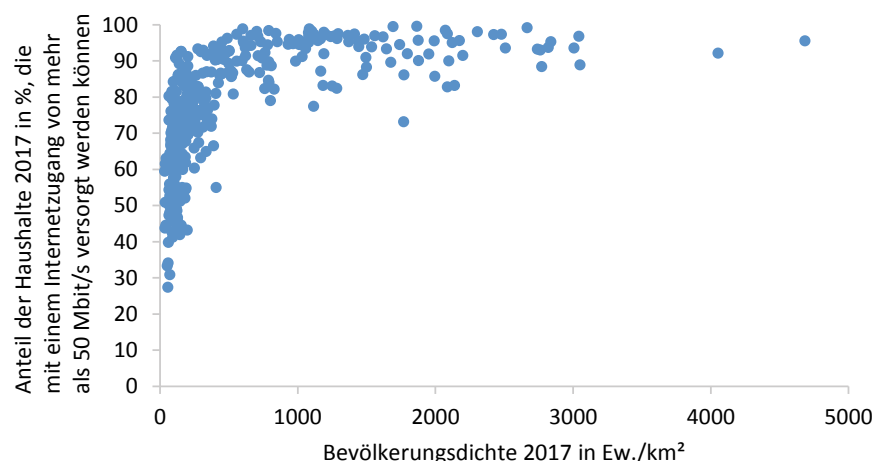
Im Jahr 2017 konnten deutschlandweit 32,8 Millionen Haushalte mit einer Internetgeschwindigkeit von mindestens 50 Mbit/s versorgt werden. Das entspricht einer Versorgungsrate von 80,5 Prozent.

Die Karte zeigt Unterschiede insbesondere zwischen städtischen und ländlichen Regionen fern von Großstädten. Während der Anteil der mit Breitbandanschluss versorgten Haushalte in Berlin, München oder Hamburg bei über 90 Prozent liegt, liegt die Quote in vielen ländlichen Regionen noch immer bei unter 60 Prozent. Die meisten Landkreise, in denen weniger als 40 Prozent der Bevölkerung mit schnellem Internet versorgt werden, liegen in Ostdeutschland, unter anderem im Jerichower Land sowie in den Landkreisen Börde, Elbe-Elster und Rostock.

Eine so gut wie flächendeckende Versorgung von über 98 Prozent der Haushalte wird nur in einigen Städten erreicht, zum Beispiel in Speyer, Köln, Leverkusen, Bonn und Frankenthal (Pfalz) sowie in mehreren kleineren Städten in Bayern, etwa Hof, Weiden in der Oberpfalz und Kaufbeuren. In Rosenheim und Regensburg können beispielsweise über 98 Prozent der Haushalte mit schnellem Internet versorgt werden.

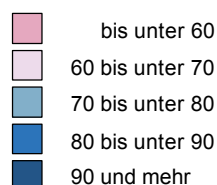
Die Grafik zeigt zudem, dass eine geringe Bevölkerungsdichte nicht der einzige Grund für mangelnde Breitbandversorgung ist. Zwischen Regionen mit geringerer Bevölkerungsdichte gibt es große Unterschiede. Der Landkreis Jerichower Land hat eine Einwohnerdichte von 57,4 Einwohnern pro Quadratkilometer, dort sind über 27 Prozent der Haushalte mit Breitband versorgt. Im Landkreis Neustadt an der Waldnaab leben 66 Einwohner pro Quadratkilometer, aber der Anteil der versorgbaren Haushalte liegt bei über 80 Prozent. In stärker verdichteten Räumen gibt es zwar auch Unterschiede im Angebot, aber sie sind wesentlich geringer ausgeprägt.

Zusammenhang zwischen Einwohnerdichte und Breitbandversorgung



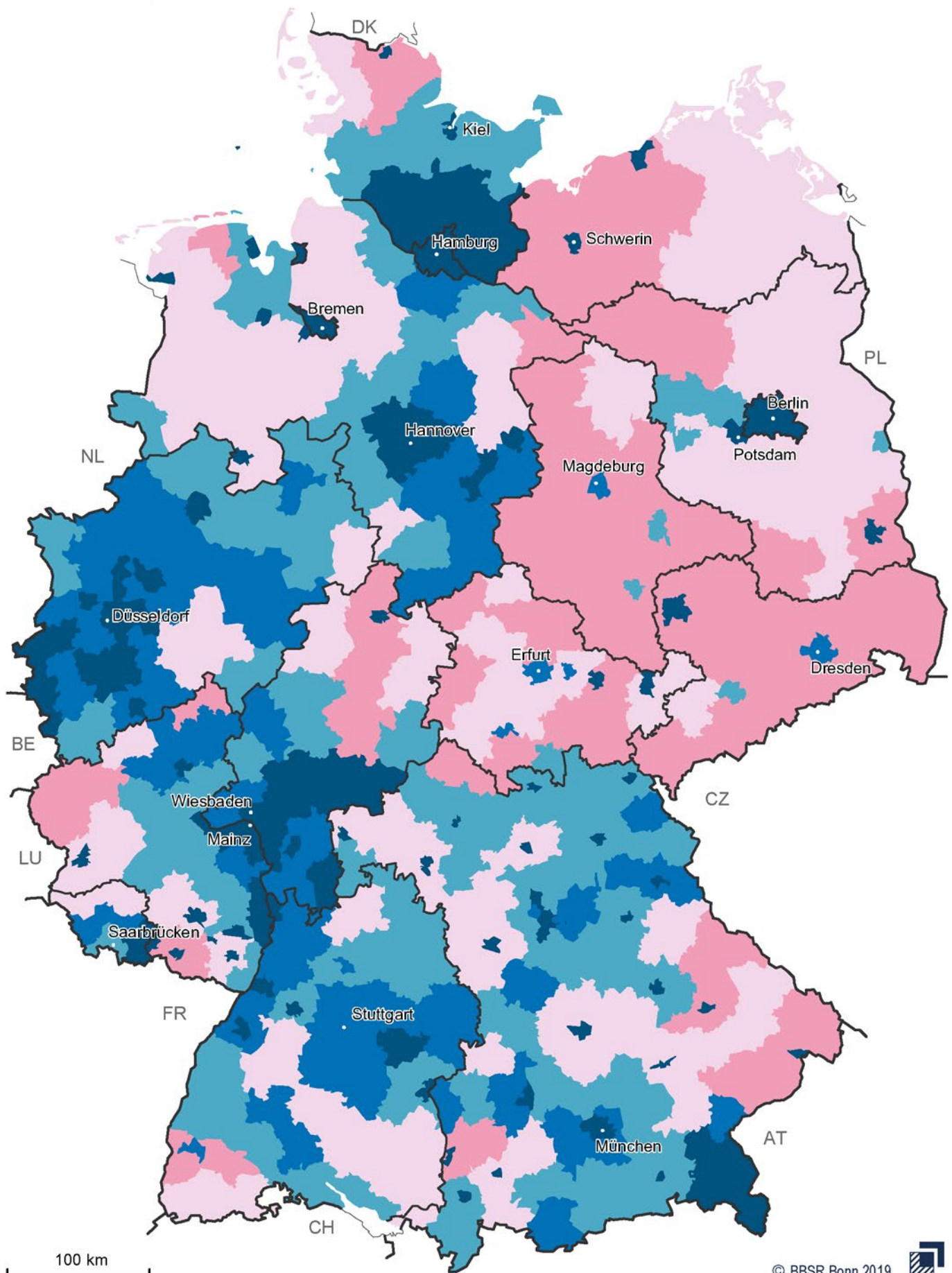
Quelle:
Regionaldatenbank Deutschland,
TÜV Rheinland, Bundesministerium
für Verkehr und digitale Infrastruktur

Anteil der Haushalte, die mit einer Internetgeschwindigkeit von mindestens 50 Mbit/s versorgt werden können im Jahr 2017 in %



Datenbasis: TÜV Rheinland, BMVI
Geometrische Grundlage: Kreise (generalisiert),
31.12.2015 © GeoBasis-DE/BKG
Anmerkungen: gemäß Berichten der
Internetzugangsanbieter
Räumliche Auflösung: Kreisfreie Städte und Landkreise
Bearbeitung: L. Kiel

Breitbandversorgung



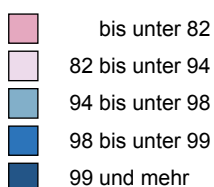
Mobile Breitbandverfügbarkeit mit LTE ab 2 Mbit/s

Long Term Evolution, kurz LTE, ist ein Mobilfunkstandard der auf Frequenz von circa 700 bis 2.600 Megahertz seit August 2010 in Deutschland betrieben wird. Vorläufer ist der UMTS-Standard. Beide Varianten werden derzeit verwendet, um mit mobilen Endgeräten wie Smartphones und Tablets von unterwegs auf Dienste wie das Internet zugreifen zu können. Downloadraten ab 2 Mbit/s werden hierbei als Untergrenze für eine sinnvolle Nutzung dieser Dienste angesehen.

Die Karte zeigt, dass neun Jahre nach der ersten Inbetriebnahme eines LTE-Sendemasten der überwiegende Teil der Gemeinden mit über 82 Prozent ihrer Fläche mit LTE-Bandbreiten von mindestens 2 Mbit/s versorgt ist. Ungefähr die Hälfte der Gemeinden besitzt eine Flächenabdeckung mit LTE von über 95 Prozent.

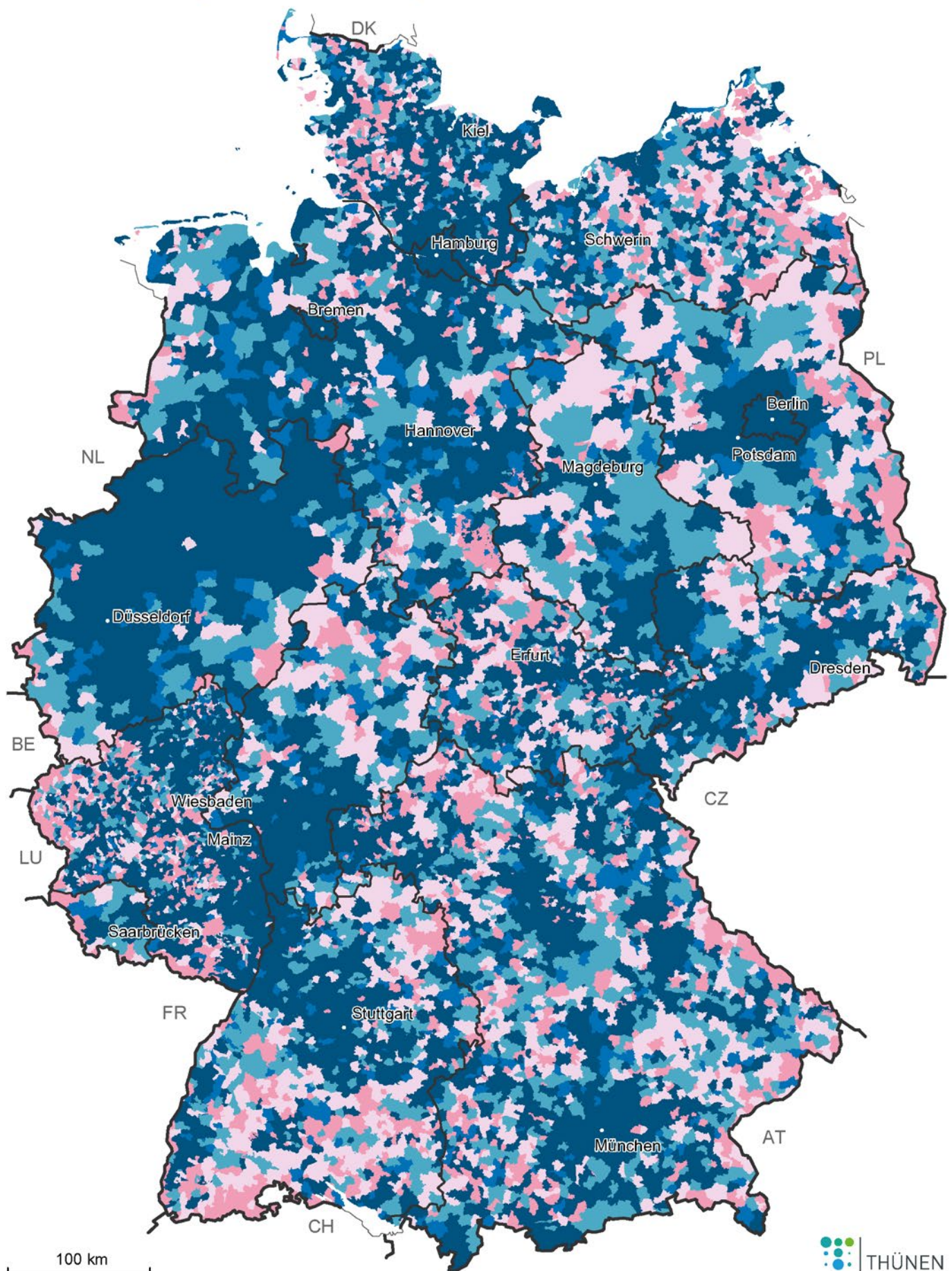
Weder beinhaltet jeder Mobilfunkvertrag beziehungsweise Mobilfunkprepaid-Tarif die Option auf LTE noch ist die Verfügbarkeit von jedem der drei Mobilfunkbetreiber an allen Standorten gleich gegeben. Dennoch zeigt die Karte, dass die Verfügbarkeit von LTE insgesamt und im Besonderen in der Fläche gegeben ist.

Mobile Breitbandverfügbarkeit mit LTE ab 2 Mbit/s in % der Fläche im Jahr 2018



Datenbasis: Geoinformation © Bundesamt für Kartographie und Geodäsie (www.bkg.bund.de) / © Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur / © TÜV Rheinland
Zeitraum: September 2018
Räumliche Auflösung: Gemeinden
Bearbeitung: T. Osigus

Mobile Breitbandverfügbarkeit mit LTE ab 2 Mbit/s



Wie wir uns bewegen

Pendlerdistanzen und Pendlerverflechtungen

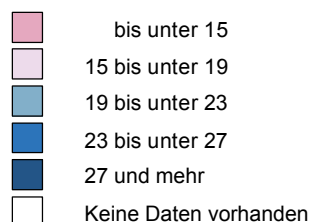
Eine Person wird als Pendler bezeichnet, wenn sie beim Weg zur Arbeit vom Wohn- zum Arbeitsort eine Gemeindegrenze überschreitet.

Im Jahr 2017 pendelten etwa 18,9 Millionen Menschen in Deutschland. Somit liegen für etwa 59,5 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der Wohnort und der Arbeitsort in unterschiedlichen Kommunen. Gegenüber dem Jahr 2008, als es etwa 16 Millionen Pendler gab, hat sich die Zahl um 17,7 Prozent erhöht.

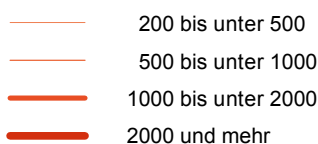
Die durchschnittliche Distanz, die täglich zum Arbeitsort zurückgelegt werden muss, ist dagegen nur leicht gestiegen. Lag sie im Jahr 2008 noch bei 16,6 Kilometern, beträgt sie nun im Mittel 16,8 Kilometer. Etwa 20 Prozent aller Beschäftigten müssen mehr als 30 Kilometer zum Arbeitsort zurücklegen. Für knapp 10 Prozent der Beschäftigten beträgt der einfache Arbeitsweg sogar mehr als 50 Kilometer. Besonders lange Distanzen müssen die Beschäftigten auf sich nehmen, die in dünn besiedelten Räumen leben. Dies betrifft insbesondere den Nordosten Deutschlands, aber auch die Regionen im weiteren Umland der großen Ballungsräume, wo es starke Pendlerverflechtungen mit dem Umland gibt. Dies liegt an der hohen Konzentration der Arbeitsplätze dort. So befinden sich 40,6 Prozent aller sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze in Deutschland in den 78 Großstädten mit mehr als 100.000 Einwohnern. Besonders deutlich zeigt dies die Karte für Hamburg, Berlin und München. Insgesamt kommen 6,2 Millionen Personen, die in diesen 78 Großstädten arbeiten, aus anderen Gemeinden. Somit pendeln 48,2 Prozent der dort Beschäftigten in diese Städte ein. In einigen Metropolen, etwa Frankfurt am Main, Düsseldorf und Stuttgart, liegt der Anteil sogar bei 60 Prozent und mehr. Spitzenreiter bei den Einpendlern ist die Stadt München. Von den 847.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die in München ihren Arbeitsort haben, wohnen 380.000 Personen außerhalb der Stadt. Dieser Wert hat sich seit dem Jahr 2000 stark erhöht, damals gab es nur 295.000 Einpendler.

Zunehmend pendeln die Beschäftigten nicht nur aus dem Umland der Arbeitsplatzzentren, sondern zum Teil auch aus anderen Großstädten. Dies betrifft mit steigender Tendenz seit dem Jahr 2000 etwa ein Fünftel der Einpendler in die Großstädte.

Durchschnittliche Pendeldistanzen aller SV-Beschäftigten am Wohnort 2017 in km

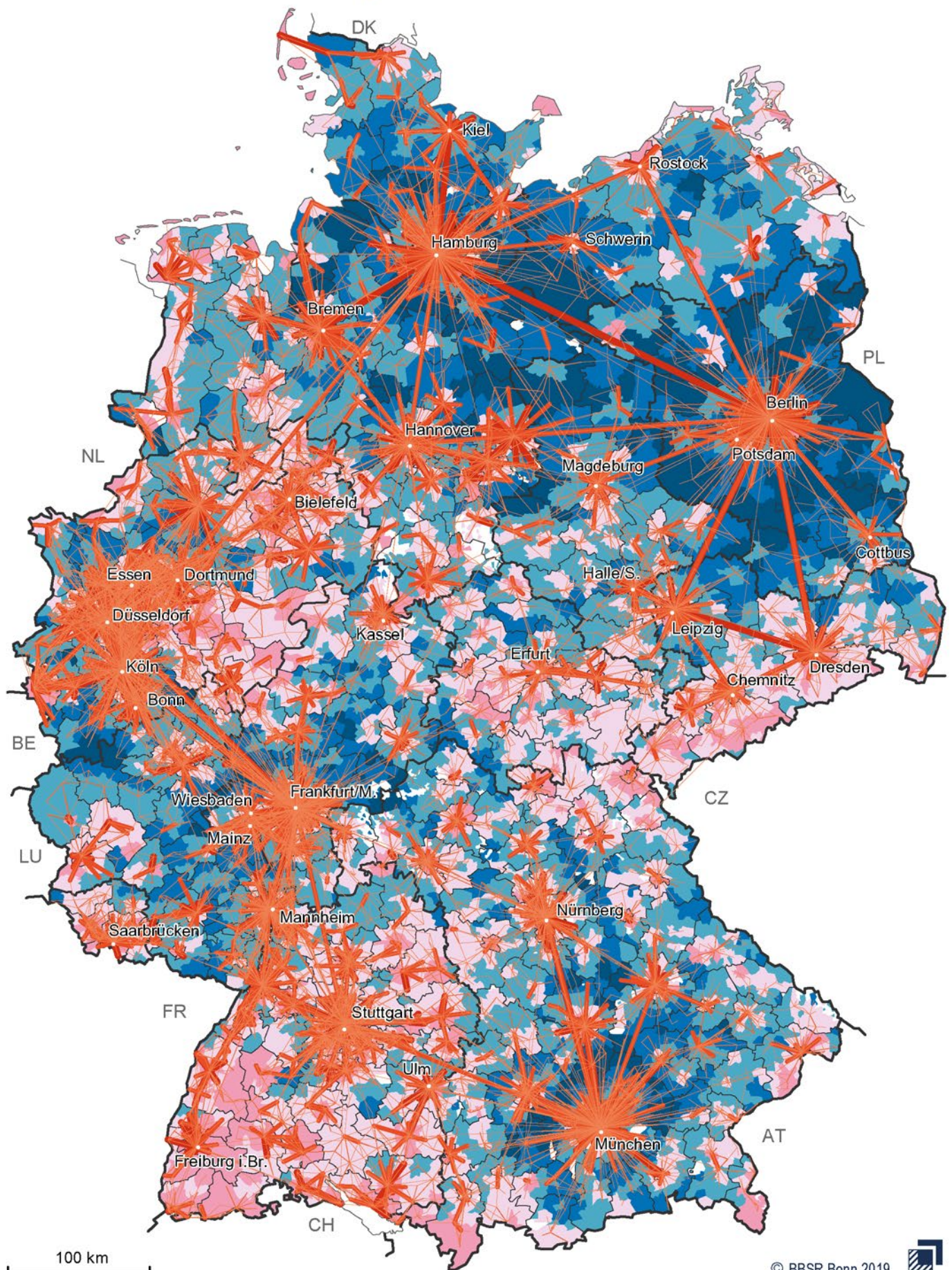


Pendlerverflechtungen zwischen Gemeindeverbänden nach Anzahl der Pendler 2017



Datenbasis: © Statistik der Bundesagentur für Arbeit:
Ein- und Auspendler auf Gemeindeebene, Nürnberg 2018
Geometrische Grundlage: Gemeindeverbände (generalisiert),
31.12.2017 © GeoBasis-DE/BKG
Bearbeitung: T. Pütz

Pendlerdistanzen und Pendlerverflechtungen



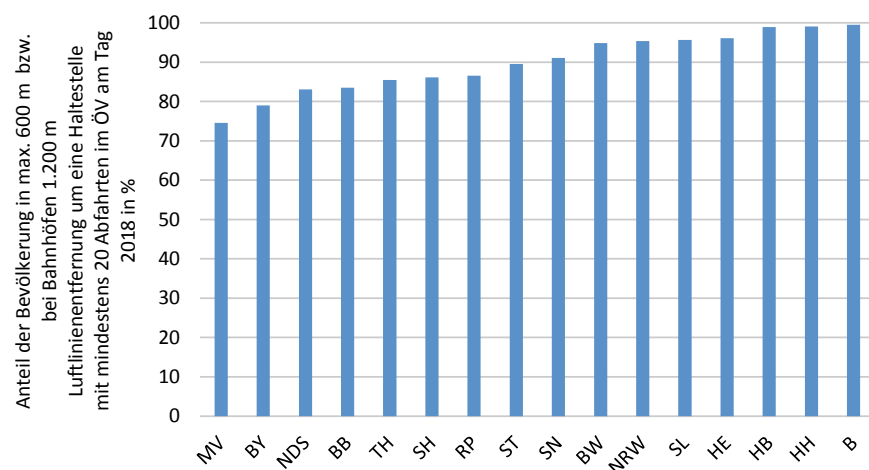
Erreichbarkeit des Öffentlichen Nahverkehrs (Zugang zu Haltestellen)

Der öffentliche Nahverkehr ist von zentraler Bedeutung, um die Mobilität aller Menschen sicherzustellen. Insbesondere für Personengruppen, die nicht (auch noch nicht oder nicht mehr) Auto fahren können, ist das ÖPNV-Angebot Voraussetzung zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, zur Versorgung und für die Chancengleichheit (etwa das Erreichen von Bildungseinrichtungen und Arbeitsplätzen).

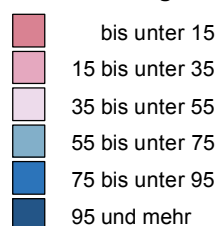
Der Anteil der Bevölkerung, der innerhalb eines 600 Meter Radius um eine Haltestelle mit mindestens 20 Abfahrten im öffentlichen Verkehr am Tag lebt, oder innerhalb eines Radius von 1.200 Meter um einen Bahnhof mit S-Bahn-, Regionalbahn- oder Fernbahnverkehr mit derselben Bedienungshäufigkeit lebt, liegt bundesweit 2018 bei rund 90 Prozent.

In den einzelnen Regionen gibt es stärkere Abweichungen vom Bundesdurchschnitt. Insbesondere die ländlichen Regionen Bayerns, im Westen Niedersachsens, in Mecklenburg-Vorpommern und Rheinland-Pfalz sowie in den Randgebieten Brandenburgs weisen Lücken auf. In vielen Ländern, beispielsweise Baden-Württemberg, Saarland, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sind die Erreichbarkeiten von Haltestellen dagegen sehr hoch. In den drei Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen liegt die Erreichbarkeit bei annähernd 100 Prozent.

Erreichbarkeit von Haltestellen und Bahnhöfen im öffentlichen Verkehr

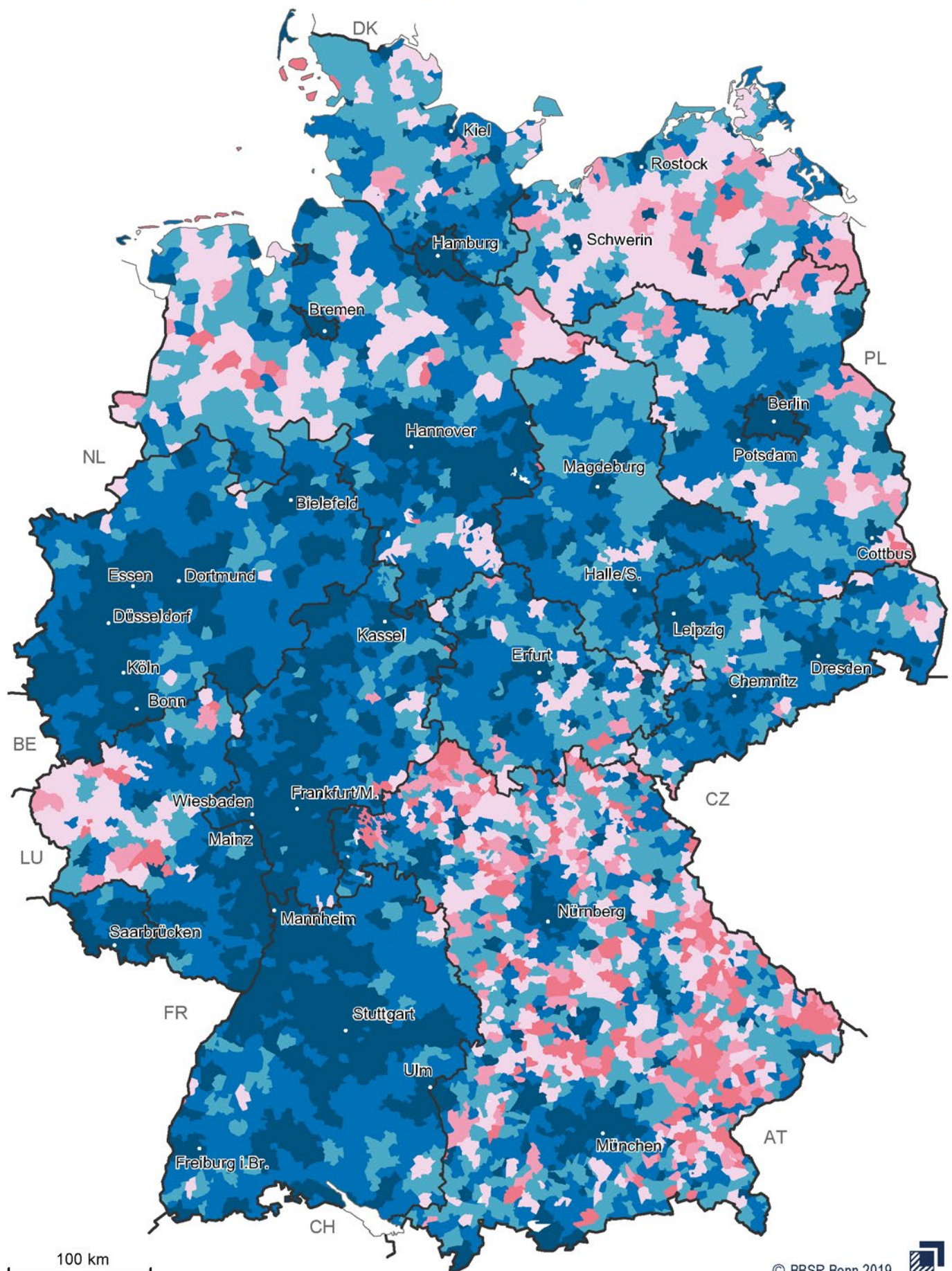


Anteil der Bevölkerung, die in maximal 600 m bzw. bei Bahnhöfen 1.200 m Luftlinienentfernung um eine Haltestelle mit mindestens 20 Abfahrten im ÖV am Tag wohnt, im Jahr 2018 in %



Datenbasis: Hacon Ingenieurgesellschaft mbH,
Laufende Raumbewertung des BBSR
Geometrische Grundlage: Gemeindeverbände (generalisiert),
31.12.2016 © GeoBasis-DE/BKG
Bearbeitung: T. Pütz

Erreichbarkeit des Öffentlichen Nahverkehrs (Zugang zu Haltestellen)



Erreichbarkeit Zentraler Orte

Gemeinden, die von den Landesbehörden als Zentrale Orte ausgewiesen sind, stellen die Versorgung ihrer eigenen sowie der Bevölkerung ihres Umlands mit den für den Alltag notwendigen Dingen und Dienstleistungen sicher. Das Angebot in Oberzentren ist dabei umfassender als in Mittelzentren, das Angebot in Mittelzentren ist umfassender als in Grundzentren. Mit diesem Zentrale-Orte-System soll in Deutschland durch die Bündelung von Angeboten an Standorten, die für alle erreichbar sind, die Versorgung aller Menschen gesichert werden.

In Deutschland sind im Jahr 2018 1.100 Mittel- und Oberzentren ausgewiesen. Für die Bevölkerung, die außerhalb dieser Zentren lebt, ist eine gute Erreichbarkeit zu den zentralörtlichen Einrichtungen wichtig. Bundesweit erreichen 97,5 Prozent der Bevölkerung das nächste Mittel- oder Oberzentrum innerhalb von 20 Minuten Fahrzeit auf der Straße (individuell motorisiert). Innerhalb von 30 Minuten erreichen fast alle (99 Prozent der Bevölkerung) ein Mittel- oder Oberzentrum.

Die Karte zeigt, dass die Erreichbarkeiten insbesondere in Nordrhein-Westfalen, aber zum Beispiel auch in Hessen und Bayern für die Einwohner außerhalb der Zentren recht gut sind. Hingegen kann die Bevölkerung in den ländlichen Räumen Mecklenburg-Vorpommerns, Niedersachsens, Schleswig-Holsteins und Brandenburgs nur mit einem höheren Fahrtaufwand das nächste Mittel- oder Oberzentrum erreichen. Dies betrifft ebenso den nördlichen Teil von Sachsen-Anhalt. Insofern müssen die Einwohner insbesondere in vielen ostdeutschen Regionen hohe Fahrtzeiten zum nächsten höherrangigen Zentralen Ort auf sich nehmen. Dies sind meist auch Regionen mit sehr geringer Bevölkerungsdichte.

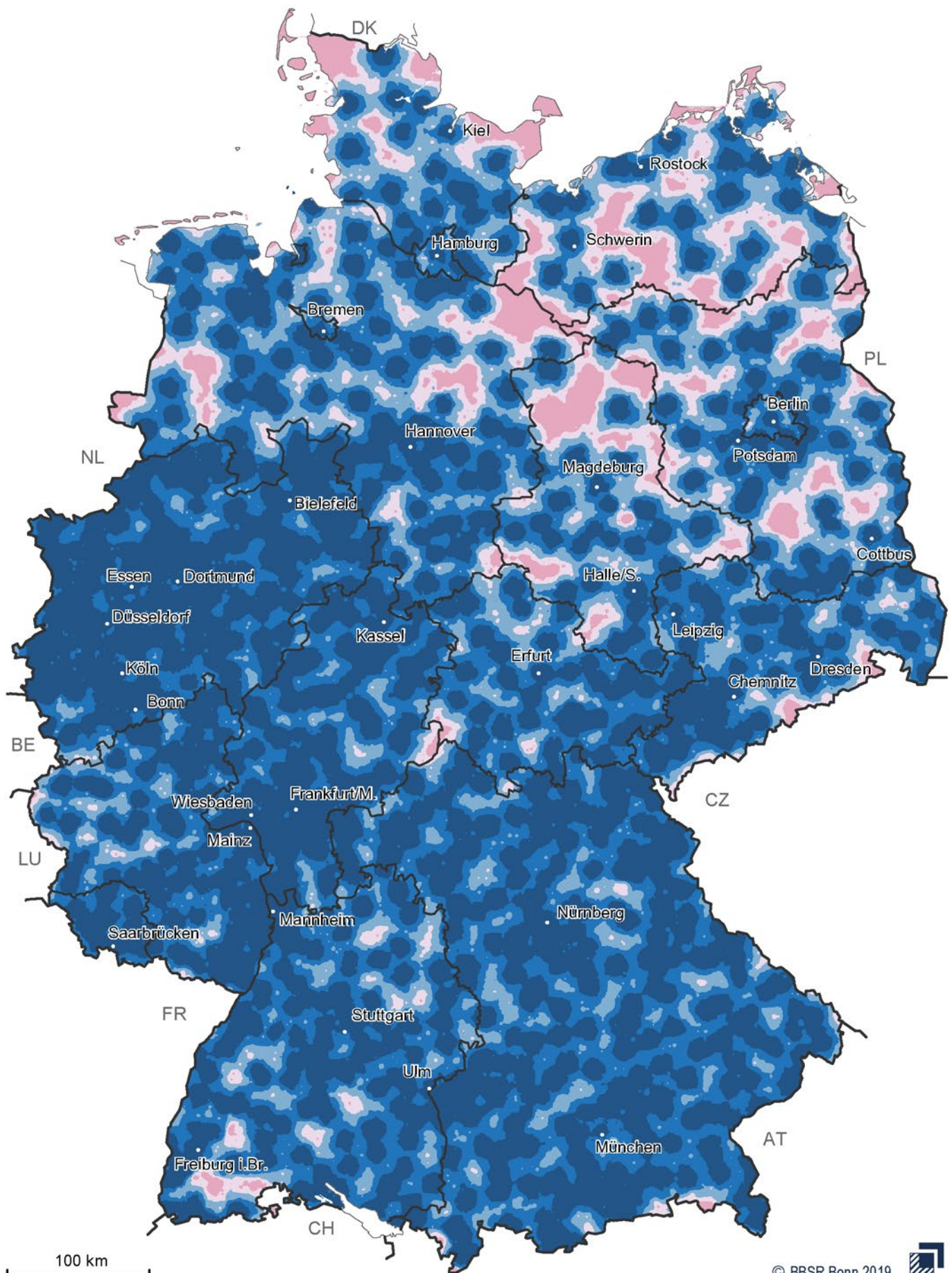
Gerade die Mittelzentren sind nicht nur wichtige Anker für die Versorgung und die Entwicklung der ländlichen Räume, sondern sie sind gleichzeitig immer auch Knotenpunkte des öffentlichen Nahverkehrs.

Pkw-Fahrzeit zum nächsten Ober- oder Mittelzentrum 2018 in Minuten

	bis unter 10
	10 bis unter 15
	15 bis unter 20
	20 bis unter 25
	25 und mehr

Datenbasis: Erreichbarkeitsmodell des BBSR,
Laufende Raumbewertung des BBSR
Geometrische Grundlage: Kreise (generalisiert),
31.12.2016 © GeoBasis-DE/BKG
Bearbeitung: T. Pütz

Erreichbarkeit Zentraler Orte



Erreichbarkeit von Lebensmittelläden

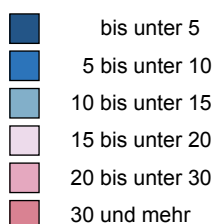
Lebensmittelläden (Supermärkte und sogenannte „Discounter“) vor Ort und ihre Erreichbarkeit sind von zentraler Bedeutung für die Versorgung der Bevölkerung und die Qualität eines Wohnstandorts.

Der nächste Lebensmittelladen kann in Deutschland mit dem Pkw im Schnitt innerhalb von 7 Minuten erreicht werden. 88 Prozent der Bevölkerung erreichen ihn innerhalb von 5 Minuten Fahrzeit mit dem Auto, 11 Prozent zwischen 5 und 10 Minuten. Insbesondere in kleinen Orten ist es spürbar, wenn dort der letzte Laden, Bäcker oder Metzger schließt, der Ort auch nicht von einem Bäckerbus angefahren wird und die Busverbindung zum nächsten Laden schlecht ist.

In wenigen ländlichen Regionen sind längere Pkw-Fahrzeiten von bis zu 20 Minuten notwendig; insbesondere in den ländlichen Mittelgebirgsregionen von Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg, im Norden von Bayern und regional gehäuft im Nordosten Deutschlands. Vor allem in dünn besiedelten Regionen Brandenburgs und Mecklenburg-Vorpommerns können die Fahrzeiten im Einzelfall auch über 20 Minuten betragen.

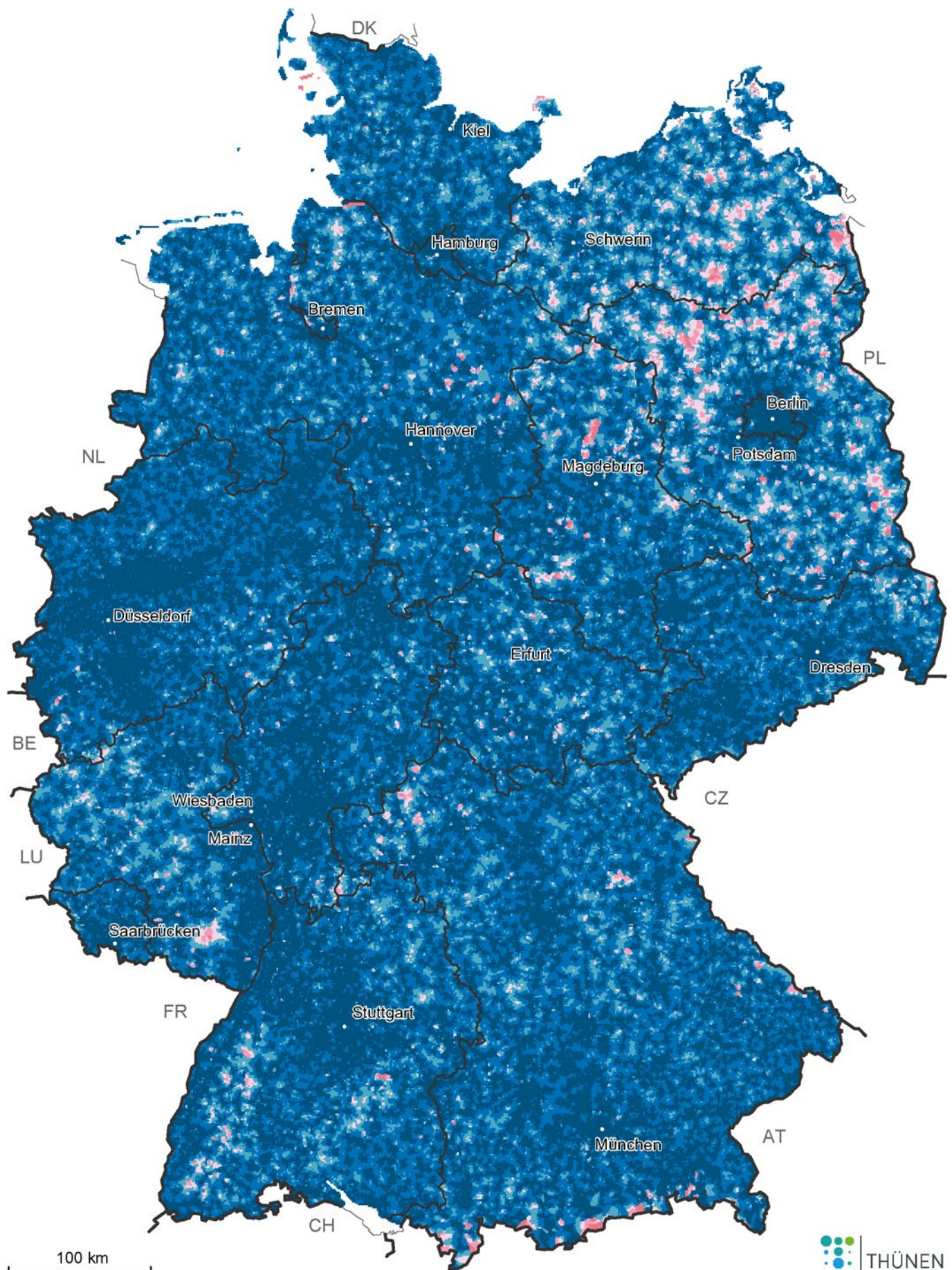
Die mittlere Erreichbarkeit gibt an, in welcher Zeit die Hälfte der Bevölkerung einen Lebensmittelladen erreichen kann. Die Ermittlung der Erreichbarkeit erfolgte in einem 250 x 250 Meter-Raster.

Pkw-Fahrzeit zum nächsten Supermarkt oder Discounter im Jahr 2013 in Minuten



Datenbasis: Thünen-Erreichbarkeitsmodell 2019
(Neumeier, S.; Osigus, T.)
[Auflösung 1km x 1km;
Median der Zellen des 250m x 250m –Analyserasters];
© Openstreetmap Mitwirkende
Infrastrukturstandorte: Supermärkte/Discounter,
wer-zu-wem.de (2013)
Geometrische Grundlage: VG250 Kreise, 31.12.2017
© GeoBasis-DE/BKG, Generalisierung © BBSR
Bearbeitung: Stefan Neumeier, Torsten Osigus

Erreichbarkeit von Lebensmittelläden



Unsere Gesundheitsversorgung

Erreichbarkeit von Hausärzten

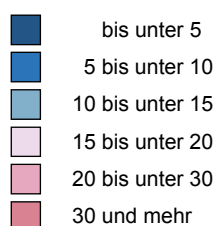
Hausärztinnen und Hausärzte sind erste Anlaufstelle und ein unverzichtbarer Grundpfeiler für die Gesundheitsversorgung der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland. Eine gute ärztliche Versorgung im direkten Umfeld ist ein wichtiger Standortfaktor für eine Region.

Im Mittel kann in Deutschland eine Hausarztpraxis mit dem Auto in 6 Minuten erreicht werden. 87 Prozent der Bevölkerung kann den nächsten Hausarzt mit dem Pkw in maximal 5 Minuten Fahrzeit erreichen, 11 Prozent benötigen zwischen 5 und 10 Minuten. Ohne eine solche ärztliche Nahversorgung ist für viele Menschen eine gute Busverbindung wichtig.

In einigen ländlichen Regionen sind längere Fahrzeiten von bis zu 30 Minuten nötig, regional gehäuft kommt das in dünn besiedelten Regionen in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und dem nördlichen Sachsen-Anhalt vor.

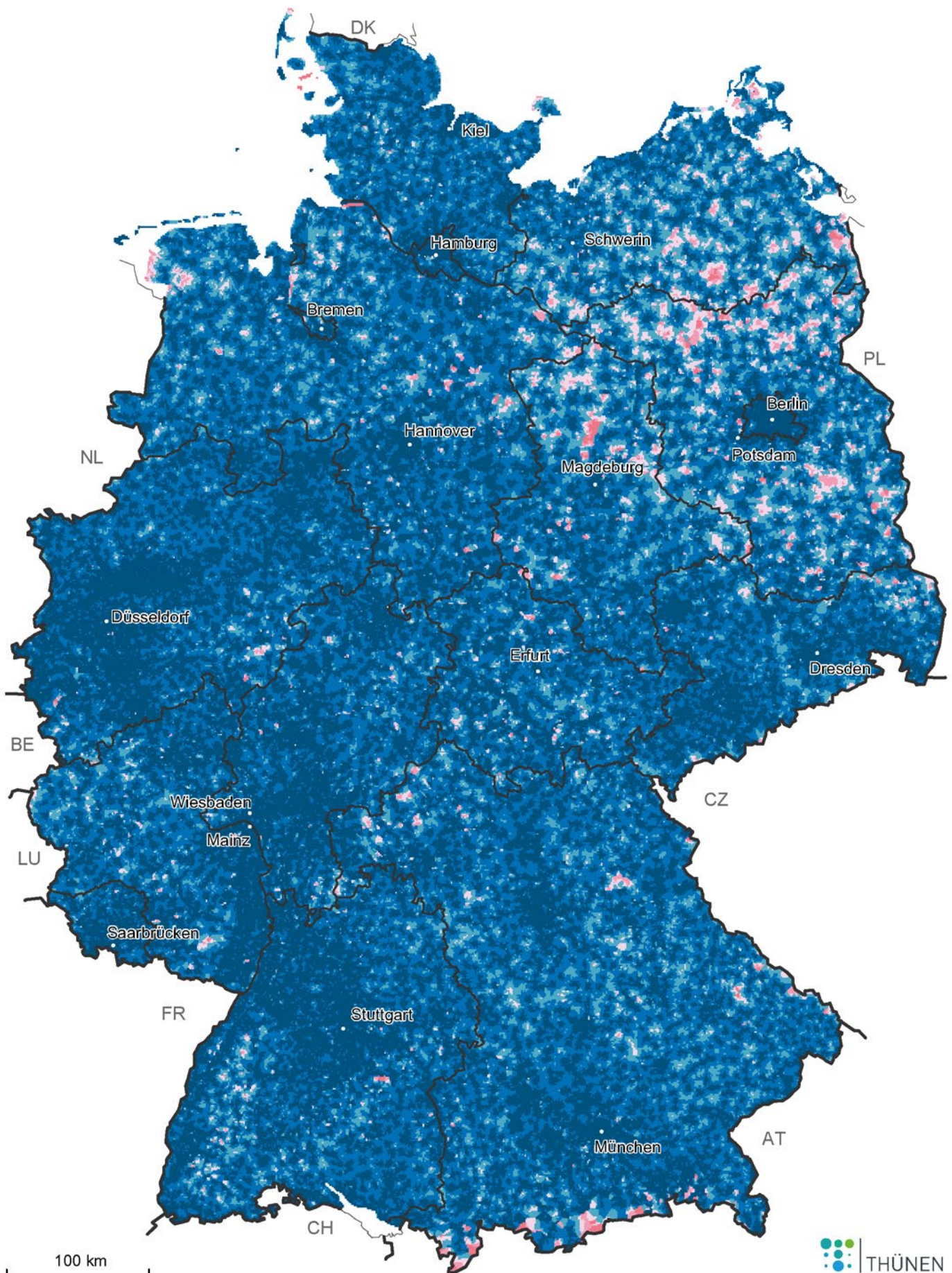
Die mittlere Erreichbarkeit gibt an, in welcher Zeit die Hälfte der Bevölkerung eine Hausarztpraxis erreichen kann. Die Ermittlung der Erreichbarkeit erfolgte in einem 250 x 250 Meter-Raster. Für die Analyse wurden alle ärztlichen Fachrichtungen zusammengefasst, die prinzipiell die Funktion eines Hausarztes beziehungsweise einer Hausärztin übernehmen können.

Pkw-Fahrzeit zum nächsten Hausarzt im Jahr 2016 in Minuten



Datenbasis: Thünen-Erreichbarkeitsmodell 2019
(Neumeier, S.; Osigus, T.)
[Auflösung 1km x 1km;
Median der Zellen des 250m x 250m –Analyserasters];
© Openstreetmap Mitwirkende
Infrastrukturstandorte: Hausärzte, wer-zu-wem.de (2016)
Geometrische Grundlage: VG250 Kreise, 31.12.2017
© GeoBasis-DE/BKG, Generalisierung © BBSR
Bearbeitung: Stefan Neumeier, Torsten Osigus

Erreichbarkeit von Hausärzten



Versorgungsgrad bei Hausärzten

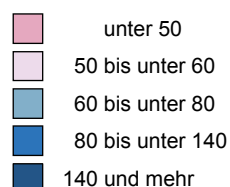
Eine gute ärztliche Versorgung im direkten Umfeld ist ein wichtiger Standortfaktor für eine Region. Hausärztinnen und Hausärzte sind die erste Anlaufstelle für Vorsorge und bei gesundheitlichen Problemen und nehmen daher eine Schlüsselrolle ein.

Im Jahr 2018 waren nach Angaben der Bundesärztekammer 392.402 Ärztinnen und Ärzte in Deutschland berufstätig, 43.697 davon im Bereich Allgemeinmedizin. Die Versorgung ist in Deutschland also sehr gut. Dennoch ist die Versorgung mit Hausärztinnen beziehungsweise Hausärzten pro Einwohner regional unterschiedlich:

Im Schnitt ist die Anzahl Hausärzte je Einwohner in den Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen sowie den kreisfreien Städten am höchsten (mit 77 bis 103 Hausärzten je 100.000 Einwohner). Ländliche Kreise mit relativ vielen Hausarztpraxen pro Einwohner sind zum Beispiel Lüchow-Dannenberg, Uelzen und Lüneburg, der Landkreis Göttingen und der Landkreis Ravensburg. Die höchste Dichte von 103 bis 141 Hausärzten pro 100.000 Einwohner haben der Landkreis Starnberg und der Bodenseekreis.

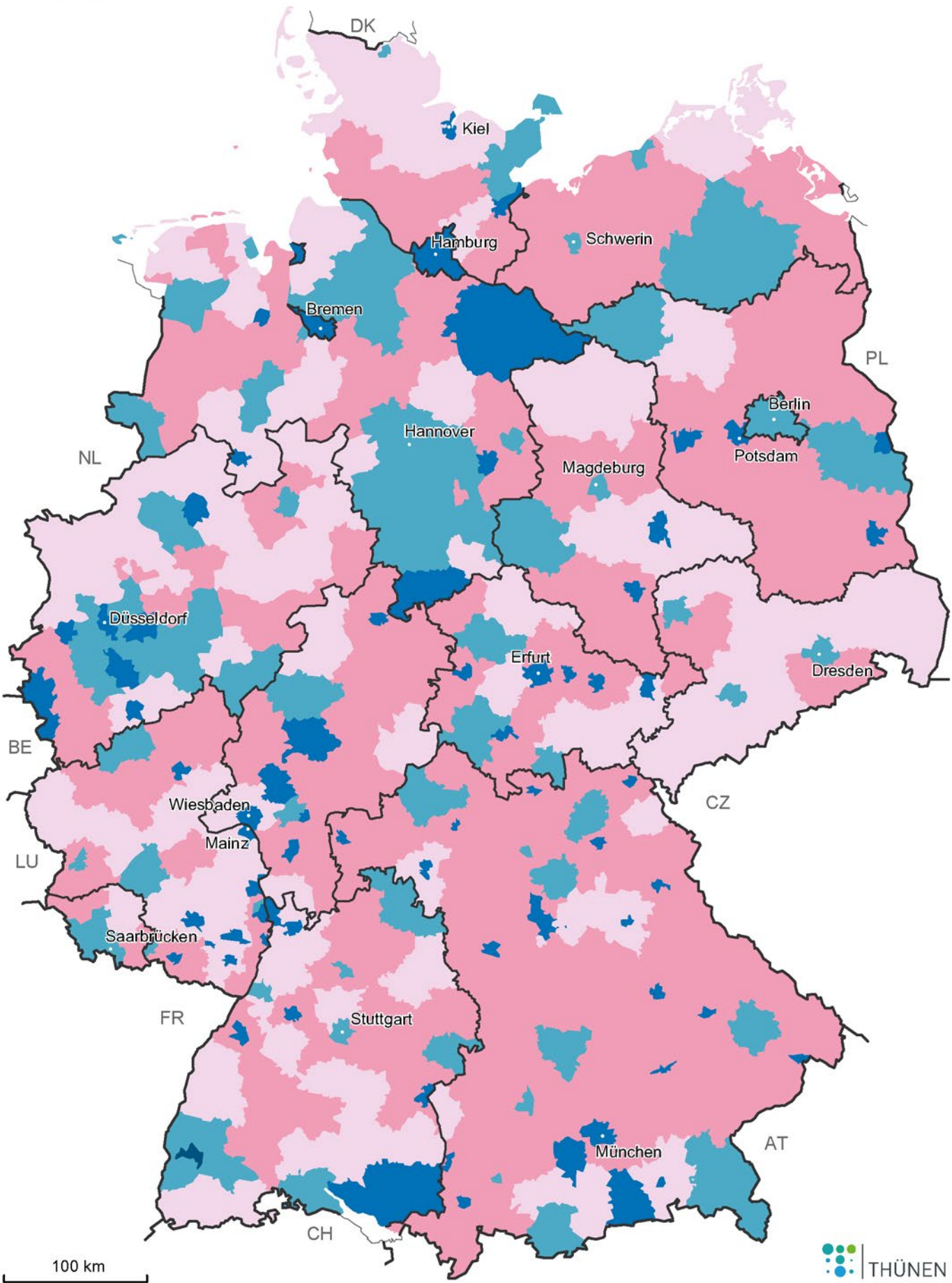
In einigen dünn besiedelten ländlichen Kreisen in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Bayern und Niedersachsen gibt es hingegen nur 17 bis 44 Hausärzte je 100.000 Einwohner.

Hausärzte im Jahr 2015 je 100.000 Einwohner



Datenbasis: Wer-zu-Wem-Verlag, INKAR 2018
Geometrische Grundlage: Kreise (generalisiert),
31.12.2015 © GeoBasis-DE/BKG
Räumliche Auflösung: Kreisfreie Städte und Landkreise
Bearbeitung: T. Osigus

Versorgungsgrad bei Hausärzten



Erreichbarkeit von Krankenhäusern der Grundversorgung

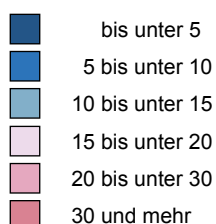
Entscheidend für die Gesundheitsversorgung der Bürgerinnen und Bürger sind neben den Hausärztinnen und Hausärzten die Krankenhäuser der Grundversorgung. Dabei handelt es sich um Krankenhäuser mit bis zu 250 Planbetten, die mindestens über eine Hauptfach- oder Belegabteilung für Innere Medizin sowie eine weitere Fachabteilung, jedoch oft nicht über weitere Fachrichtungen verfügen. So bietet nicht jedes Krankenhaus der Grundversorgung beispielsweise eine Geburtshilfestation an.

Im Mittel lässt sich in Deutschland das nächste Krankenhaus der Grundversorgung in 16 Minuten mit dem Pkw erreichen. Für etwa 78 Prozent der Bevölkerung sind es maximal 15 Minuten, für weitere 14 Prozent maximal 20 Minuten mit dem Pkw, die verbleibenden 3 Prozent benötigen mehr als 20 Minuten, um das nächste Krankenhaus der Grundversorgung zu erreichen.

Insgesamt zeigt die regionalisierte Betrachtung ein relativ ausgewogenes Muster. Auffällig ist das vergleichsweise enge Standortnetz in Nordrhein-Westfalen. Die beste Pkw-Erreichbarkeit ist in Berlin mit im Mittel 7 Minuten gegeben. Die größten Lücken zeigen sich in ländlichen Randgebieten insbesondere der Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und Bayern.

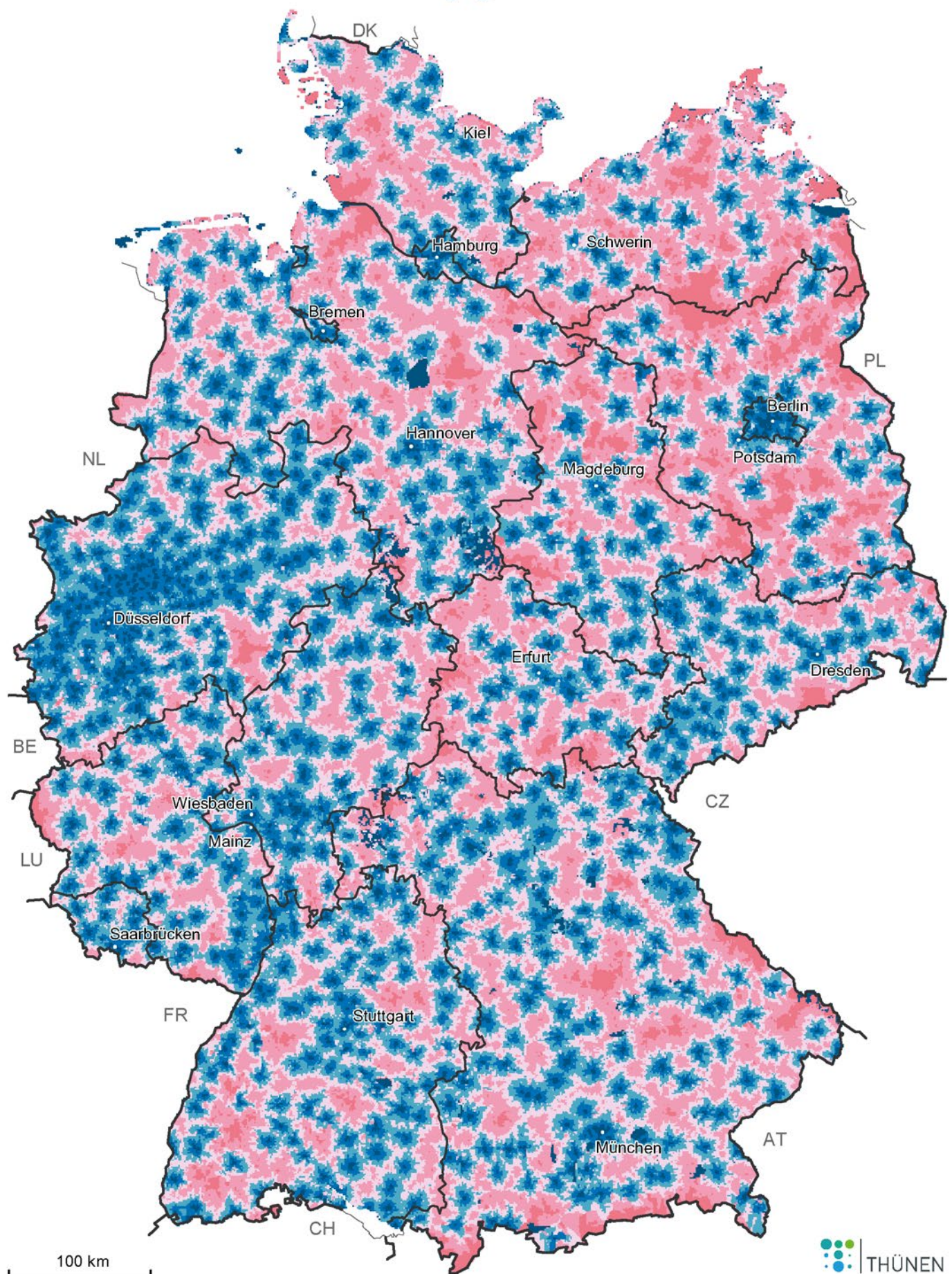
Die mittlere Erreichbarkeit gibt an, in welcher Zeit die Hälfte der Bevölkerung ein Krankenhaus der Grundversorgung erreichen kann. Die Ermittlung der Erreichbarkeit erfolgte in einem 250 x 250 Meter-Raster.

Pkw-Fahrzeit zum nächsten Krankenhaus mit Grundversorgung im Jahr 2016 in Minuten



Datenbasis: Thünen-Erreichbarkeitsmodell 2019
(Neumeier, S.; Osigus, T.)
[Auflösung 1km x 1km;
Median der Zellen des 250m x 250m –Analyserasters];
© Openstreetmap Mitwirkende
Krankenhausstandorte: Wissenschaftliches Institut der AOK,
Einstufung der Krankenhäuser in die Versorgungsstufen,
Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2016)
Geometrische Grundlage: VG250 Kreise, 31.12.2017
© GeoBasis-DE/BKG, Generalisierung © BBSR
Bearbeitung: T. Osigus

Erreichbarkeit von Krankenhäusern der Grundversorgung



Erreichbarkeit von Krankenhäusern mit Schwerpunkt und/oder Maximalversorgung

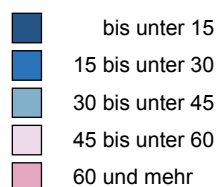
Ein Grundpfeiler für die individuelle Gesundheitsversorgung der Menschen sind auch Krankenhäuser der Schwerpunkt- und Maximalversorgung. Schwerpunktkrankenhäuser sind Krankenhäuser mit 501 bis 800 Planbetten, die über Hauptfachabteilungen für Innere Medizin und Chirurgie sowie über mindestens sechs weitere Hauptfachabteilungen verfügen. Krankenhäuser der Maximalversorgung sind Krankenhäuser mit mehr als 800 Planbetten, die über Hauptfachabteilungen für Innere Medizin und Chirurgie sowie über mindestens zehn weitere Hauptfachabteilungen verfügen und denen besondere Aufgaben der Hochleistungsmedizin zugewiesen sind.

Die Karte zeigt die mittlere Pkw-Fahrzeit zum nächsten Krankenhaus der Schwerpunkt- und/oder Maximalversorgung.

Insgesamt zeigt die regionalisierte Betrachtung eine deutliche Konzentration auf die größeren Städte. Menschen, die in den ländlichen Räumen leben, müssen mit 30 Minuten Pkw-Fahrzeit und mehr rechnen, um das nächste Krankenhaus der Schwerpunkt- und/oder Maximalversorgung zu erreichen. Größere zusammenhängende Regionen mit Fahrzeiten über 60 Minuten finden sich in Niederbayern, der Grenzregion zwischen Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern sowie den Regionen Fläming-Elbe-Elster in Brandenburg und Altmühltal in Bayern.

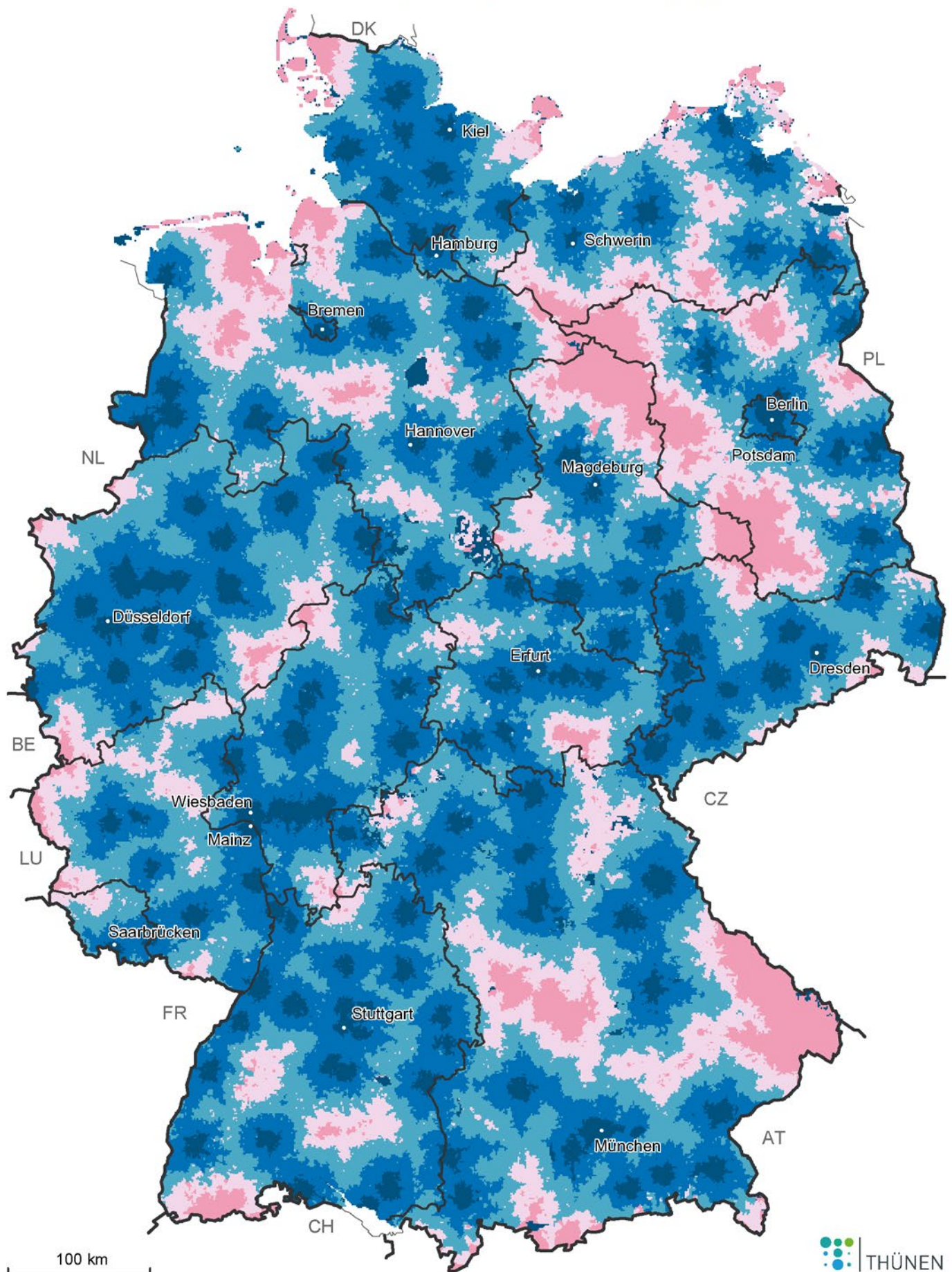
In Deutschland lässt sich das nächste Krankenhaus der Schwerpunkt- und/oder Maximalversorgung im Mittel in 33 Minuten mit dem Pkw erreichen. Am besten ist die mittlere Pkw-Erreichbarkeit in Berlin mit etwa 16 Minuten, am geringsten in Brandenburg mit etwa 43 Minuten. Etwa 32 Prozent der Bevölkerung können mit dem Pkw das nächste Krankenhaus der Schwerpunkt- und/oder Maximalversorgung in maximal 15 Minuten erreichen, weitere 14 Prozent in maximal 20 Minuten. 54 Prozent der Bevölkerung benötigen mit dem Pkw jedoch mehr als 20 Minuten.

Pkw-Fahrzeit zum nächsten Krankenhaus mit Schwerpunkt und/oder Maximalversorgung im Jahr 2016 in Minuten



Datenbasis: Thünen-Erreichbarkeitsmodell 2019
(Neumeier, S.; Osigus, T.)
[Auflösung 1km x 1km;
Median der Zellen des 250m x 250m –Analyserasters];
© Openstreetmap Mitwirkende
Krankenhausstandorte: Wissenschaftliches Institut der AOK,
Einstufung der Krankenhäuser in die Versorgungsstufen,
Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2016)
Geometrische Grundlage: VG250 Kreise, 31.12.2017
© GeoBasis-DE/BKG, Generalisierung © BBSR
Bearbeitung: Stefan Neumeier, Torsten Osigus

Erreichbarkeit von Krankenhäusern mit Schwerpunkt und/oder Maximalversorgung



Erreichbarkeit von Apotheken

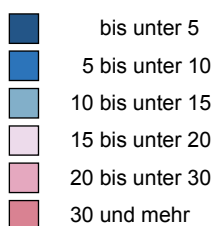
Öffentliche Apotheken (beispielsweise Apotheken in Krankenhäusern sind nicht öffentlich) sind eine unverzichtbare Grundlage für die individuelle Gesundheitsversorgung. Sie ermöglichen nicht nur den Bezug von verschreibungspflichtigen Arzneimitteln, sondern erfüllen auch vielfältige Prüf-, Beratungs- und Betreuungsfunktionen.

Im Mittel kann die nächste Apotheke in Deutschland mit dem Pkw in 7 Minuten erreicht werden. 84 Prozent der Bevölkerung kann die nächste Apotheke mit dem Pkw in maximal 5 Minuten Fahrzeit erreichen, 13 Prozent der Bevölkerung benötigt zwischen 5 und 10 Minuten.

In wenigen ländlichen Regionen sind Fahrzeiten von über 15 Minuten notwendig, regional gehäuft ist das in dünn besiedelten Regionen in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und dem nördlichen Sachsen-Anhalt sowie entlang der Südgrenze Bayerns der Fall.

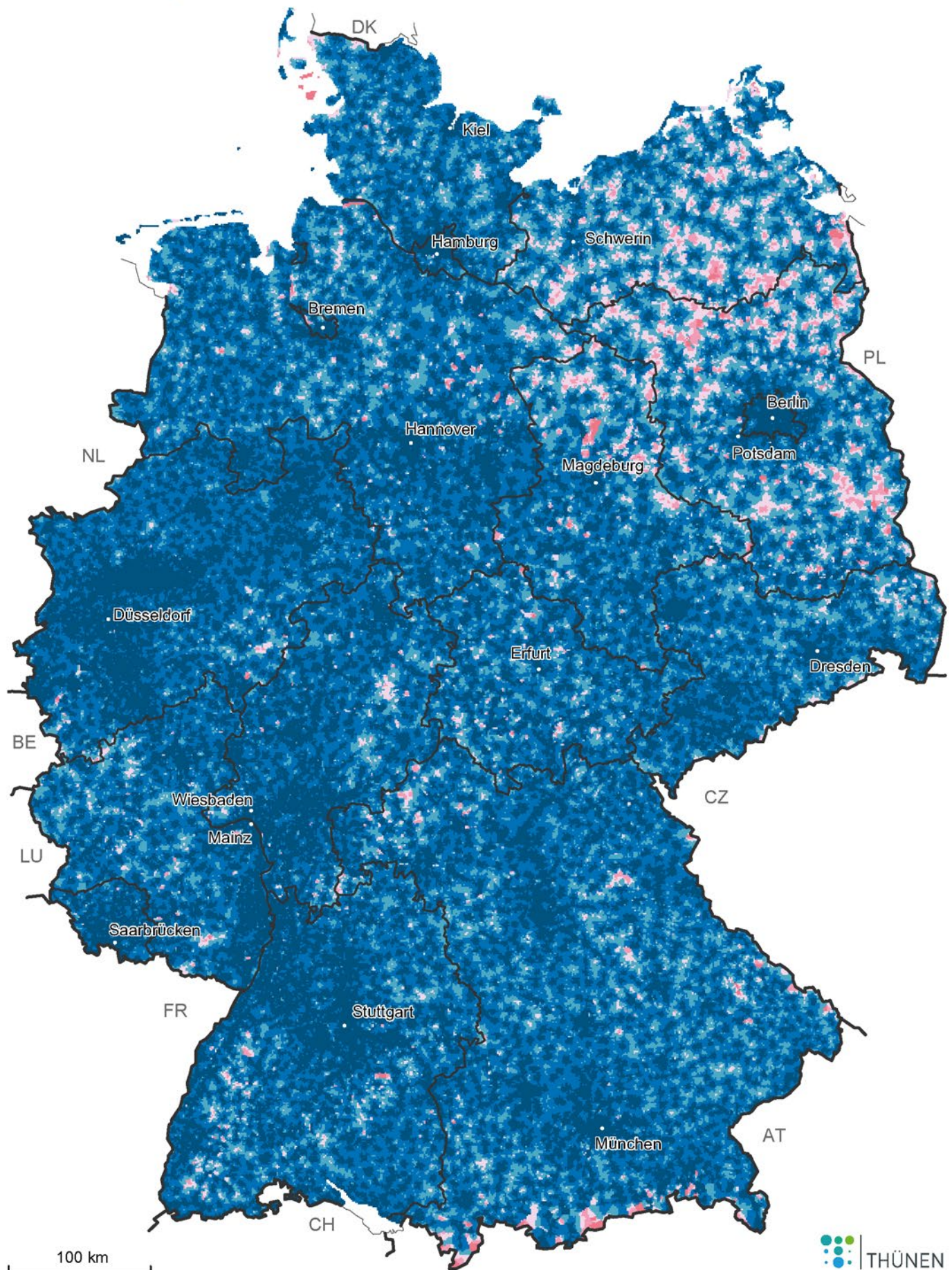
Die mittlere Erreichbarkeit gibt an, in welcher Zeit die Hälfte der Bevölkerung eine Apotheke erreichen kann. Die Ermittlung der Erreichbarkeit erfolgte in einem 250 x 250 Meter-Raster.

Pkw-Fahrzeit zur nächsten öffentlichen Apotheke im Jahr 2013 in Minuten



Datenbasis: Thünen-Erreichbarkeitsmodell 2019
(Neumeier, S.; Osigus, T.)
[Auflösung 1km x 1km;
Median der Zellen des 250m x 250m –Analyserasters];
© Openstreetmap Mitwirkende
Infrastrukturstandorte: Öffentliche Apotheken,
adressendiscount.de (2013)
Geometrische Grundlage: VG250 Kreise, 31.12.2017
© GeoBasis-DE/BKG, Generalisierung © BBSR
Bearbeitung: Stefan Neumeier, Torsten Osigus

Erreichbarkeit von Apotheken



Luftrettung bei Tag

Für die Luftrettung werden Rettungs- und Intensivtransporthubschrauber in Deutschland sowie in angrenzenden Ländern einbezogen. Für Einsätze vor Sonnenaufgang und nach Sonnenuntergang ist eine besondere Ausstattung erforderlich, die eine sichere Landung am Einsatzort bei schlechter Sicht und unbekanntem Terrain gewährleistet.

In Deutschland ist am Tag eine flächendeckende Erreichbarkeit durch Rettungshubschrauber gegeben. In allen Ländern können in städtischen Regionen über 97 Prozent der Bevölkerung innerhalb von 10 Minuten Flugzeit erreicht werden.

In ländlichen Regionen können über 80 Prozent der Bevölkerung in 10 Minuten Flugzeit erreicht werden, mit Ausnahme von Niedersachsen (68 Prozent), Mecklenburg-Vorpommern (67 Prozent) und Sachsen-Anhalt (77 Prozent).

Innerhalb von maximal 15 Minuten Flugzeit kann in allen Ländern 97 bis 100 Prozent der Bevölkerung erreicht werden.

Erreichbarkeit durch Luftrettung während des Tages im Jahr 2016 in Minuten

■	bis 5
■	über 5 bis 10
■	über 10 bis 15
■	über 15 bis 20

Anmerkung:

Dargestellt ist die Erreichbarkeit durch die Luftrettung. Zusätzlich zu den deutschen Luftrettungsstandorten wurden auch Luftrettungsstandorte in den angrenzenden Ländern aufgenommen von denen grenzübergreifend Einsätze geflogen werden. Dies betrifft Standorte in den Niederlanden, Dänemark, Belgien, Luxemburg, Frankreich, Schweiz und Italien. Zwischen Polen und Deutschland sowie Tschechien und Deutschland gab es zum Zeitpunkt keine grenzübergreifende Zusammenarbeit in der Luftrettung.

Datenbasis: Thünen-Erreichbarkeitsmodell 2019

(Neumeier, S.; Osigus, T.)

Infrastrukturstandorte: www.rth.info (Januar 2017): Standorte Rettungshubschrauber in Deutschland, den Niederlanden, Dänemark, Belgien, Luxemburg, Frankreich, Schweiz, Italien.

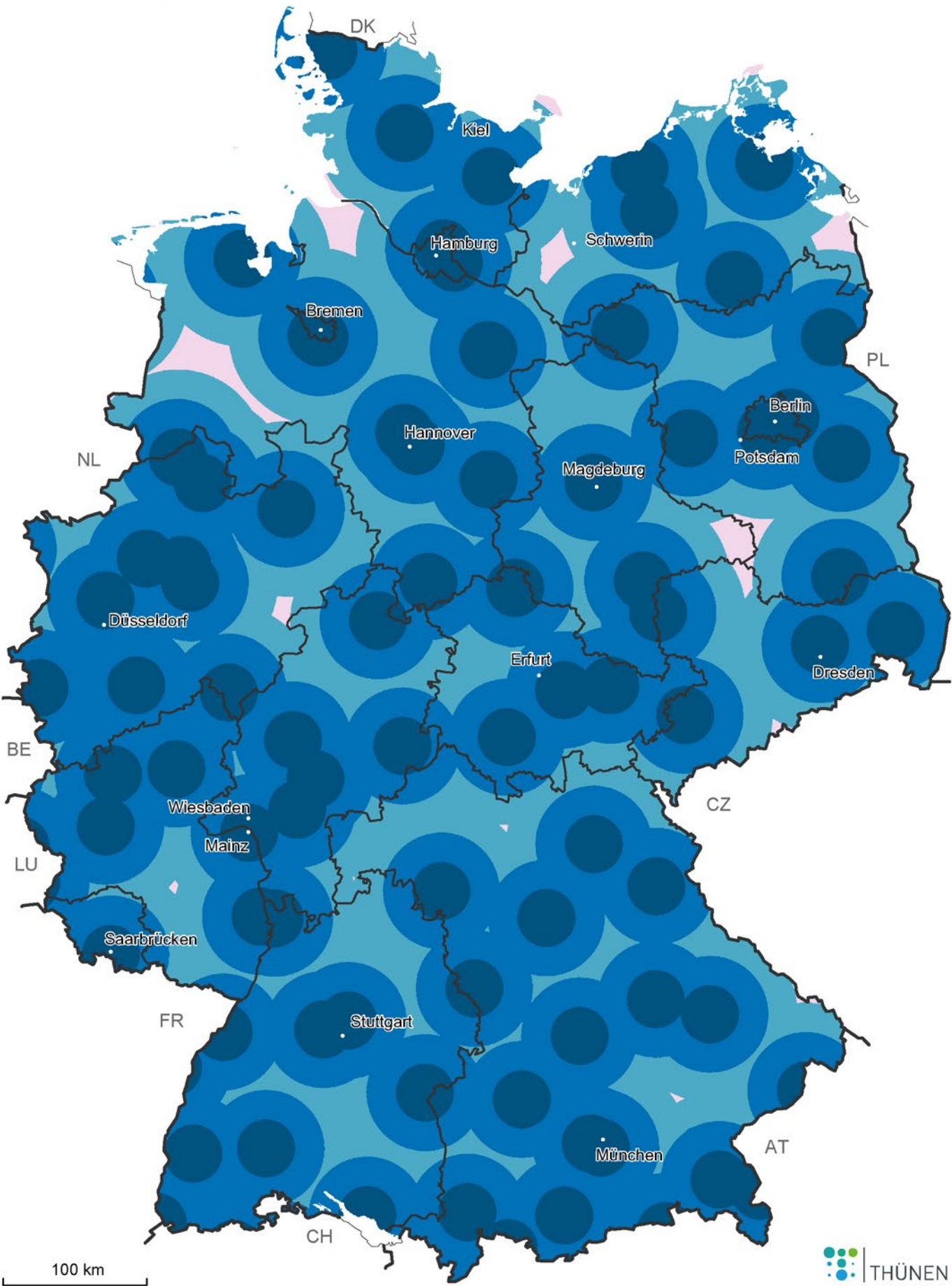
Österreichischer Automobil- Motorrad- und Touringclub (Januar 2017): Standorte Rettungshubschrauber in Österreich.

Geometrische Grundlage: VG250 Kreise, 31.12.2017

© GeoBasis-DE/BKG, Generalisierung © BBSR

Bearbeitung: Stefan Neumeier, Torsten Osigus

Luftrettung bei Tag



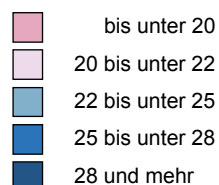
Ambulante Pflege

Ambulante Pflegedienste erleichtern es Bürgerinnen und Bürgern, bei Pflegebedürftigkeit weiter in ihrer Wohnung leben zu können. Einbezogen werden alle Pflegebedürftigen, die Pflegesachleistungen von einem nach SGB XI zugelassenen ambulanten Pflegedienst erhalten. In der Regel erfolgt dies in Kombination mit einer Pflege durch Angehörige.

Nach der amtlichen Pflegestatistik gab es 2017 in Deutschland 14.100 ambulante Pflegedienste. Von den 3,4 Millionen Pflegebedürftigen in Deutschland wurden 2017 insgesamt 830.000 Pflegebedürftige durch ambulante Pflegedienste unterstützt. Ob ambulante Pflege in Anspruch genommen wird oder nicht, hängt unter anderem von den individuellen Präferenzen, der räumlichen Nähe der Angehörigen, der Verfügbarkeit freier ambulanter Pflegeplätze und vom Pflegegrad ab.

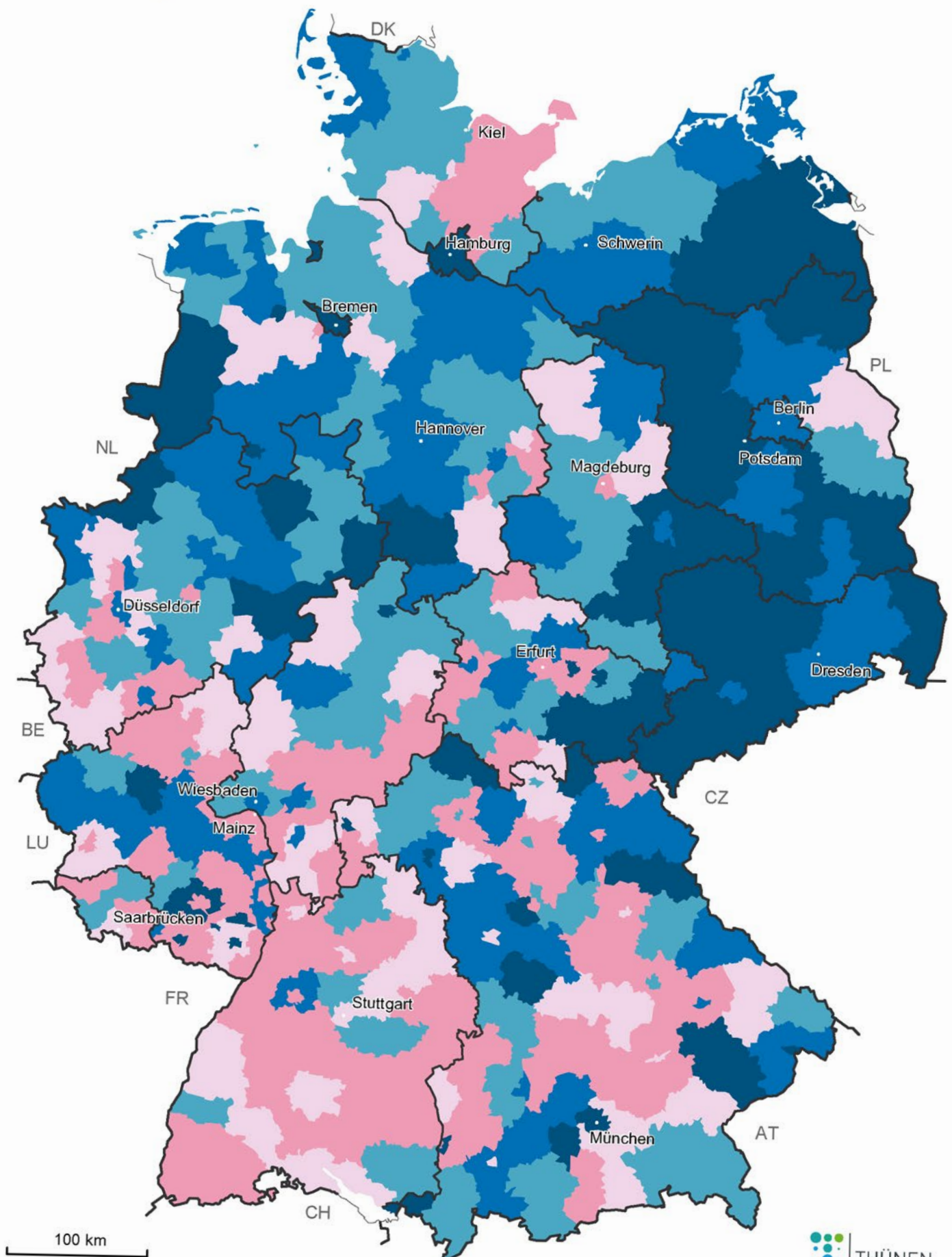
Einen besonders hohen Anteil ambulanter Pflege gibt es demnach in Sachsen, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern, aber auch in Teilen von Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Westfalen. In Baden-Württemberg, Hessen und im Saarland sind diese Anteile hingegen vergleichsweise gering.

Anteil der Pflegebedürftigen in ambulanter Pflege 2015 an den Pflegebedürftigen insgesamt in %



Datenbasis: Pflegestatistik des Bundes und der Länder, INKAR 2018
Geometrische Grundlage: Kreise (generalisiert),
31.12.2015 © GeoBasis-DE/BKG
Räumliche Auflösung: Kreisfreie Städte und Landkreise
Bearbeitung: T. Osigus

Ambulante Pflege



Stationäre Pflege

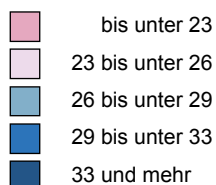
Eine stationäre Pflege wird erforderlich, wenn die Betreuung durch Angehörige oder Pflegedienste in den eigenen vier Wänden nicht oder nicht mehr möglich ist. In stationären Pflegeheimen werden die pflegebedürftigen Menschen ganztägig (vollstationär) oder nur tagsüber oder nur nachts (teilstationär) untergebracht und durch professionelle Pflegekräfte gepflegt und versorgt.

Nach der amtlichen Pflegestatistik gab es 2017 in Deutschland circa 14.500 stationäre Pflegeheime mit 950.000 verfügbaren Pflegeplätzen. Von den 3,4 Millionen Pflegebedürftigen in Deutschland wurden 2017 insgesamt 818.000 Pflegebedürftige in Pflegeheimen versorgt.

Der Anteil der Pflegebedürftigen in stationärer Pflege variiert innerhalb Deutschlands. Einen besonders hohen Anteil an Pflegebedürftigen in stationärer Pflege gibt es demnach in Schleswig-Holstein, im östlichen Niedersachsen, in Bayern sowie im Norden Sachsen-Anhalts. In Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Hessen sind diese Anteile hingegen vergleichsweise gering. Der Anteil der Pflegebedürftigen in stationärer Pflege ist zudem in den kreisfreien Städten tendenziell höher als in den sie umgebenden Kreisen.

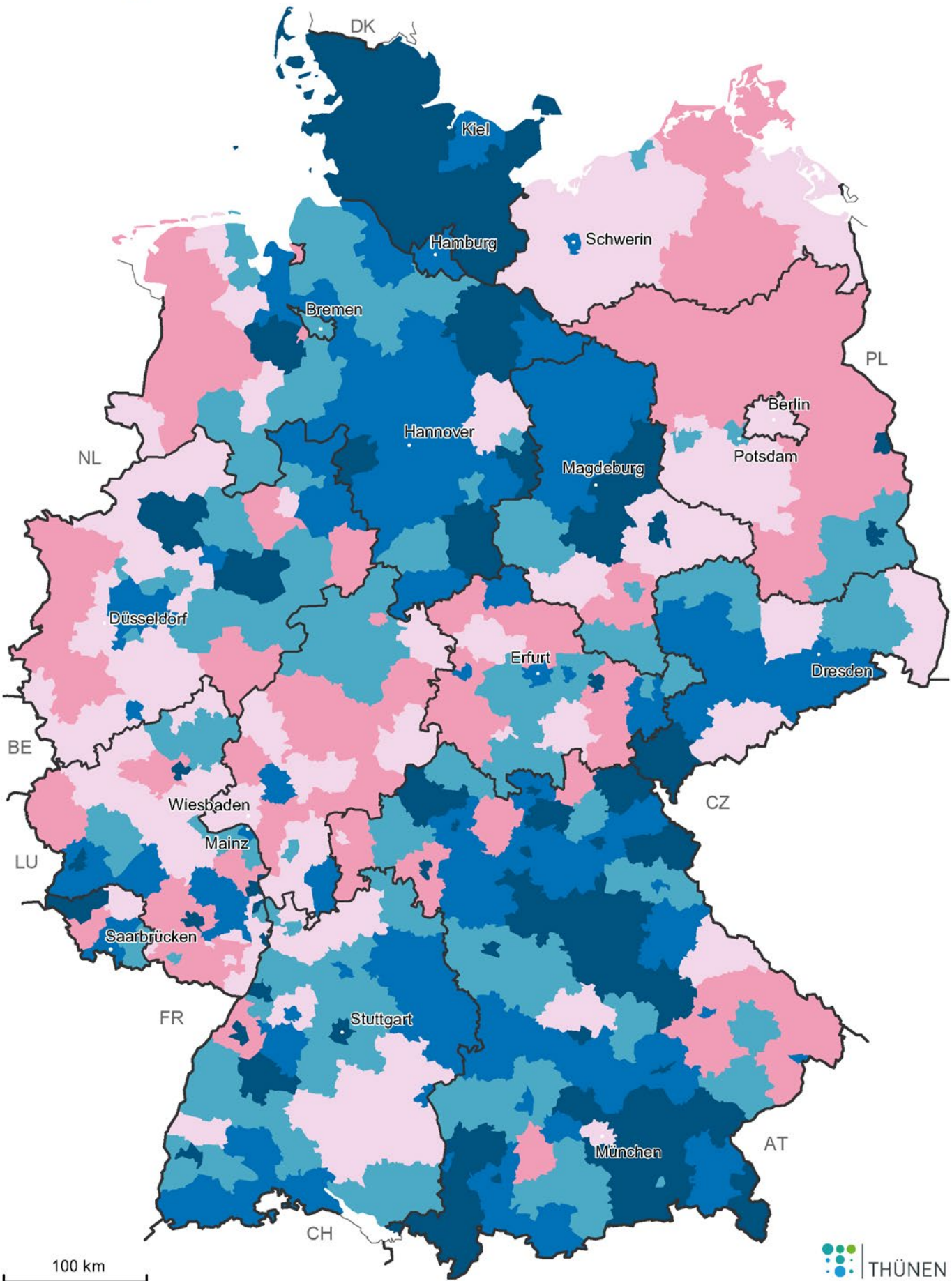
Ein Vergleich der Verteilung von ambulanter Pflege und stationärer Pflege zeigt, dass es Regionen in Deutschland gibt, in denen tendenziell eher ambulante als stationäre Pflege wahrgenommen wird und umgekehrt.

Anteil der Pflegebedürftigen in stationärer Pflege 2015 an den Pflegebedürftigen insgesamt in %



Datenbasis: Pflegestatistik des Bundes und der Länder, INKAR 2018
Geometrische Grundlage: Kreise (generalisiert), 31.12.2015 © GeoBasis-DE/BKG
Räumliche Auflösung: Kreisfreie Städte und Landkreise
Bearbeitung: T. Osigus

Stationäre Pflege



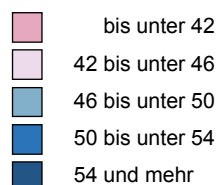
Anteil von Pflegegeldempfängern an den Pflegebedürftigen

Zum Jahresende 2017 haben rund 2,5 Millionen Personen Leistungen der sozialen Pflegeversicherung („Pflegegeld“) bezogen, 2016 waren es 1,9 Millionen Personen. Aufgrund des demografischen Wandels dürfte diese Zahl in den nächsten Jahren weiter steigen. Die meisten Pflegebedürftigen fallen in die Pflegestufen 2 und 3, von insgesamt 5.

Bei der Anzahl der Pflegebedürftigen je 100 Einwohner gibt es eine erkennbare Häufung in Nordhessen, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen sowie großen Teilen Niedersachsens. In den Großstädten mit ihrer im Schnitt jüngeren Bevölkerung gibt es dabei tendenziell weniger Pflegebedürftige je 100 Einwohner als in den ländlichen Kreisen. Besonders auffällig ist, dass in weiten Teilen Bayerns sowie in Schleswig-Holstein, in Westfalen und im südlichen Baden-Württemberg besonders wenige Pflegebedürftige je 100 Einwohner gemeldet wurden.

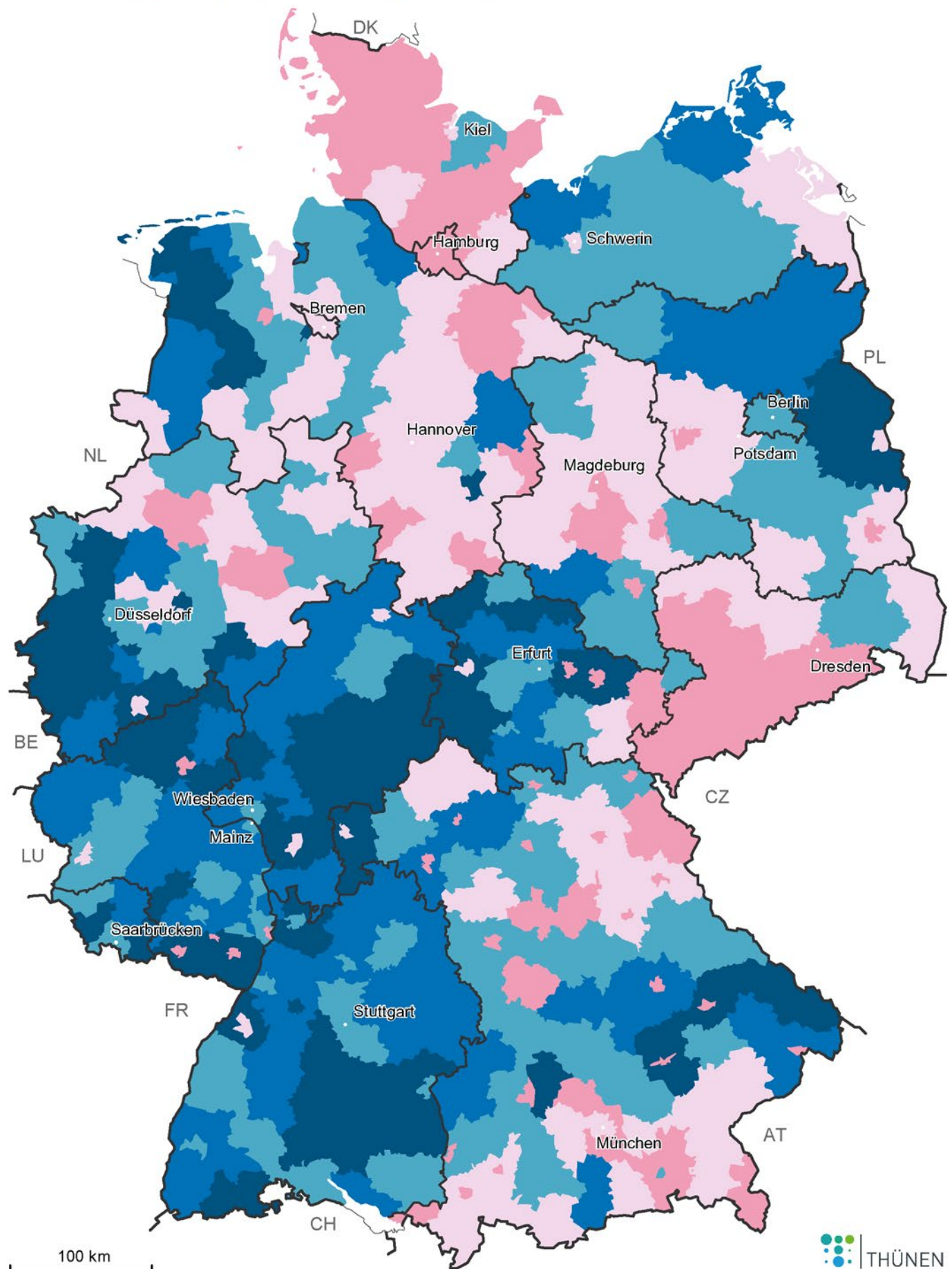
Von den Pflegebedürftigen nehmen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Saarland, Hessen und Thüringen besonders hohe Anteile das Pflegegeld in Anspruch. In den kreisfreien Großstädten ist der Anteil der Pflegegeldempfänger oft geringer als in den sie umgebenden Umlandkreisen.

Anteil der Empfänger von Pflegegeld 2015 an den Pflegebedürftigen insgesamt in %



Datenbasis: Pflegestatistik des Bundes und
der Länder, INKAR 2018
Geometrische Grundlage: Kreise (generalisiert),
31.12.2015 © GeoBasis-DE/BKG
Räumliche Auflösung: Kreisfreie Städte und Landkreise
Bearbeitung: T. Osigus

Anteil von Pflegegeldempfängern an den Pflegebedürftigen



Wie wir lernen

Erreichbarkeit von Grundschulen

Die Erreichbarkeit von Grundschulen ist für Familien ein wichtiger Faktor für die Wahl des Wohnstandorts. Zudem haben Grundschulstandorte eine wichtige Funktion für die Gemeinschaft in den Orten. Schulen bieten oft Raum für Sportvereine, Musikunterricht und weitere Freizeitangebote, die nach Schulschluss von Schülern und anderen Gruppen im Ort besucht werden können.

Mit dem Pkw sind Grundschulen für die meisten Menschen in maximal 20 Minuten zu erreichen. Mit dem Fahrrad können 92 Prozent die nächste Grundschule innerhalb von 15 Minuten erreichen, zu Fuß sind es noch circa 65 Prozent. Die Fahrtzeit zur Grundschule beträgt in Deutschland im Mittel mit dem Pkw 5 Minuten, mit dem Fahrrad 17 Minuten und zu Fuß wäre sie im Mittel in 47 Minuten zu erreichen.

Dabei gibt es klare Muster: in der Großstadt kann ein Kind in der Regel seine Grundschule mit dem Fahrrad erreichen. In den ländlichen Regionen außerhalb der Orte mit Schulstandorten ist die Fahrtzeit mit über 15 Minuten so groß, dass ein Schulbus erforderlich wird. Ungünstige Erreichbarkeiten der nächsten Grundschule finden sich gehäuft in dünn besiedelten Regionen von Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein, dem nordöstlichen Niedersachsen, der Altmark und in Mittelgebirgen.

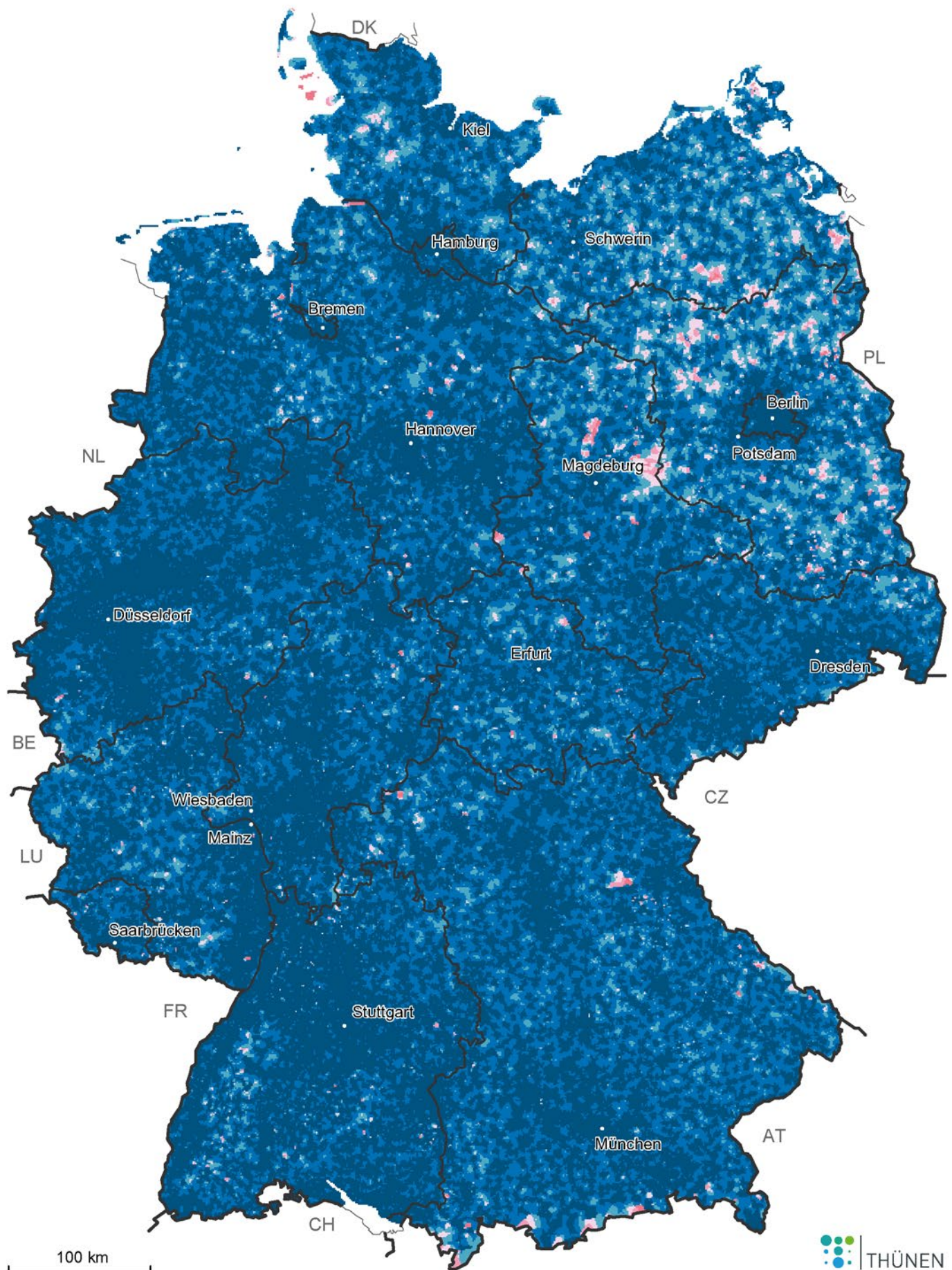
Die mittlere Erreichbarkeit gibt an, in welcher Zeit die Hälfte der Bevölkerung die nächstgelegene Grundschule (Standortdaten der Jahre 2015–2017) erreichen kann. Die Ermittlung der Erreichbarkeit erfolgte in einem 250 x 250 Meter-Raster.

Pkw-Fahrtzeit zur nächsten Grundschule in Minuten im Jahr 2015/2016/2017

	bis unter 5
	5 bis unter 10
	10 bis unter 15
	15 bis unter 20
	20 bis unter 30
	30 und mehr

Datenbasis: Thünen-Erreichbarkeitsmodell 2019 (Neumeier, S.; Osigus, T.)
[Auflösung 1km x 1km; Median der Zellen des 250m x 250m –Analyserasters];
© Openstreetmap Mitwirkende
Schulstandorte: Schulverzeichnisse der Statistischen Landesämter:
© Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2017;
© Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, 2017;
© Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, Berlin, 2017;
© Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Potsdam, 2017;
© Die Senatorin für Kinder und Bildung, Freie Hansestadt Bremen, 2017;
© IFBQ - Regionaler Bildungsatlas 2016;
Behörde für Schule und Berufsbildung (2017);
© Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, 2017;
© Landesmarketing Mecklenburg-Vorpommern, 2017;
© Landesamt für Statistik Niedersachsen, LSN 2017;
© Ministerium für Schule und Bildung (MSB) NRW, „dl-de/by-2-0“
(<http://www.govdata.de/dl-de/by-2-0>), https://open.nrw/dataset/msw_001;
© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Bad Ems, 2017;
© Landesamt für Zentrale Dienste, Saarland, 2017;
© Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Kamenz, 2017;
© Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, Halle (Saale), 2017;
© Statistikamt Nord, Hamburg, 2017;
© Thüringer Landesamt für Statistik, Erfurt, 2017.
Geometrische Grundlage: VG250 Kreise, 31.12.2017
© GeoBasis-DE/BKG, Generalisierung © BBSR
Bearbeitung: Stefan Neumeier, Torsten Osigus

Erreichbarkeit von Grundschulen



Erreichbarkeit von Schulen bis zur 10. Klasse (Sekundarstufe I)

Für Familien mit Kindern spielt die Erreichbarkeit von Schulen mit Sekundarstufe I (bis zur 10. Klasse, die einen Hauptschulabschluss und/oder mittleren Schulabschluss ermöglichen) eine wichtige Rolle für die Wahl des Wohnorts.

Hier ist der Weg mit dem Auto als Indikator gewählt. Schulen mit Sekundarstufe I in Deutschland können im Mittel mit dem Pkw in 7 Minuten erreicht werden. In den ländlichen Regionen wird deshalb häufig ein Schulbus erforderlich.

Geringe Fahrzeiten zur nächsten Schule mit Sekundarstufe I benötigt man in den Städten und ländlichen Siedlungskernen. Regionen mit vergleichsweise längeren Fahrzeiten treten regional gehäuft in dünn besiedelten Regionen in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, dem nördlichen Sachsen-Anhalt sowie im Westen von Rheinland-Pfalz auf.

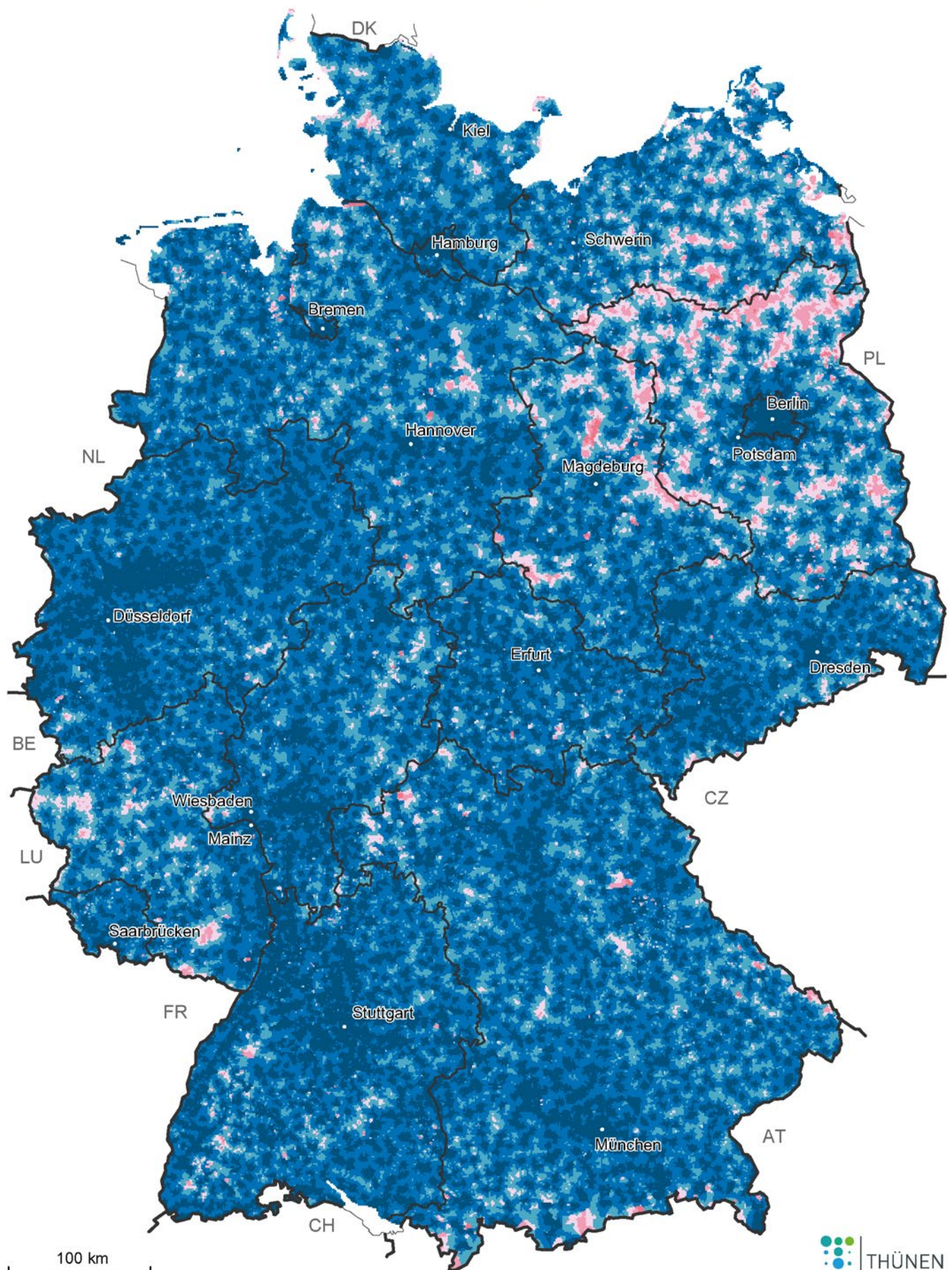
Die mittlere Erreichbarkeit gibt an, in welcher Zeit die Hälfte der Bevölkerung die nächstgelegene Sekundarschule (Standortdaten der Jahre 2015–2017) erreichen kann. Schulen der Sekundarstufe I haben in den Ländern sehr unterschiedliche Bezeichnungen, wie Haupt- und Realschule, Mittel- oder Oberschule, Regionale Schule und Gesamtschule. Die Ermittlung der Erreichbarkeit erfolgte in einem 250 x 250 Meter-Raster.

Pkw-Fahrzeit zur nächsten Schule der Sekundarstufe I im Jahr 2015/2016/2017 in Minuten

■	bis unter 5
■	5 bis unter 10
■	10 bis unter 15
■	15 bis unter 20
■	20 bis unter 30
■	30 und mehr

Datenbasis: Thünen-Erreichbarkeitsmodell 2019 (Neumeier, S.; Osigus, T.)
[Auflösung 1km x 1km; Median der Zellen des 250m x 250m –Analyserasters];
© Openstreetmap Mitwirkende
Schulstandorte: Schulverzeichnisse der Statistischen Landesämter:
© Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2017;
© Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, 2017;
© Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, Berlin, 2017;
© Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Potsdam, 2017;
© Die Senatorin für Kinder und Bildung, Freie Hansestadt Bremen, 2017;
© IfBQ - Regionaler Bildungsatlas 2016;
Behörde für Schule und Berufsbildung (2017);
© Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, 2017;
© Landesmarketing Mecklenburg-Vorpommern, 2017;
© Landesamt für Statistik Niedersachsen, LSN 2017;
© Ministerium für Schule und Bildung (MSB) NRW, „dl-de/by-2-0“
(<http://www.govdata.de/dl-de/by-2-0>), https://open.nrw/dataset/msw_001;
© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Bad Ems, 2017;
© Landesamt für Zentrale Dienste, Saarland, 2017;
© Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Kamenz, 2017;
© Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, Halle (Saale), 2017;
© Statistikamt Nord, Hamburg, 2017;
© Thüringer Landesamt für Statistik, Erfurt, 2017.
Geometrische Grundlage: VG250 Kreise, 31.12.2017
© GeoBasis-DE/BKG, Generalisierung © BBSR
Bearbeitung: Stefan Neumeier, Torsten Osigus

Erreichbarkeit von Schulen bis zur 10. Klasse (Sekundarstufe I)



Erreichbarkeit von Schulen mit Sekundarstufe II

Bei Schulen mit Sekundarstufe II handelt es sich um Schulen, die Abitur beziehungsweise einen für einen Hochschulzugang berechtigenden Abschluss ermöglichen (Gymnasien, Oberstufenzentren).

Die Karte zeigt die Erreichbarkeit mit dem Auto. Im Mittel können Schulen mit Sekundarstufe II in Deutschland mit dem Pkw in 10 Minuten erreicht werden. Mit dem Fahrrad benötigt man in Deutschland zur nächsten Schule mit Sekundarstufe II im Mittel 34 Minuten und zu Fuß 1 Stunde 48 Minuten. Das bedeutet, dass die meisten Schülerinnen und Schüler nicht zu Fuß gehen und viele nicht mit dem Rad zur Schule fahren, sondern auf eine gute Bus- oder Zugverbindung oder einen eigenen Pkw angewiesen sind.

Die regionale Betrachtung zeigt, dass die Erreichbarkeit der Gymnasien in den Stadtstaaten Hamburg, Berlin und Bremen, in den Großstädten sowie nahezu flächendeckend in Nordrhein-Westfalen, Hessen und Baden-Württemberg sehr gut ist.

Dazwischen gibt es Regionen, in denen längere Fahrzeiten in Kauf genommen werden müssen, insbesondere dünn besiedelte Regionen in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, dem nördlichen Sachsen-Anhalt sowie im Westen von Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz oder im Osten von Bayern.

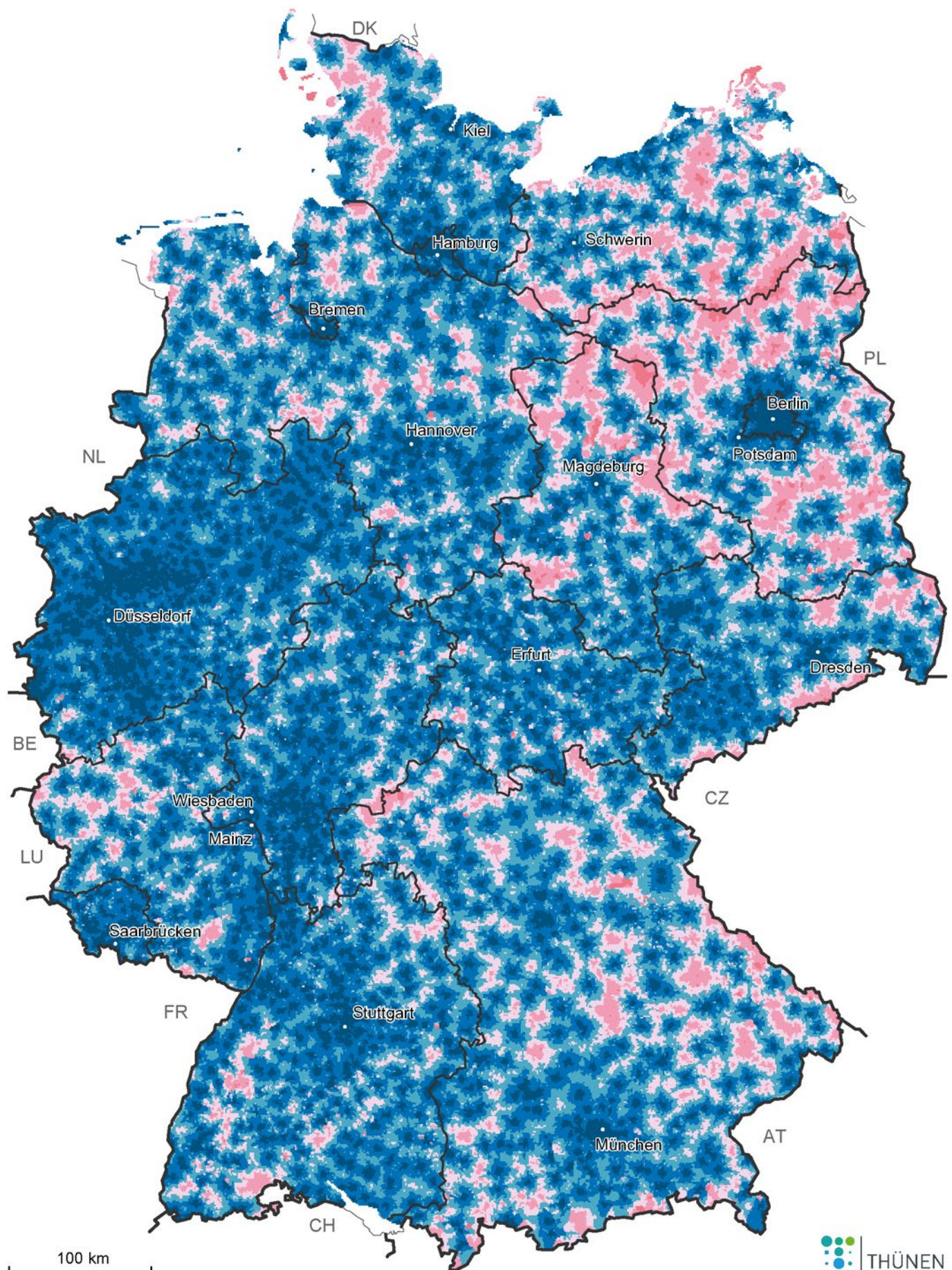
Die mittlere Erreichbarkeit gibt an, in welcher Zeit die Hälfte der Bevölkerung die nächstgelegene Schule mit Sekundarstufe II (Standortdaten der Jahre 2015–2017) erreichen kann. Die Ermittlung der Erreichbarkeit erfolgte in einem 250 x 250 Meter-Raster.

Pkw-Fahrzeit zur nächsten Schule der Sekundarstufe II im Jahr 2015/2016/2017 in Minuten

	bis unter 5
	5 bis unter 10
	10 bis unter 15
	15 bis unter 20
	20 bis unter 30
	30 und mehr

Datenbasis: Thünen-Erreichbarkeitsmodell 2019 (Neumeier, S.; Osigus, T.)
[Auflösung 1km x 1km; Median der Zellen des 250m x 250m –Analyserasters];
© Openstreetmap Mitwirkende
Schulstandorte: Schulverzeichnisse der Statistischen Landesämter:
© Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2017;
© Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, 2017;
© Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, Berlin, 2017;
© Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Potsdam, 2017;
© Die Senatorin für Kinder und Bildung, Freie Hansestadt Bremen, 2017;
© IFBQ - Regionaler Bildungsatlas 2016;
Behörde für Schule und Berufsbildung (2017);
© Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, 2017;
© Landesmarketing Mecklenburg-Vorpommern, 2017;
© Landesamt für Statistik Niedersachsen, LSN 2017;
© Ministerium für Schule und Bildung (MSB) NRW, „dl-de/by-2-0“
(<http://www.govdata.de/dl-de/by-2-0>), https://open.nrw/dataset/msw_001;
© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Bad Ems, 2017;
© Landesamt für Zentrale Dienste, Saarland, 2017;
© Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Kamenz, 2017;
© Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, Halle (Saale), 2017;
© Statistikamt Nord, Hamburg, 2017;
© Thüringer Landesamt für Statistik, Erfurt, 2017.
Geometrische Grundlage: VG250 Kreise, 31.12.2017
© GeoBasis-DE/BKG, Generalisierung © BBSR
Bearbeitung: Stefan Neumeier, Torsten Osigus

Erreichbarkeit von Schulen mit Sekundarstufe II



Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss

Jugendliche, die eine Schule nach Beendigung der Vollzeitschulpflicht - also nach neun Jahren - verlassen, ohne das Bildungsziel der Hauptschule zu erreichen, gelten als Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss.

2017 haben insgesamt 52.700 Jugendliche die Schule ohne Hauptschulabschluss verlassen, das sind 6,3 Prozent der Schülerinnen und Schüler.

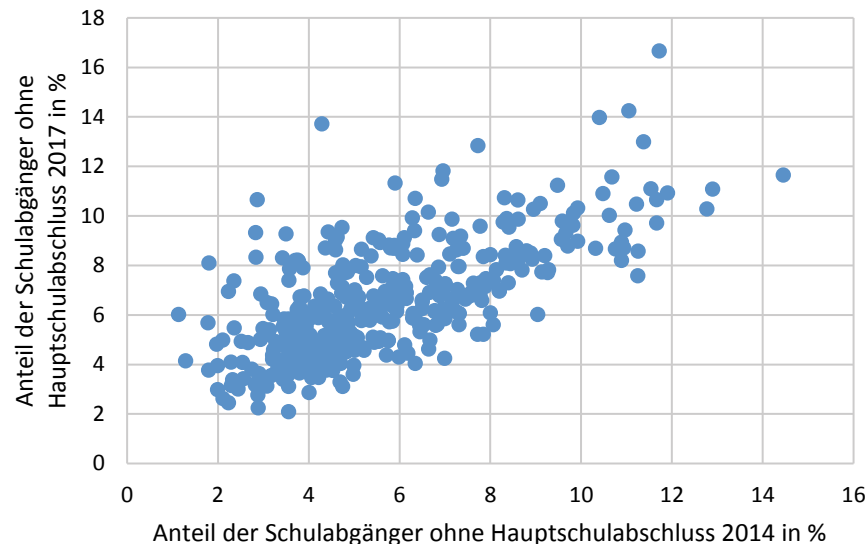
Regional betrachtet haben insbesondere der Nordwesten von Niedersachsen, der Osten Sachsens-Anhalts und der Norden Brandenburgs hohe Anteile von Schulabgängern ohne Hauptschulabschluss.

In einigen Landkreisen, etwa Neumarkt in der Oberpfalz, Ahrweiler und Erding, sowie den beiden Städten Mainz und Darmstadt liegt der Anteil der Schülerinnen und Schüler ohne Hauptschulabschluss unter 3 Prozent.

Hingegen ist er in einigen Regionen mit 13 bis fast 17 Prozent mehr als doppelt so hoch wie in ganz Deutschland. Dies betrifft die Städte Chemnitz, Ludwigshafen am Rhein und Eisenach sowie die Landkreise Sonneberg und Jerichower Land.

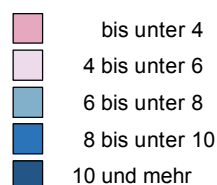
Die Grafik stellt die Anteile der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss für 2014 und 2017, das heißt für zwei Jahre ohne einen doppelten Abiturjahrgang in einem Bundesland, gegenüber. Deutlich wird, dass die Quote in einigen Regionen gesunken, aber auch mancherorts gestiegen ist. Trotzdem fällt ein generelles Muster für die meisten Landkreise und kreisfreien Städte auf: Dort, wo die Anteile bereits 2014 hoch waren, sind sie es immer noch im Jahr 2017.

Vergleich der Anteile von Schülern ohne Hauptschulabschluss 2014 und 2017



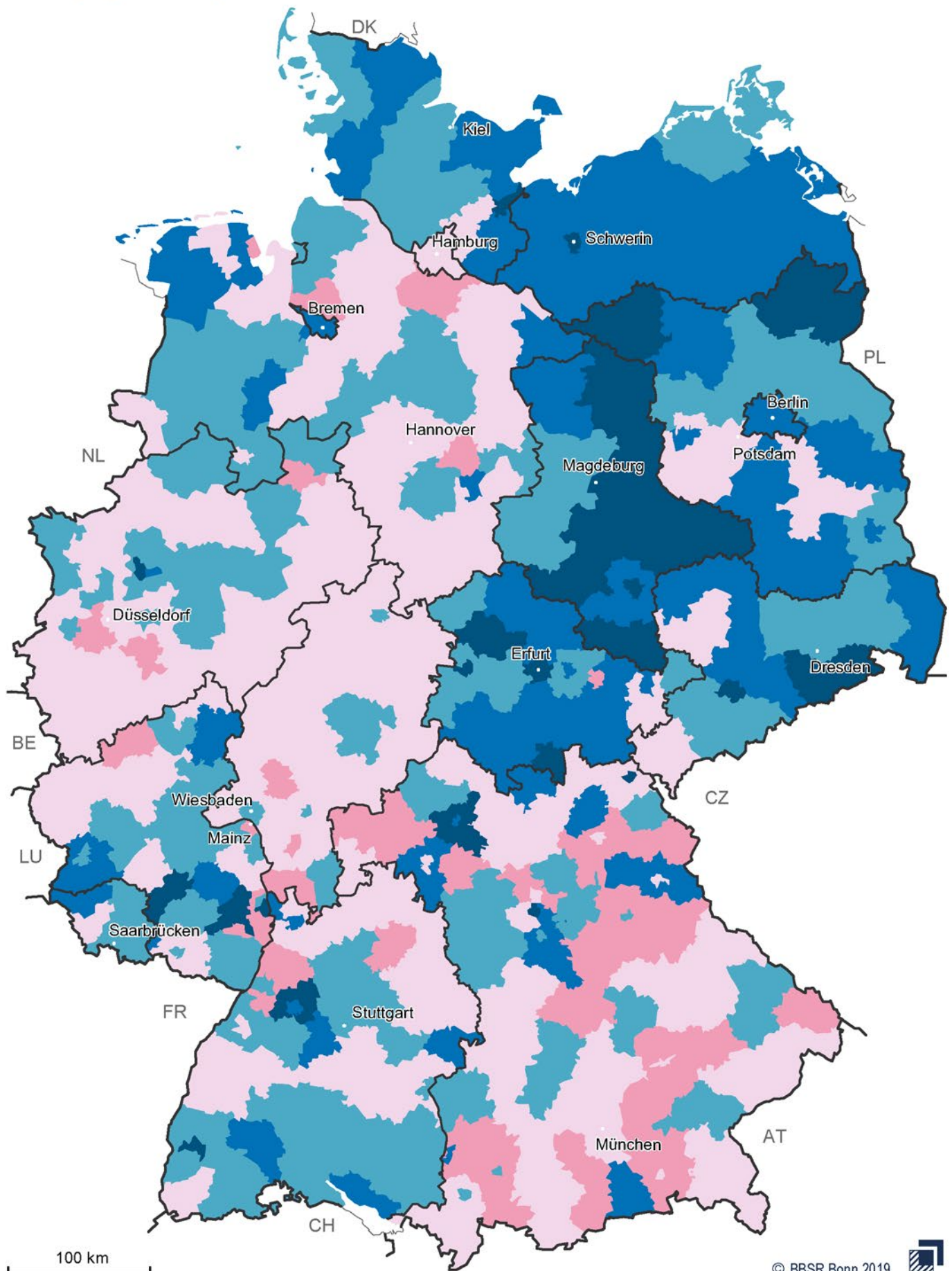
Quelle:
Regionaldatenbank Deutschland

Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss an allen Absolventen allgemeinbildender Schulen im Jahr 2017 in %



Datenbasis: Regionaldatenbank Deutschland,
eigene Berechnung
Geometrische Grundlage: Kreise (generalisiert),
31.12.2017 © GeoBasis-DE/BKG
Räumliche Auflösung: Kreisfreie Städte und Landkreise
Bearbeitung: L. Kiel

Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss



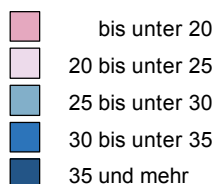
Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren

Angebote für eine gute Kinderbetreuung auch für Kinder unter drei Jahren sind für zunehmend viele Eltern wichtig, insbesondere dann, wenn Großeltern und andere „erweiterte Familienmitglieder“ weit entfernt wohnen, sie selbst arbeiten oder in der Ausbildung sind und möglicherweise auch täglich weite Wege zurücklegen müssen, also lange abwesend sind.

In Deutschland wurden 2017 rund 762.000 Kinder unter drei Jahren in privaten oder öffentlichen Einrichtungen betreut. Das sind rund 32,4 Prozent dieser Altersgruppe.

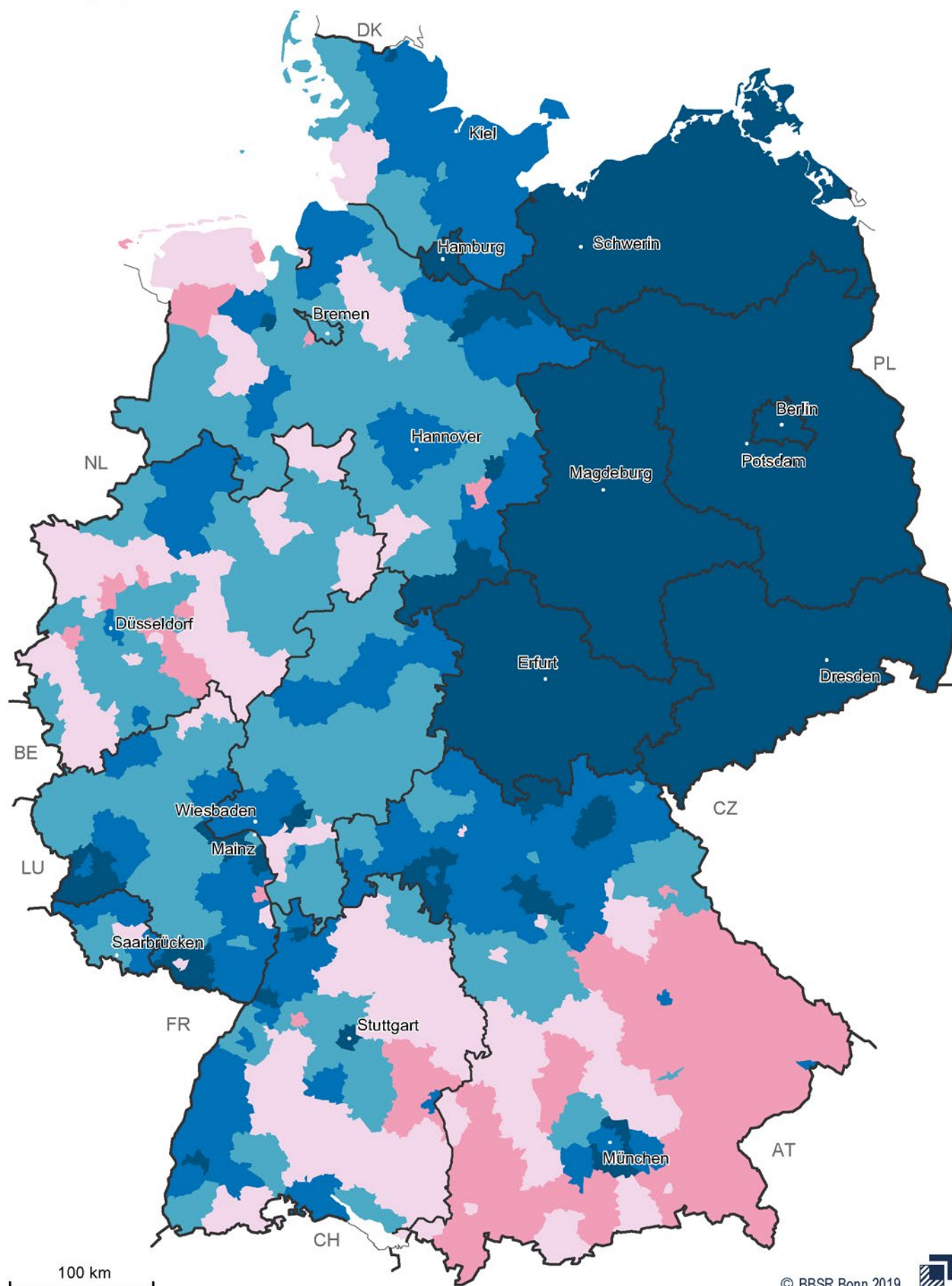
Regional betrachtet werden in den ostdeutschen Ländern 54,3 Prozent der Kinder dieser Altersgruppe in Kindertagesstätten betreut. In den westdeutschen Ländern ist die Quote mit 27 Prozent nur halb so groß. Im südlichen Teil Bayerns gehen weniger als 20 Prozent der Kinder unter drei Jahren in eine Kinderbetreuung.

Anteil der betreuten Kinder unter 3 Jahren in Kindertageseinrichtungen an der Altersgruppe im Jahr 2017 in %



Datenbasis: Regionaldatenbank Deutschland,
eigene Berechnung
Geometrische Grundlage: Kreise (generalisiert),
31.12.2017 © GeoBasis-DE/BKG
Räumliche Auflösung: Kreisfreie Städte und Landkreise
Bearbeitung: L. Kiel

Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren



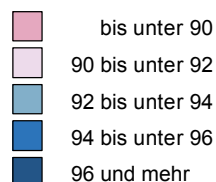
Angebote für die Betreuung von Kindern über drei Jahren

Angebote für gute Kinderbetreuung ist für viele Eltern ein wichtiger Faktor bei der Wahl des Wohnorts. Angebote erleichtern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und eine frühe Förderung von Kindern. Es gibt vielfältige Angebote in öffentlicher oder freier Trägerschaft, etwa von Kommunen, Wohlfahrtsverbänden, Kirchen und Elterninitiativen, aber auch seitens privat-gewerblicher Träger.

In Deutschland werden im Jahr 2017 über 2 Millionen Kinder über drei Jahre bis zum Eintritt in die Schule in einer solchen Kindertagesstätte betreut, das sind über 90 Prozent dieser Altersgruppe.

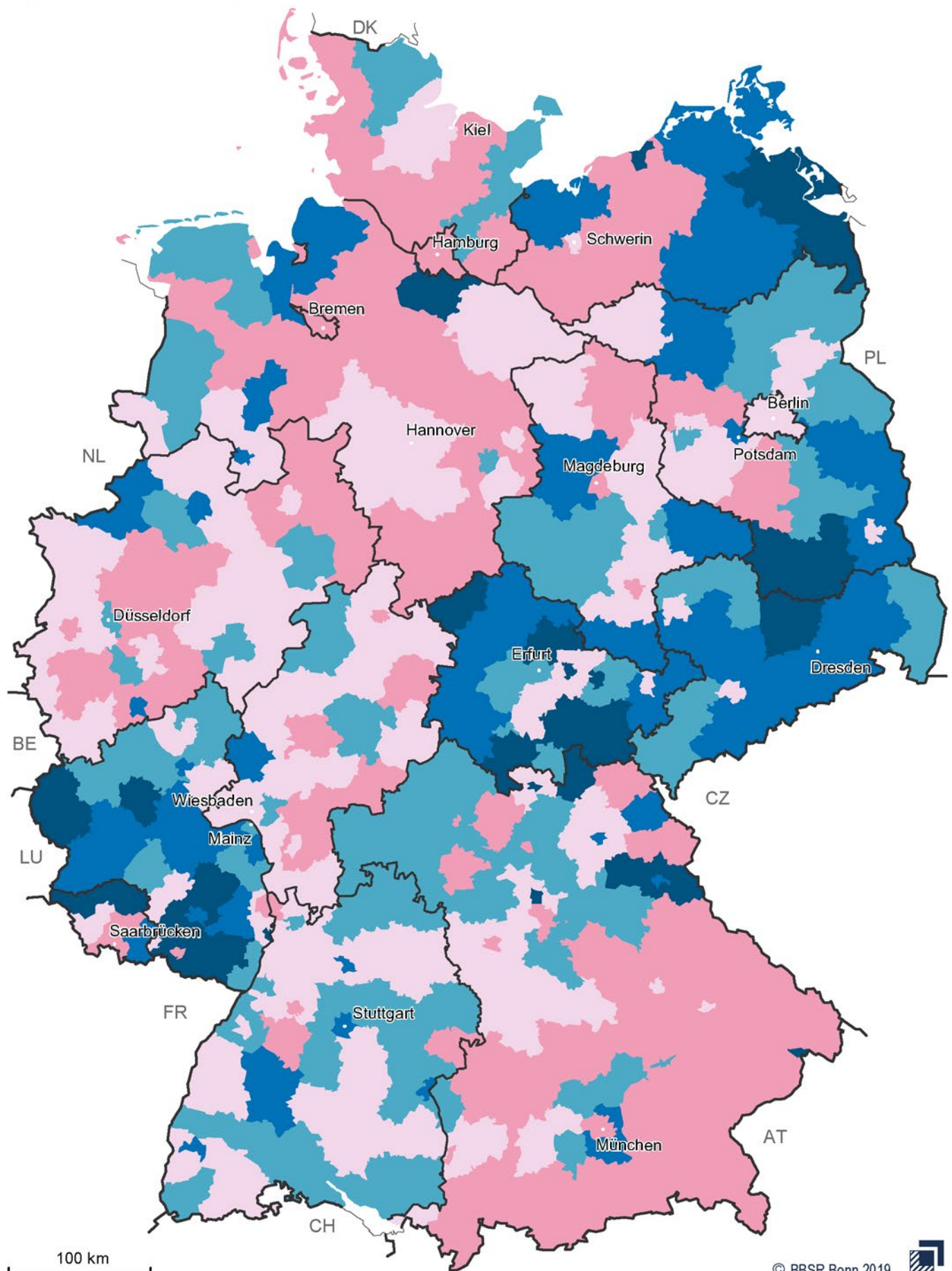
Die regionale Betrachtung zeigt ein heterogenes Bild; in den ländlichen Regionen liegt der Anteil niedriger als in den Städten, in den östlichen Kreisen von Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen ist der Anteil hoch, ebenso in den westlichen Kreisen von Rheinland-Pfalz und dem Saarland.

Anteil der betreuten Kinder zwischen 3 und 6 Jahren in Kindertageseinrichtungen an der Altersgruppe im Jahr 2017 in %



Datenbasis: Regionaldatenbank Deutschland,
eigene Berechnung
Geometrische Grundlage: Kreise (generalisiert),
31.12.2017 © GeoBasis-DE/BKG
Räumliche Auflösung: Kreisfreie Städte und Landkreise
Bearbeitung: L. Kiel

Angebote für die Betreuung von Kindern über drei Jahren



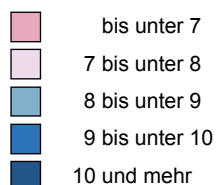
Pädagogisches Personal in Kindertageseinrichtungen

Von einer Betreuungsperson werden in Kindertageseinrichtungen im Mittel etwa 9 Kinder beaufsichtigt. In Westdeutschland sind es meist eher 8 Kinder und in Ostdeutschland etwa 11 Kinder.

In den Ländern Bremen, Berlin, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, dem Saarland sowie großen Teilen Baden-Württembergs und Thüringens werden pro Betreuungsperson 7 bis 8 Kinder betreut.

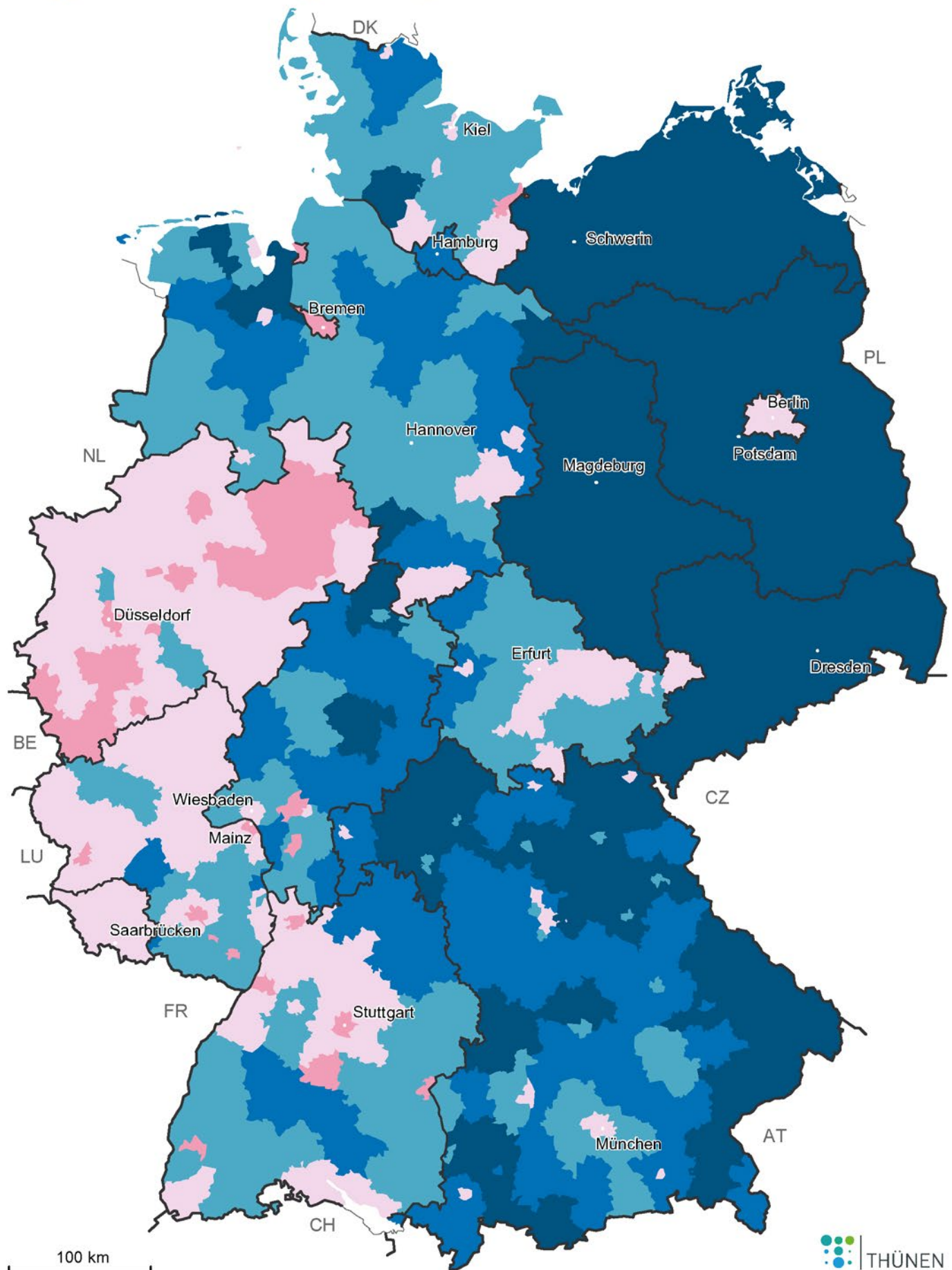
In Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Brandenburg werden dagegen über 10 Kinder von einer Betreuungsperson beaufsichtigt, in Bayern vielfach über 9 Kinder.

Plätze in Kindertageseinrichtungen je pädagogisch tätige Person 2016



Datenbasis: Statistik der Kinder und tätigen Personen
in Tageseinrichtungen, INKAR 2018
Geometrische Grundlage: Kreise (generalisiert),
31.12.2015 © GeoBasis-DE/BKG
Räumliche Auflösung: Kreisfreie Städte und Landkreise
Bearbeitung: T. Osigus

Pädagogisches Personal in Kindertageseinrichtungen



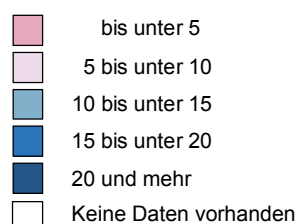
Kinder in Bedarfsgemeinschaften

Zu einer Bedarfsgemeinschaft zählen nach Definition der Bundesagentur für Arbeit „in der Regel die engsten Familienmitglieder in einem Haushalt. Für sie wird das Arbeitslosengeld II gemeinsam berechnet.“ Kinder zählen dazu, „wenn sie ihren Bedarf nicht durch ein eigenes Einkommen (zum Beispiel Kindergeld, Unterhalt, Kinderzuschlag) oder Vermögen decken können.“

In Deutschland lebten im Jahr 2017 über 1,6 Millionen Kinder unter 15 Jahren in Bedarfsgemeinschaften. Das entspricht einem Anteil von 14,6 Prozent an dieser Altersgruppe.

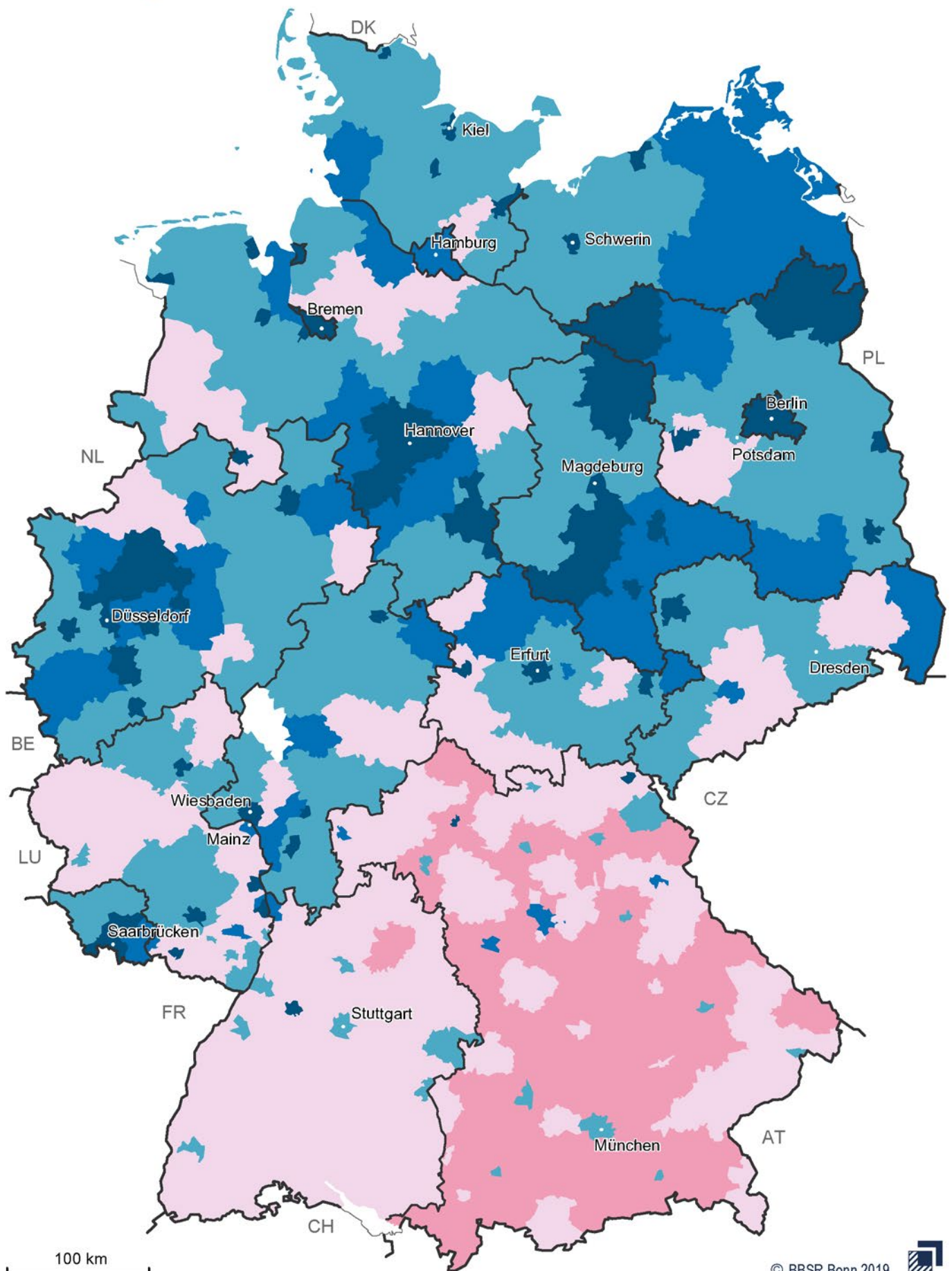
Insbesondere in Bayern und in Baden-Württemberg sind die Anteile relativ gering. Beispielsweise wachsen in den Landkreisen Pfaffenhofen an der Ilm, Unterallgäu und Freising weniger als 3 Prozent der Kinder in einer Bedarfsgemeinschaft auf. Hingegen weisen vor allem westdeutsche kreisfreie Städte sehr hohe Quoten auf. Von 35 Städten oder Landkreisen, in denen mehr als jedes vierte Kind von Leistungen nach SGB II abhängig ist, liegen 26 kreisfreie Städte in Westdeutschland. Die Anteile reichen von etwa 34 bis knapp 36 Prozent aller Kinder dieser Altersgruppe in Essen und Bremerhaven bis zu etwas über 41 Prozent in Gelsenkirchen. Daneben haben aber auch ländlich geprägte und strukturschwache Regionen einen hohen Anteil an Kindern, die in Bedarfsgemeinschaften leben. Beispiele sind das östliche Mecklenburg-Vorpommern und das südöstliche Sachsen-Anhalt.

Anteil der unter 15 Jährigen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften an der Altersgruppe im Jahr 2017 in %



Datenbasis: Regionaldatenbank Deutschland,
eigene Berechnung
Geometrische Grundlage: Kreise (generalisiert),
31.12.2017 © GeoBasis-DE/BKG
Räumliche Auflösung: Kreisfreie Städte und Landkreise
Bearbeitung: L. Kiel

Kinder in Bedarfsgemeinschaften



Unsere Sicherheit

Straftaten

Die Polizeiliche Kriminalstatistik weist die Straftaten insgesamt und nach verschiedenen Delikten aus. Das Bundeskriminalamt berechnet hierfür sogenannte Häufigkeitszahlen, bei denen die Straftaten auf 100.000 Einwohner bezogen werden. Dies ermöglicht eine Vergleichbarkeit zwischen den Regionen.

Gemäß dem Bericht zur Polizeilichen Kriminalstatistik 2018 ist die Aussagefähigkeit der Zahlen allerdings durch mehrere Faktoren begrenzt: Das Dunkelfeld wird nicht abgebildet, das Anzeigeverhalten in der Bevölkerung kann verschieden sein und die polizeiliche Kontrollintensität kann die Statistik beeinflussen. Ebenso dauern die Ermittlungen bei etwas mehr als einem Fünftel der Straftaten länger als ein Jahr, werden aber erst bei der Übergabe an die Staatsanwaltschaft registriert. Daher können manche Straftaten bereits in den Vorjahren verübt worden sein.

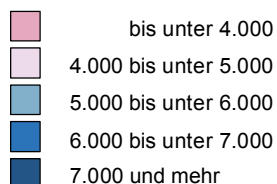
Im Mittel über alle Landkreise und kreisfreien Städte in Deutschland kamen im Jahr 2018 auf 100.000 Einwohner knapp 5.800 Straftaten.

Bei der regionalen Betrachtung der Straftaten wird neben einem Nord-Süd-Gefälle auch deutlich, dass Städte mehr von Kriminalität betroffen sind als Landkreise. In vielen Landkreisen Bayerns, Baden-Württembergs und einigen in Hessen und Rheinland-Pfalz ist die Häufigkeit nur halb so hoch wie im Bundesdurchschnitt. Die wenigsten Straftaten mit etwa 2.300 Fällen pro 100.000 Einwohner gibt es in den Landkreisen Schweinfurt, Straubing-Bogen und Regensburg.

Besonders häufig sind Straftaten in großen Städten wie Berlin, Hamburg und Köln, aber auch Leipzig, Frankfurt am Main und Halle an der Saale, Wilhelmshaven, Neumünster und Bamberg. Dort liegt die Zahl der Straftaten zwischen etwa 11.600 und 17.200 Fällen pro 100.000 Einwohner.

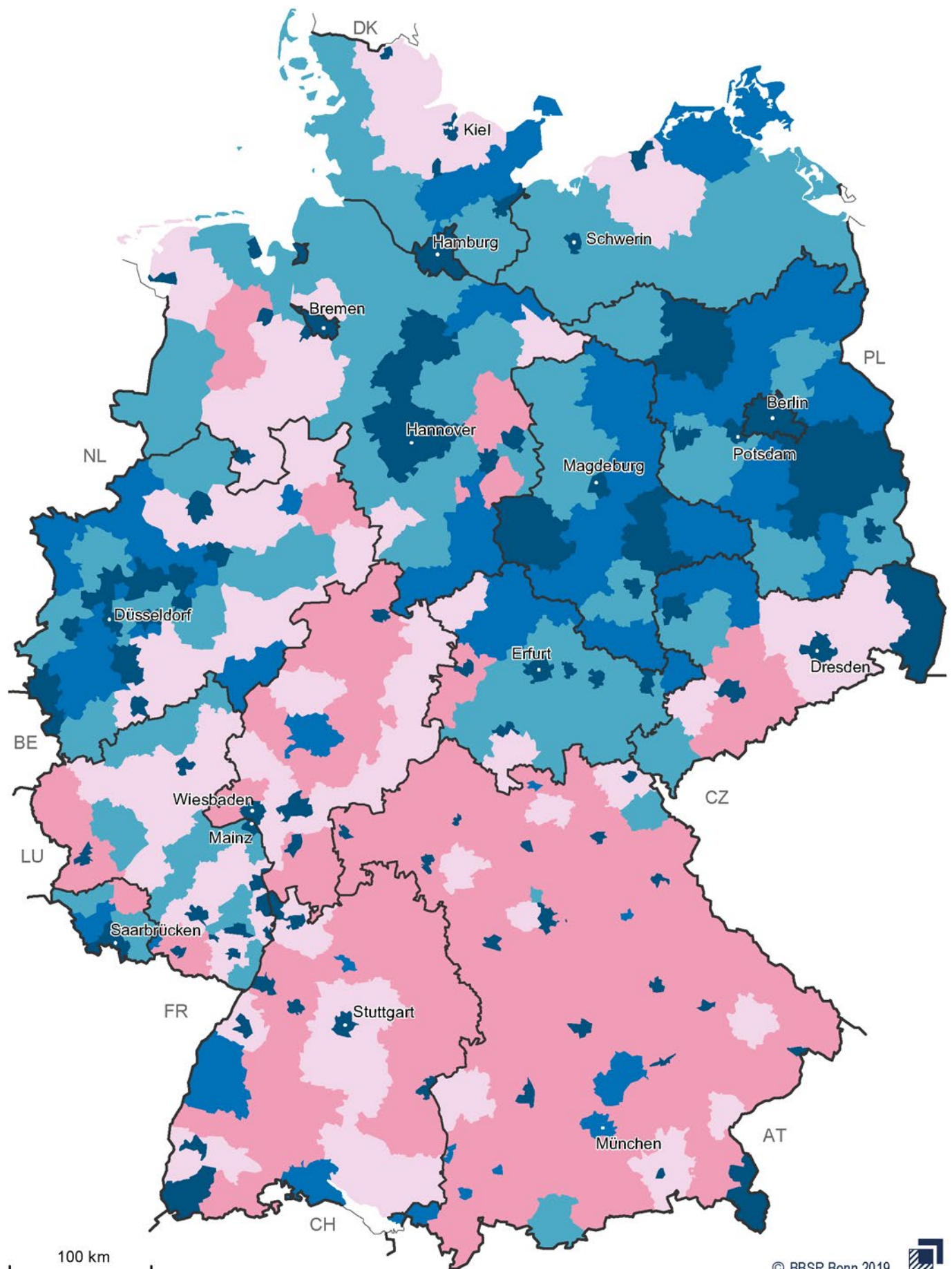
Die höheren Werte in den Städten haben auch einen statistischen Grund: Straftaten werden auf die Wohnbevölkerung bezogen, aber auch Pendler, Besucher und Touristen, von denen es in der Regel in den Städten mehr gibt, können Opfer von Straftaten sein.

Straftaten insgesamt pro 100.000 Einwohner im Jahr 2018



Datenbasis: Polizeiliche Kriminalstatistik 2018
Geometrische Grundlage: Kreise (generalisiert),
31.12.2017 © GeoBasis-DE/BKG
Räumliche Auflösung: Kreisfreie Städte und Landkreise
Bearbeitung: L. Kiel

Straftaten

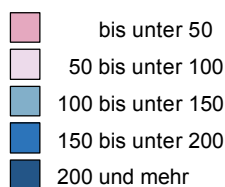


Wohnungseinbrüche

Die polizeiliche Kriminalstatistik weist die Straftaten insgesamt und nach verschiedenen Delikten aus. Das Bundeskriminalamt berechnet hierfür sogenannte Häufigkeitszahlen, bei denen die Straftaten auf 100.000 Einwohner bezogen werden. Dies ermöglicht eine Vergleichbarkeit zwischen den Regionen. Wohnungseinbrüche beeinträchtigen in besonderem Maße das Sicherheitsgefühl im engsten persönlichen Lebensumfeld.

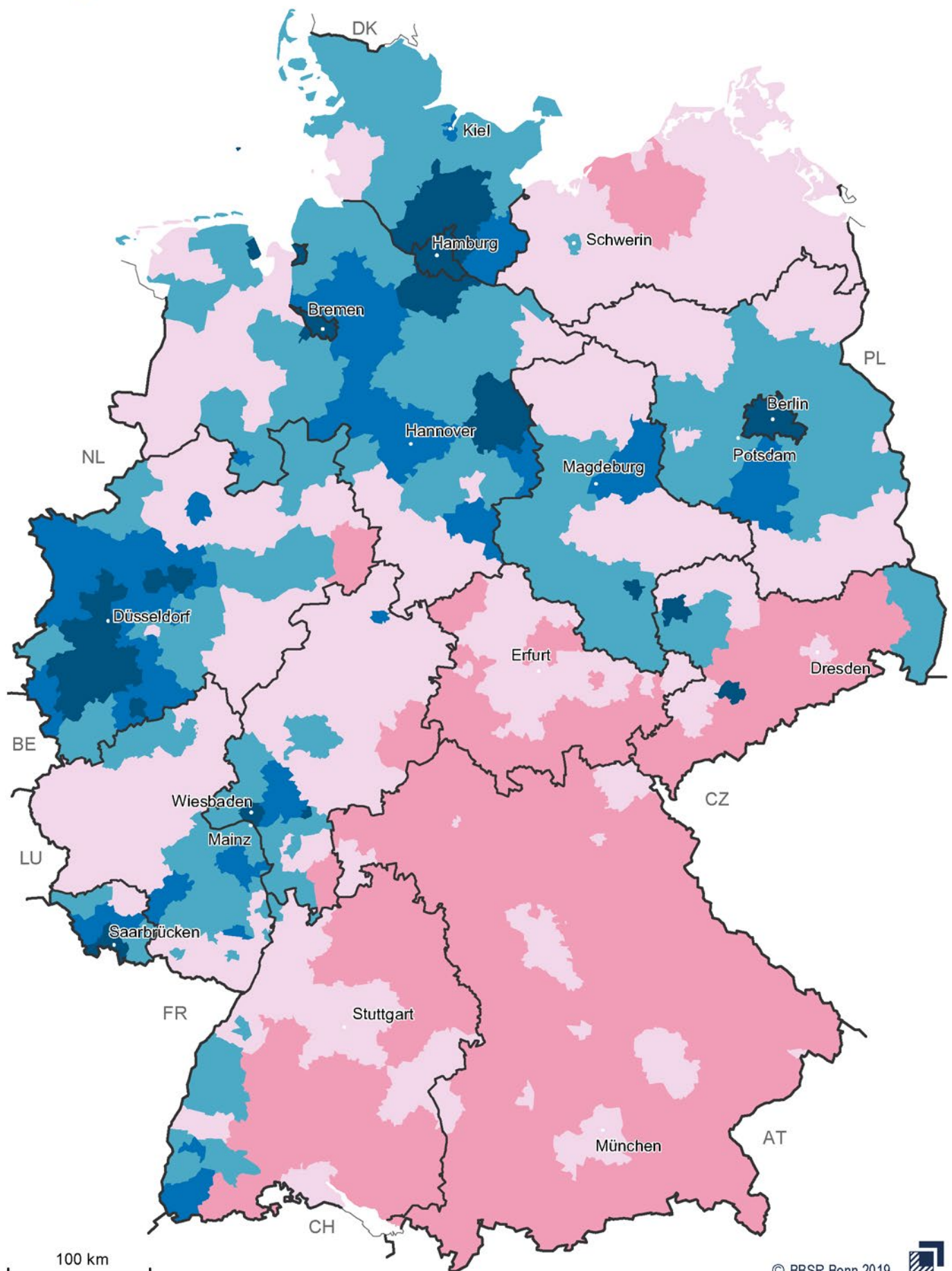
Im Mittel über alle Regionen kommen im Jahr 2018 auf 100.000 Einwohner 94 Wohnungseinbrüche. Die Karte zeigt wiederum ein Nord-Süd-Gefälle, ebenfalls treten die Städte mit ihrem Umland etwas hervor. In den bayerischen Landkreisen Regen, Cham, Lichtenfels, Haßberge und Rhön-Grabfeld gibt es mit 8 bis 15 Fällen pro 100.000 Einwohner die geringste Belastung bei diesem Delikt. Demgegenüber gibt es in den Städten Hamburg, Delmenhorst, Mülheim an der Ruhr, Dortmund, Bonn, Bremen und Neumünster mit etwas mehr als 250 bis etwas über 310 Fällen pro 100.000 Einwohner die meisten Wohnungseinbrüche.

Fälle von Wohnungseinbruchdiebstahl pro 100.000 Einwohner im Jahr 2018



Datenbasis: Polizeiliche Kriminalstatistik 2018
Geometrische Grundlage: Kreise (generalisiert),
31.12.2017 © GeoBasis-DE/BKG
Räumliche Auflösung: Kreisfreie Städte und Landkreise
Bearbeitung: L. Kiel

Wohnungseinbrüche



Erreichbarkeit durch die Polizei

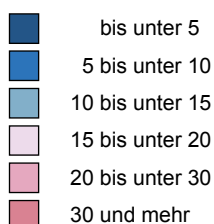
Dass die Polizei schnell vor Ort sein kann, ist – neben der sichtbaren Präsenz – ein wichtiger Faktor für die echte und gefühlte Sicherheit und die öffentliche Ordnung am Wohnort und unterwegs. Neben der Entfernung zum Polizeirevier spielen auch die im Streifendienst tätigen Polizistinnen und Polizisten eine wichtige Rolle.

Im Mittel benötigt die Polizei in Deutschland vom Polizeirevier aus weniger als 10 Minuten, um die Bürgerinnen und Bürger in ihren Haushalten zu erreichen. 64 Prozent der Bevölkerung kann in einer Fahrzeit von 5 Minuten erreicht werden. Zu weiteren 26 Prozent der Bevölkerung beträgt die Fahrzeit zwischen 5 und 10 Minuten. 10 Prozent werden vom Polizeirevier erst nach über 10 Minuten erreicht.

Insgesamt zeigt die regionalisierte Betrachtung ein relativ heterogenes Muster. Vergleichsweise geringe Anfahrzeiten unter 15 Minuten gibt es in den Stadtstaaten Hamburg, Bremen und Berlin sowie in weiten Teilen der Länder Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Saarland, Sachsen und Baden-Württemberg. Demgegenüber müssen Bürgerinnen und Bürger in einigen Teilen der Länder Rheinland-Pfalz, Bayern, Thüringen, Hessen und Brandenburg damit rechnen, dass die Polizei doppelt so lange Anfahrtszeiten benötigt. Diese im Vergleich hohen Anfahrtszeiten können durch den mobilen Streifendienst tatsächlich erheblich kürzer sein. Dem gegenüber müssen die Bürgerinnen und Bürger aber selbst auch längere Anfahrten zur Polizeidienststelle einplanen.

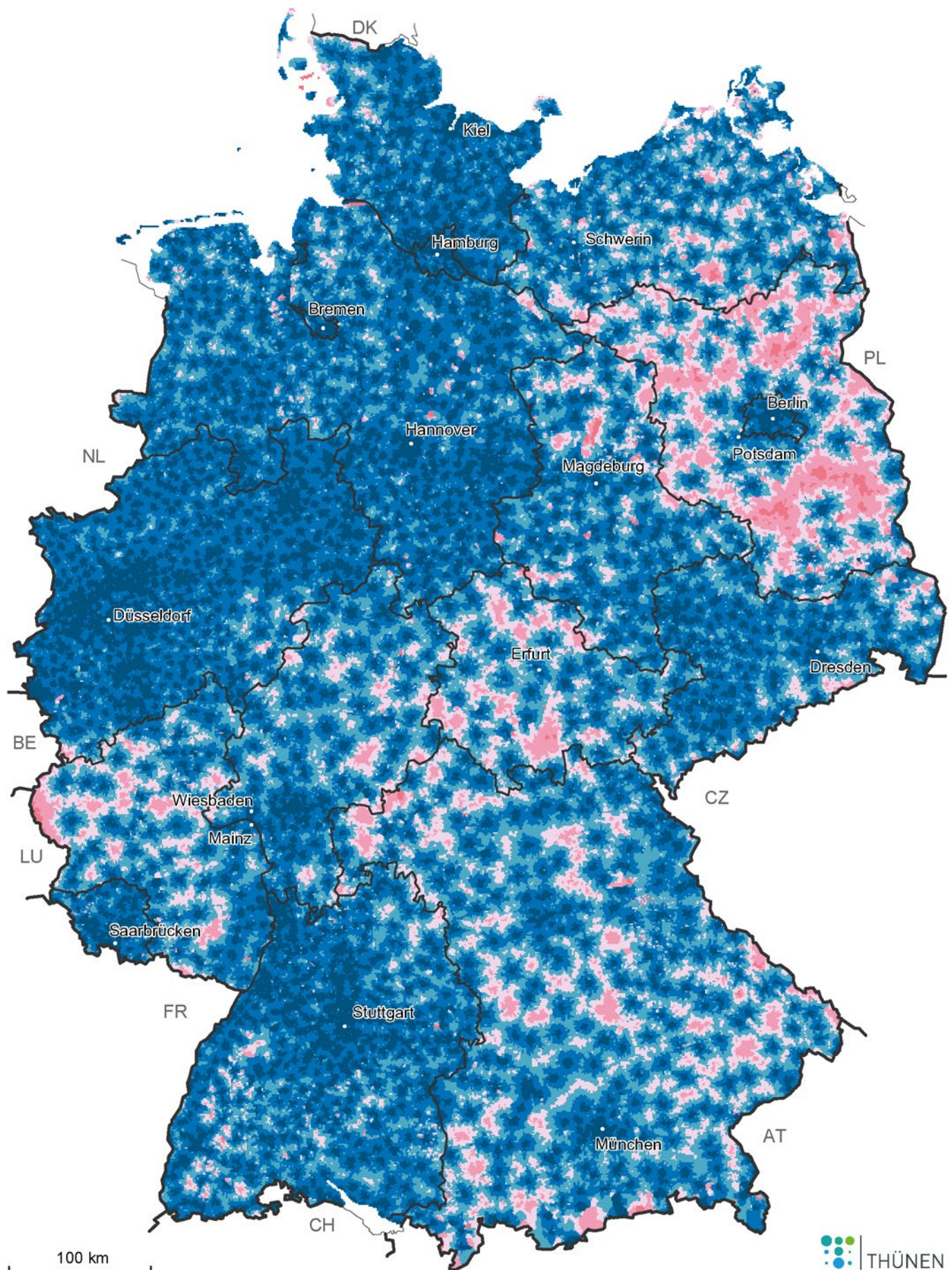
Abgebildet ist die mittlere Pkw-Fahrzeit vom nächstgelegenen Polizeirevier der Landespolizeien (Standortdaten aus dem Jahr 2014) in einem Raster von 250 x 250 Meter, das heißt ohne Berücksichtigung der Polizeistreifendienste.

Pkw-Fahrzeit von der nächsten Polizeidienststelle im Jahr 2014 in Minuten



Datenbasis: Thünen-Erreichbarkeitsmodell 2019
(Neumeier, S.; Osigus, T.)
[Auflösung 1km x 1km;
Median der Zellen des 250m x 250m –Analyserasters];
© Openstreetmap Mitwirkende
Infrastrukturstandorte: Landespolizeien, POI Bund (BKG) (2014)
Geometrische Grundlage: VG250 Kreise, 31.12.2017
© GeoBasis-DE/BKG, Generalisierung © BBSR
Bearbeitung: Stefan Neumeier, Torsten Osigus

Erreichbarkeit durch die Polizei



Regionalstatistik: Methodische Hinweise des BBSR

Deutschland erstreckt sich von Nord nach Süd über etwa 880 Kilometer, von West nach Ost über ungefähr 630 Kilometer. Damit gehen unterschiedliche regionale Strukturen und Prozesse einher.

Die amtliche Statistik bietet ein großes Spektrum an qualitativ hochwertigen Daten, um regionale Situationen zu beschreiben. Dieses Angebot wird für diesen Atlas genutzt, um durch die ausgewählten Indikatoren regionale Lebensunterschiede abzubilden. Die thematische Auswahl kann gleichwohl als ein Konsens gewertet werden. Vergleichbare Studien oder Kartenwerke nutzen dieselben oder sehr ähnliche Datensätze. In diesem Kartenwerk wird weitgehend die Betrachtungsebene der Landkreise und kreisfreien Städte gewählt. Grund dafür ist, dass dafür viele statistische Informationen zur Verfügung stehen und gleichzeitig eine gute räumliche Differenzierung möglich ist, um Deutschland in seiner regionalen Vielfalt abbilden zu können. Zwar gibt es für Analysen auf Länderebene eine größere thematische Bandbreite an Statistiken, aber dann könnte Deutschland nur in 16 Teilräume untergliedert werden. Bei 401 Landkreisen und kreisfreien Städten ist eine wesentlich differenziertere Analyse möglich.

Regionalstatistiken können somit die Disparitäten innerhalb Deutschlands zwischen den einzelnen Teilräumen sehr gut darstellen. Aber sie sind sogenannte Aggregatdaten. Für jeden Landkreis und jede kreisfreie Stadt gibt es immer nur einen Wert in einem Datensatz, was keine differenzierte Betrachtung innerhalb der in den Blick genommenen Raumeinheiten erlaubt, auch wenn es diese gibt. Beispielsweise grenzen einige Landkreise in Brandenburg sowohl an Berlin an und umfassen somit den suburbanen Raum, reichen aber gleichzeitig bis zur polnischen Grenze, an der stark ländlich geprägte Strukturen gegeben sind. Daher können sehr verschiedene Prozesse in einem Raum gleichzeitig ablaufen. Dasselbe gilt für die Städte. Gerade in Großstädten gibt es zwischen den einzelnen Stadtvierteln Unterschiede in der Bebauung oder der Sozialstruktur, die bisweilen ausgeprägter sein können als im deutschlandweiten Vergleich der Regionen. Das statistische und kartografische Abbild der Wirklichkeit ist somit gröber als die Wirklichkeit selbst.

Ebenso ist zu berücksichtigen, dass die Datenmittelwerte für die Landkreise und kreisfreien Städte nicht repräsentativ für jede Einwohnerin und jeden Einwohner eines Raumes sind, sondern den Durchschnitt bezüglich der dortigen Bevölkerung zeigen. Ein Rückschluss vom Kreiswert auf den individuellen Haushalt oder die individuelle Person ist nicht statthaft, vielmehr muss der gewählte Betrachtungsmaßstab immer im Auge behalten werden. Zudem stehen diese Daten nicht für die subjektive Einschätzung und das Empfinden der Einwohnerinnen und Einwohner. Hierbei bedarf es beispielsweise ergänzender Umfragen dazu, wie die objektiven Lebensbedingungen jeweils subjektiv wahrgenommen werden.

Das Arbeiten mit der Regionalstatistik bedeutet auch, dass die veröffentlichten Zahlen meist älter sind. Für ganz Deutschland und die einzelnen Länder sind die Daten meist aktueller. Trotzdem haben sie eine hohe Aussagekraft für die Gegenwart, da sich die Strukturen innerhalb der einzelnen Landkreise und Städte sowie die Unterschiede zwischen ihnen nur langsam verändern.

Weiterführende Literatur:

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung: Raumabgrenzungen und Raumtypen des BBSR, Analysen Bau.Stadt.Raum Band 6, Bonn 2012.

Das Thünen-Erreichbarkeitsmodell – ein Überblick

Das Thünen-Erreichbarkeitsmodell wurde am Thünen-Institut für Ländliche Räume entwickelt, einem von 14 Fachinstituten des Johann Heinrich von Thünen-Institut, Bundesforschungsinstitut für Ländliche Räume, Wald und Fischerei (www.thuenen.de). Das Thünen-Institut ist eine Forschungseinrichtung im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft.

Das Thünen-Erreichbarkeitsmodell ermöglicht es, die Erreichbarkeit von Versorgungseinrichtungen in Deutschland kleinräumig und flächendeckend zu analysieren. Mithilfe des Modells und seiner detaillierten Datengrundlage kann deutschlandweit gezeigt werden, wie schnell Einrichtungen und Dienstleistungen der Grundversorgung erreichbar sind. Bei den erforderlichen Wegezeiten kann zwischen verschiedenen Verkehrsmitteln unterschieden werden: Zu Fuß, mit dem Fahrrad, mit dem Pkw und teilweise auch mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Im Modell nicht berücksichtigt sind Möglichkeiten der Angebotswahl oder -qualität, beispielsweise die Auswahl zwischen verschiedenen Typen von Supermärkten.

Das Modell verfolgt einen Ansatz, bei dem Erreichbarkeiten im Straßennetz der OpenStreetMap (OSM) für jede Zelle eines flächendeckend über Deutschland gelegten 250 m x 250 m-Vektorrasters ermittelt werden. Um die Erreichbarkeiten in Beziehung zur Bevölkerung setzen zu können, beinhaltet jede bewohnte Zelle des Analyserasters Bevölkerungsdaten. Diese stammen aus dem Zensus 2011. Berechnet werden die Erreichbarkeiten mit der Open Source Routing-Machine. Pkw-Fahrzeiten basieren auf den Geschwindigkeitsprofilen für Straßentypen der OSM. Fahrrad- und fußläufige Wegezeiten werden basierend auf Wegelängen berechnet. Dabei wird von einer durchschnittlichen Fahrgeschwindigkeit von 15 km/h für das Fahrrad ausgegangen. Fußläufig wird eine Gehgeschwindigkeit von 1,3 m/s angenommen.

Vollständigkeit der den Analysen zugrundeliegenden Standortdaten

Die Vollständigkeit der Standortdaten von Infrastrukturen lässt sich bei einer deutschlandweiten Modellierung nicht in jedem Fall verifizieren. Fehlende oder veraltete Standortangaben sind daher nicht vollständig auszuschließen. Bei einer deutschlandweiten Betrachtung fallen diese weniger ins Gewicht als bei einer kleinräumigen Betrachtung einzelner Kreise oder Gemeinden.

Schwellenwert zur Einschätzung der Erreichbarkeit

Erreichbarkeiten werden individuell, in Abhängigkeit von sozioökonomischen Gegebenheiten, dem eigenen Aktions- und Erfahrungsraum sowie den eigenen Ansichten über die staatliche Verantwortung für die Daseinsvorsorge, unterschiedlich bewertet. Verschiedene Untersuchungen deuten darauf hin, dass eine maximale Wegezeit von höchstens 15 Minuten als plausibler Schwellenwert zur Unterscheidung einer guten von einer eher ungünstigen Erreichbarkeit gelten kann.

Weiterführende Literatur:

Neumeier S. (2018):

Erreichbarkeit von Regelschulen in Deutschland: eine Betrachtung des ersten Bildungswegs nach Primarstufe, Sekundarstufe 1 und Sekundarstufe 2. Braunschweig: Johann Heinrich von Thünen-Institut, 87 p, Thünen Working Paper 113, DOI:10.3220/WP1544175754000

Impressum

Herausgeber

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat
10557 Berlin
Internet: www.bmi.bund.de

Redaktion

BMI, Referat H III 1
BMEL, Referat 816
BMFSFJ, Referat 316

Gestaltung

ORCA Affairs GmbH

Druck

MKL Druck GmbH & Co. KG

Texte und Grafiken

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)
Thünen-Institut, Bundesforschungsinstitut für Ländliche Räume, Wald und Fischerei

Bildnachweise

Cover: „deutschland“ - © vegefox.com/stock.adobe.com

Stand

Juli 2019, aktualisierte Fassung Juli 2020

Artikelnummer

BMI19008

1. Auflage

2.000 Exemplare

Download dieser Publikation

Internet: www.heimat.bund.de

Hinweis

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.
Gedruckt auf Condat matt Perigord, FSC-zertifiziert.

